

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badische Presse. 1890-1944 1922

201 (2.5.1922) Mittagausgabe

Bezugs-Preise: In Karlsruhe: Am Verteiler und in den Abbestellen abgeholt monatlich M. 22.— frei ins Haus geliefert M. 25.—

Badische Presse

Handels-Zeitung.

Verbreitetste Zeitung Badens.

Verkaufen: Sportblatt / Technik u. Industrie / Frauenzeitung / Steuer-Finanzblatt / Feld u. Garten / Reise- u. Wanderzeitung / Volk u. Heimat

Eigentum und Verlag von Ferd. Zickert.

Dr. Walter Schneider, verantwortliche Redakteur.

Für deutsche und badische Politik: Dr. Kollmer, für Auslandspolitik: Dr. Kollmer, für Theater, Kunst und Wissenschaft: Dr. Kollmer, für lokale Angelegenheiten u. Sport: Dr. Kollmer, für die Handelsartikeln: Dr. Kollmer, für Anzeigen: Dr. Kollmer, alle in Karlsruhe.

Vertiger Redaktion: Dr. Kollmer.

Verleger: Dr. Kollmer.

Geschäftsstelle: Nr. 86, Redaktion: Nr. 309 und 319.

Geschäftsstelle: Nr. 86, Redaktion: Nr. 309 und 319.

Druck- und Sammler-Verlag, nach Kaiserstraße und Marktplatz, Postfachkonto: Karlsruhe Nr. 8359.

Zum Besuch des Grafen Verchenfeld

Seit gestern abend weiß der bayerische Ministerpräsident Graf Verchenfeld in der badischen Landeshauptstadt, Graf Verchenfeld erwidert den Besuch, den der badische Staatspräsident Dr. Hummel kürzlich gemeinsam mit dem württembergischen Staatspräsidenten Dr. Hieber ihm abgestattet hat. Das badische Volk begrüßt diesen Besuch mit aufrichtiger Freude. Gern steht es in der Aufnahme der persönlichen Fühlungnahme der führenden bayerischen und badischen Staatsmänner, in den herzlichsten Worten, die bei den Begegnungen in München gewechselt wurden, den Beweis dafür, daß die gefühlsmäßigen Hemmungen, die ohne Frage eine Zeitlang in den Beziehungen zwischen Baden und Bayern bestanden, weggefallen sind. Wenn bis zum Amtsantritt des jetzigen bayerischen Ministerpräsidenten die Gefühle hüben und drüben für einander mitunter etwas frostig waren, so lag das wohl zu einem großen Teil an Mißverständnissen auf beiden Seiten. Es mögen auch Ungleichlichkeiten an offiziellen oder offiziell erscheinenden Stellen vorgekommen sein, die nicht geeignet waren, Bayern und Baden, die Regierungen wie die Bevölkerung hinsichtlich der Auffassung über die Stellung der beiden Staaten zur Reichspolitik und hinsichtlich der direkten Beziehungen wieder zu nähern. Vor einem halben Jahrhundert war Baden, sein Fürst und seine führende politische Partei, Pionier des Reichsgedankens im Süden. Von diesen stolzen Traditionen ist die Einstellung des badischen Volkes zum Reich bestimmt. Wenn auch kein vernünftiger Mensch hierzulande an der vollkommenen Reichstreue des Herrn von Rahr zweifelt hat, so wurde man doch in Baden nicht ganz die Sorge los, ob er sich nicht von politischen Freunden auf Wege leiten ließe, die ungewollt den Reichsinteressen entgegenlaufen könnten. Drüben hat man dagegen offenbar die Auffassung gehabt, als ob Baden einer übertriebenen Berlinerlei huldige und war wohl in gewissen Augenblicken geneigt, die Abneigung gegen Berlin auf Karlsruhe zu übertragen. Diese Vermutungen sind jetzt Gott sei Dank behoben. Graf Verchenfeld hat es verstanden, den Schleier der Mißverständnisse zu beseitigen. Ohne die Interessen der bayerischen Selbstständigkeit, soweit sie sich mit den Reichsinteressen vertragen, aufzugeben, ist es ihm durch seine diplomatische Art gelungen, den Draht zwischen Berlin und München wieder herzustellen. Seiner sympathischen, verständlichen Politik ist es auch gelungen, das schroffe Mißtrauen, das die Sozialdemokraten Herrn v. Rahr entgegenbrachten, wesentlich abzumildern und so in Bayern eine Atmosphäre zu schaffen, aus der heraus ein Verständnis der bayerischen Wünsche im Reich und bei den süddeutschen Nachbarn und darum eine so gute Verständigung und ein freudiges Zusammengehen geschaffen werden kann. Diese Zusammenarbeit der süddeutschen Staaten und vor allem Bayerns und Badens brauchen wir in vielfacher Beziehung. Mögen auch die Verkehrsfragen Reichsangelegenheit sein, so braucht man nur an die Main-Donau- und Neckar-Donau-Kanalpläne und die Konkurrenz der Projekte zu denken, man braucht die Frage der Bezirksverwaltungsreform anzusehen, in der Baden und Bayern ein gemeinsames Interesse gegen Einbeziehung der Pfalz in einen rheinmündigen Bezirksverwaltungsrat haben: es gibt zweifellos eine ganze Anzahl Fragen, wo die Regierungen beider Länder gemeinsam nach Verständigung, nach den besten Wegen zum Ausgleich widerstreitender Interessen oder zur Abwehr gemeinsamer Bedrohungen suchen müssen. Den Staatsmann, der die notwendige Atmosphäre für solche Gemeinschaftsarbeit wieder geschaffen hat, begrüßt das badische Volk aufs herzlichste. Möge Graf Verchenfeld den Eindruck mit heimnehmen, daß wir Badener berechtigte bayerische Wünsche nach Wahrung der Eigenart um so besser verstehen als das badische Volk ja auch, trotz der traditionellen unbedingten Reichstreue, auf seine süddeutsche Art und Kultur stolz ist und sie sich zu bewahren sucht. Möge Graf Verchenfeld ferner die Überzeugung mit nach Hause nehmen, daß das badische Volk überzeugt ist, daß man in Bayern wie in Baden, wenn sich die Interessen einmal stoßen, Reichsinteressen unter allen Umständen über Landeswünsche stellt.

Genua.

Die Vollziehung der Konferenz, die auf Montag angelegt war, mußte auf Mittwoch verschoben werden. Was den Vorschlag Lloyd Georges anbelangt, daß alle augenblicklich in Genua vertretenen Mächte, die den Friedensvertrag von Versailles unterzeichnet haben, an einer Zusammenkunft der Alliierten teilnehmen sollen, um die Frage der Verschlingung oder Verletzung Deutschlands gegenüber dem Vertrag von Versailles zu diskutieren, verläutet aus englischer Quelle, daß von dieser Zusammenkunft Deutschland ausgeschlossen sei. Das entspricht dem ursprünglichen Vorschlag des französischen Ministerpräsidenten hinsichtlich der Einberufung der Vorkonferenz, geht aber weiter. Die mehrfach bereits gemeldete Abreise Barthous nach Paris hat sich nachträglich als falsch erwiesen. Barthou hat im allerletzten Moment wiederum die von der französischen Delegation ausgegebene Erklärung über seine Abreise umgestoßen und ist zunächst in Genua geblieben.

Im Vordergrund des Interesses steht die Mantelnote, die die Vorschläge der europäischen Mächte an Rußland enthält. Wenn auch die Behandlung der einzelnen Paragrafen den französisch-englischen Gegensatz hervortreten lassen wird, so deutet doch schon die Zustimmung der Franzosen zu einer im allgemeinen und beliebig auszuliegenden Worten abgefaßten Erklärung gegenüber Rußland einen beträchtlichen Fortschritt der auf eine Verständigung und Vermittlung der Gegensätze gerichteten Politik Lloyd Georges. Zum ersten Male werden in dieser Mantelnote die realen Angebote der Mächte bekanntgegeben, die allerdings vorläufig nicht gerade übermäßig sind. Von der Milliardensumme, die England an Krediten garantieren könnte, ist fast die Hälfte — 11 Millionen — von 25 Millionen — schon verbraucht. Von dem französischen Angebot interessiert das Versprechen, Lokomotiven zu liefern, rein praktisch deshalb, weil die französischen Lokomotiven für die Spurweite der russischen Bahnen fast unbrauchbar wären.

Eine weitere Komplizierung der Verhandlungen droht durch eine polnische Note an die Regierungen in London, Paris und Rom, in der Polen um die Anerkennung des Rigaer Friedens ersucht und den Wunsch ausdrückt, gemäß den Bestimmungen des Versailler Vertrages die endgültigen Grenzen Polens im Gebiet von Wilna und

in Ostgalizien festzusetzen. Das polnische Streben wird selbstverständlich von Frankreich unterstützt.

Die russische Delegation richtete an den Präsidenten der Konferenz, de Facto, ein Schreiben, in dem sie sich über die Nichtberufung der ersten Kommission und der politischen Unterkommission über, falls die Gerüchte über deren Zusammenritt der Wahrheit entsprechen sollten, über die Nichteinladung Rußlands beschwerte. Die bisher von der Konferenz in der russischen Frage beobachtete Methode sei nicht geeignet, zu einem guten Ziele zu führen. Sollten die in dem Briefe vom 20. d. M. gemachten Vorschläge Rußlands nicht zur Diskussion gelangen, so würde die russische Delegation zu ihrer in ihrem ursprünglichen Memorandum ausgeprochenen Haltung zurückkehren und die darin enthaltenen Zugeständnisse zurückziehen.

In der ersten Unterkommission des Wirtschaftsausschusses wurde die Rohstoff-Frage erörtert, zu der auch namens der deutschen Delegation Staatssekretär Hirsch Stellung nahm. Er erklärte, daß die wirtschaftlichen Probleme nicht gelöst werden könnten, solange das internationale Finanz- und Währungsproblem noch nicht gelöst sei. Auf Vorschlag der deutschen Delegation wurde eine Expertenkommission zur Vorlegung einer endgültigen Fassung des Art. 45 eingesetzt. Ihr gehören die einladenden Mächte Deutschland und die Schweiz an.

Die Verhandlungen mit den Russen.

Tschitscherin beschwert sich über die französische Tagespresse. — Belgisch-französische Opposition.

(Drahtmeldung unserer Genueer Sonderberichterstatters.)

U. Genua, 1. Mai.

Heute, am 1. Mai, hat die Konferenz im allgemeinen nicht gearbeitet. Nur die Unterkommission für russische Angelegenheiten hat wichtige Beschlüsse gefaßt. Trotz dieser Arbeitspause, die weniger durch den Weltfeiertag als durch die bisher entstandenen Schwierigkeiten herbeigeführt wurde, gab es eine neue, nicht nur von den Polen, sondern auch von den übrigen Signatarmächten mit nur geringem Behagen aufgenommene Ueberarbeitung. Wieder ging sie von den Russen aus. Die Polen erhielten heute die von Tschitscherin gestern an sie überhandte Note, deren Fassung wieder allgemein dahin gedeutet werden mußte, daß die Russen die herben Vorwürfe und die

farlaßliche Kritik, die allen Delegationen galt, welche die letzte Note an Deutschland untergeschrieben haben, nur der Form halber ausschließend an die Polen richten. Allerdings bleiben genug bittere Willen übrig, die den Polen ausschließend vorbehalten sind. Die als Antwort auf die Note der polnischen Delegation vom 30. April datterte russische Note hat folgenden Wortlaut:

Herr Präsident! In der Note vom 25. April behaupten Sie, daß Rußland nicht berechtigt sei, sich zu dem Anspruch Polens und gewisser anderer Staaten zu äußern, die nicht mit Rußland Friedensverträge geschlossen haben, Klauseln der von Rußland geschlossenen Verträge zu annullieren. Kein verständiges Argument vermag einen derartigen Anspruch zu rechtfertigen. Der Vertrag von Rapallo ist als die gegenseitige Verzichtleistung in allen Ansprüchen begründet.

Wenn Ansprüche dritter Staaten gegenüber Rußland bestehen würden, die durch die Vermittlung von Rußland erlangt werden müßten, so hätte dies Rußland bekannt sein müssen. Inwiefern hat die russische Delegation keine Kenntnis davon erhalten und die russische Regierung kann ihre Existenz daher nicht anerkennen. Wenn indessen Deutschland irgend eine Vereinbarung mit dritten Staaten durch den Vertrag von Rapallo versteht hätte, so wäre diesen Mächten der Weg diplomatischer Vorkellungen

offen geblieben, während sich die Signatarmächte in ihren Noten vom 18. und 23. April das Recht an gemacht haben, ohne Rußland davon zu verständigen, Bestimmungen eines Vertrages, den Rußland geschlossen hat, für null und nichtig zu erklären. Indem Polen daher der gegenseitigen Niederschlagung von gegenseitigen Ansprüchen durch Rußland und anderen Staaten Schwierigkeiten bereitet, verhindert es dadurch die Erhaltung Rußlands und verperert somit Rußland den einzigen Weg, der ihm offen steht, um die augenblickliche Krise zu überwinden. Wenn also Polen den lebenswichtigen Interessen Rußlands entgegenarbeitet, so wird es sich im Gegenzug zu dem Vertrag von Riga stellen, der freundschaftliche Beziehungen zwischen Polen und Rußland festlegt.

Ihre Note vom 25. April enthält ebensowenig eine befriedigende Rechtfertigung Ihrer Ansicht, nach der Deutschland an der Lösung der russischen Frage ohne Genehmigung der nicht an dem Vertrag von Rapallo beteiligten Mächte teilnehmen darf, obwohl nach Ihrer Ansicht der Vertrag von Riga keinerlei Hindernis für die Beteiligung Polens an eben diesen Verhandlungen darstellt. Ebenwovon können wir dem zustimmen, daß Verpflichtungen ihre Geltung verlieren, wenn sie in die Form eines Schlussprotokolls gekleidet werden. Keine Regierung ist gewohnt, alle Vereinbarungen, die durch ihre regelrechten Vertreter unterzeichnet sind, als bindend zu betrachten, und wir hoffen, das von allen vertragsmäßigen Teilen. Die Auslegung, die Sie dem Protokoll von Riga vom 30. März zu teil werden lassen, ist somit eine Verschlebung der Vereinbarungen, die darin enthalten sind. Wenn ich auch nochmals den unveränderlichen und festen Friedenswillen Rußlands unterstreiche, so ist es mir doch unmöglich mein Bedauern darüber zu verschweigen, daß die letzten Schritte der polnischen Delegation kaum geeignet sind, die Festigung der durch den Vertrag von Riga geschaffenen Zustände zu fördern.

Gemeinhin Sie um. gez. Tschitscherin.

Ein Antrag auf fünfmonatliche Vertagung.

(Drahtmeldung unserer nach Genua entsandten Sonderberichterstatters Hans von Salfen.)

H. Genua, 1. Mai.

Ich erfahre von besonderer Seite, daß der tschechoslowakische Ministerpräsident Beneš einen Antrag gestellt hat, die Kon-

ferenz angesichts ihrer ungenügenden wirtschaftlichen Vorbereitung auf 5 Monate zu vertagen. In dieser Zeit soll ein jeder Staat zu den in Genua aufgeworfenen Fragen präzise Stellung nehmen. Es wird in diesem Zusammenhang behauptet, daß gerade in italienischen Kreisen der Vorschlag Beneš's eine nicht ungeliebte Aufnahme gefunden habe, da man so eine Möglichkeit sehe aus einer Schwierigkeit herauszukommen, zumal Amerika jetzt unbeteiligt an der Konferenz geblieben ist, die man aber mit Rücksicht auf die inneren italienischen Probleme und die Sympathie des italienischen Proletariats mit Rußland nicht gern abbrechen möchte.

Tschitscherin lehrt Unstaud.

Eine treffende Antwort an Polen. — Rechtfertigung des Rapallo-Vertrages. — Wer sabotiert den Aufbau Rußlands?

(Drahtmeldung unserer nach Genua entsandten tschechoslowakischen Sonderberichterstatters.)

Rp. Genua, 1. Mai.

In der heutigen Vormittagsung der acht Mächte verlas Minister Schanzer die Antwort de Facto auf die Beschlüsse der russischen Delegation. In dieser Antwort wird erklärt, daß die Verhandlungen der Unterkommission in den letzten Tagen nur den Zweck hatten, gewisse Punkte festzustellen und den Meinungs-austausch mit den russischen Delegierten zu erleichtern. Es wird in dem Schreiben an die Russen die Frage gerichtet, ob sie nach dieser Erklärung weiterhin auf ihrer Absicht bestehen, auf das Moratorium zurückzugreifen. Weiterhin machte Barthou Mitteilung von einem Schreiben, das Tschitscherin gestern an ihn gerichtet hatte. Es heißt darin, in der französischen Presse sei der deutsch-russische Vertrag dahin ausgelegt worden, als ob er einen Schritt gegen Frankreich bedeute, und es sei die Annahme ausgesprochen worden, in Rapallo seien „geheime militärische Abmachungen“ unterzeichnet worden. Das offizielle Dementi der deutschen Delegation habe diese Auffassung nicht befestigt. Mit der Behauptung, daß geheime militärische Abmachungen zwischen Deutschland und Rußland bestehen, gedenkt man die französische Öffentlichkeit zu erzeugen. Deshalb stellen die Russen erneut kategorisch fest, daß der deutsch-russische Vertrag

keine Klausel militärischer oder politischer Natur

enthält, es existieren auch keine Zulasse irgendwelcher Art. Der Vertrag sei zu dem Zweck geschlossen worden, gewisse Fragen, die zwischen den beiden Staaten schwebten, zu liquidieren. Beide Nationen fühlten die Notwendigkeit, innige Beziehungen zu einander herzustellen, die in ihrem eigenen Interesse und im Interesse der ganzen Menschheit notwendig sind. Weit entfernt von Plänen irgendwelcher Art gegen Frankreich oder irgend eine andere Macht sei der deutsch-russische Vertrag gemäß den Absichten der deutschen und russischen Regierung der erste einer Serie von Verträgen, die darauf gerichtet seien, die

allgemeine Verständigung herbeizuführen,

nach der die hier versammelten Mächte streben. Dieses Abkommen sei notwendig als die Grundlage des Friedens und des Gleichgewichts. Mit Bezug auf die besondere Stellung Frankreichs sei die russische Regierung der Meinung, daß es verschiedene Berührungspunkte zwischen den beiden Ländern gäbe, die ein Abkommen erleichterten. Die Politik der russischen Regierung habe sich nie geändert trotz der feindlichen Haltung, die Frankreich während vieler Jahre hindern, daß die Feindseligkeiten der französischen Regierung gegenüber Rußland in der öffentlichen Meinung Rußlands

erhebliche Vermittlung gegen Frankreich

erzeugt habe. Abgesehen von dieser französischen Politik bestehe kein Grund, nicht wieder freundschaftliche Beziehungen zwischen den beiden Völkern herzustellen. Die russische Regierung sei ferner überzeugt, daß ein Wechsel in der Haltung Frankreichs notwendig sei. Tschitscherin erklärte, die russische Delegation habe den lebhaftesten Wunsch jedes Mißverständnis zu zerstreuen, das die Konferenz stören würde.

Barthou erklärte nach Vorlesen des Schreibens, Frankreich sei Rußland nie feindsichtig gesinnt gewesen, sondern von dem Bestreben geleitet nach guten Beziehungen zu einem Volke, das mit Frankreich verbündet gewesen sei. Die Beschwerden Frankreichs richteten sich nur gegen die Regierung, die den Frieden von Brest-Litowsk unterzeichnet habe. Lloyd George erklärt das Schreiben Tschitscherins für ein Zeichen des guten Willens.

Aus den gestrigen Vormittags- und Nachmittagsverhandlungen der neun Mächte über die russische Frage sei noch folgendes nachzutragen: Bei Beratung des Artikels 6 der Antwort der Mächte, die in der Fassung der Sachverständigen feststeht, daß die Rückgabe oder die Kompensationen für das Privateigentum erfolgen sollen, machte der belgische Delegierte Jaspars heftige Opposition, weil das belgische Privateigentumsinteresse sich auf 100 Millionen Pfund Sterling beläuft. Wenn der Artikel nicht schärfer gefaßt werde, werde es schwer sein, neues belgisches Kapital für Rußland zu finden. Lloyd George betraf sich auf die Resolution von Cannes, welche die Rückgabe oder Kompensation von Privateigentum vorsehe. Man könne von Rußland nicht mehr fordern als von Rumänien oder der Tschechoslowakei, welche auch Eigentumsverstaatlichungen vorgenommen hätten. Barthou trat dafür ein, Belgien entgegenzukommen. Es wurde beschlossen, daß die Sachverständigen eine neue Fassung suchen sollen, die mit der Resolution von Cannes in Einklang steht und die belgischen Wünsche nach Möglichkeit befriedigt. Wegen der Frage der privaten Schäden wurde heute nachmittag die Einsetzung von

Schiedsgerichten, sowie von Gerichtshöfen

beschlossen. Diese sollen die Vollmacht haben, Moratorien zu gewähren und die Zinszahlungen festzusetzen. Die Inhaber russischer Staatspapiere sollen sich über diese Institute direkt mit der russischen Regierung verständigen. Diese Gerichtshöfe werden auch die Frage der Zurückgabe des Privateigentums und der Kompensationen behandeln. Es wird für jede Nationalität ein Gerichtshof eingesetzt, dessen Vorsitzender vom obersten amerikanischen Gerichtshof bestimmt wird. Der Artikel betreffend den Schutz der Ausländer wurde

auf Veranlassung der englischen Delegation aufgehoben. Alle übrigen Artikel wurden bis gegen Nachmittag durchberaten. Morgen nachmittag 4 Uhr wird das Moratorium endgültig erledigt und den Russen übergeben. Es wird ihnen keineswegs zur Beantwortung gestellt.

Die nächste Plenarsitzung findet am Mittwoch um 10 1/2 Uhr vorgelegt. Der Bericht der Wirtschaftskommission ist noch nicht fertig. Die Berichte der Finanz- und Transportkommission werden ihr bereit. Barthou wird morgen vormittag abreisen.

Das Meistbegünstigungsrecht.

Die wichtigste Frage der Wirtschaftskommission.

Rp. Genua, 1. Mai.
(Von unserem nach Genua entsandten römischen Berichterstatter.)

In der ersten Unterkommission hat die deutsche Delegation die Aufmerksamkeit auf die

Befreiung des deutschen Handels infolge der verschiedenen Einfuhrverbote und dergleichen gelenkt. Die Deutschen traten dafür ein, daß man allgemein das Meistbegünstigungsrecht einführen solle. In der heutigen Vormittagsitzung dieser Kommission gab Sir Griggs, der Präsident der englischen Wirtschaftskommission, eine außerordentlich wichtige Erklärung ab, die die Ansicht der britischen Delegation zur Frage der Meistbegünstigung klarstellt. Er sei nicht überrascht zu sehen, daß zu dieser Frage in der Unterkommission Vorschläge gemacht worden seien. Die Frage sei eine der wichtigsten, wenn nicht die wichtigste, die vor die Kommission zur Beratung komme. Er könne die verschiedenen der Vorschläge nicht besprechen, denn diese betreffen nur die Form, die Grundzüge seien dieselben und hätten die volle Unterstützung der englischen Delegation. Wenn man frage, wie die Grundzüge zu formulieren seien, so würde er das so aussprechen, daß die Produkte und Fertigfabrikate jedes europäischen Landes in jedem europäischen Lande die Meistbegünstigung haben müßten.

Dieses Prinzip sei von grundlegender Bedeutung. Die endgültige Formulierung dieser Grundzüge und ihre Anwendung müsse die Aufgabe aller hier vertretenen Länder sein; denn es ist die natürliche Folge der Londoner Sachverständigenbeschlüsse, die darauf hinweisen, daß während einer gewissen Frist auf gemeinsamen Beschluß alle in Genua vertretenen Länder der Meistbegünstigung gesichert werden müssen. Unter den Experten seien einige, die den Vorschlag nicht angenommen hätten. Der Handel müsse die Sicherheit der

gleichmäßige Behandlung in allen Ländern

haben. Die Konferenz würde ihren Zweck verfehlt haben, wenn sie den Grundgedanken der Meistbegünstigung nicht annehme. Die italienische und japanische Delegation stimmten diesen Ausführungen zu und unterstützte sie aufs wärmste.

Vermittlungsvorschlag des Reichsarbeitsministers

München, 1. Mai. (Drahtmeldung unseres eigenen Berichterstatters.) Der Reichsarbeitsminister hat an die Arbeitgeber und Arbeitnehmer in der süddeutschen Metallindustrie die Aufforderung gerichtet, sich in der hauptsächlichsten Streitfrage, der Regelung der Arbeitszeit, im Wege gegenseitigen Entgegenkommens zu verständigen. Der Vorschlag geht dahin aus, die wöchentliche Arbeitszeit zunächst auf 47 Stunden festzusetzen und darüber hinaus für Fälle, in denen aus betriebstechnischen oder allgemeinerwirtschaftlichen Gründen Mehrarbeit erforderlich sei, die Verpflichtung zur Leistung einer weiteren Ueberstunde zum Ueberstundenlohn anerkannt werde. Der Reichsarbeitsminister weist darauf hin, daß die Vorteile, die durch eine Beschränkung der Streitigkeiten für die Parteien selbst und darüber hinaus für die Allgemeinheit erreicht würden, so groß seien, daß dadurch die dem grundsätzlichen Standpunkt gebrachten Opfer bei weitem aufgehoben würden.

Das Eisenbahnfinanzgesetz.

Die Beratungen über das Eisenbahnfinanzgesetz, die der Organisationsausschuß beim Reichsverkehrsministerium seit mehreren Monaten gepflogen hat, sind jetzt zum Abschluß gekommen. In der letzten Sitzung beschloß man sich noch einmal mit dem Konfliktparagraphen, zu dem Staatssekretär Preuß ein ausführliches Gutachten geliefert hatte. Auf Antrag der Ministerialräte Sarter und Homburger wurde für diesen Paragraphen folgender Wortlaut angenommen: „Gegen die Beschlüsse des Verwaltungsrates kann der Reichsverkehrsminister die Entscheidung des Reichstages anrufen. Die Anrufung des Reichstages hat aufschiebende Wirkung.“ Zu § 3 wurden keine Änderungen angenommen. Die übrigen Paragraphen wurden gemäß den Beschlüssen der vorausgegangenen Sitzungen verabschiedet. Das Gesamtergebnis der Beratungen des Organisationsausschusses wird nunmehr dem Reichsverkehrsminister unterbreitet werden, der in Berücksichtigung der gutachtlichen Vorschläge zu entscheiden hat. Man rechnet damit, daß diesen Verhandlungen

Heiteres aus Karl Thiersch's Leben.

Von Dr. Wilh. Ahrens.

Ende April war gerade ein Jahrhundert abgelaufen, seit Karl Thiersch (1822-1895) geboren wurde. Der berühmte Chirurg genoss nicht nur als hilfreicher, menschenfreundlicher Arzt, sondern auch um seines schlagenden Witzes, um seiner Allzeit mit Spannung erwarteten humorvollen oder satirischen Gelegenheitsreden willen große Volksmächtigkeit und Beliebtheit. Da bietet denn das Lebensbild, das ein Sohn des Verstorbenen, der Dresdner Kreisarzt Julius Thiersch, jedoch zum hundertjährigen Geburtstag des Vaters hat hinausgehen lassen (Verlag Joh. Ambr. Barth-Leipzig), — es ist die erste eingehendere Lebensbeschreibung des berühmten Arztes, die wir überhaupt besitzen, — begeisterte Weise sehr viel Anziehendes und Interessantes.

Schon vor seiner Approbation wurde Karl Thiersch in seiner Vaterstadt München Assistent in der chirurgischen Abteilung des Allgemeinen Krankenhauses (1844). Leitender Arzt war dort Prof. Klotzmann, doch in Wirklichkeit führten nicht er und seine Unterärzte das Szepter, sondern vielmehr die Krankenschwestern und insbesondere die Oberin. So hatten die Ärzte denn keinen leichten Stand dort. Verschiedentlich war es beispielsweise vorgekommen, daß Schwestern während der Nachtwachen schlafend angezogen waren, ohne daß Beschwerden jedoch irgend etwas genügt hätten. Da griff der junge Assistent Thiersch denn zu einem eigenartigen Mittel. Die Schwestern trugen eine Haube mit weitvortragendem Schild. Als Thiersch nun eines Tages oder vielmehr Nachts wieder ein solch schlummerndes Hauptbedeckendes antraf, hielt er schnell entschlossen ein Licht unter das Schild der Haube und brannte so in dieses ein Loch hinein. Die Schwestern hatten von dem ganzen Streich nichts gemerkt, und nach diesem untrüglichen Beweise konnte der geeignete Schlaf der Hausentwärtigerinnen denn doch nicht mehr gut bestritten werden, und so wurde endlich Wandel geschaffen.

Ein Jahrzehnt später finden wir den jungen Gelehrten, der inzwischen zum ordentlichen Professor der Erlanger Universität auferhoben ist, abermals in einer Begegnung mit einer jungen Dame, eines Begegnung, die freilich von der vorigen wesentlich verschieden ist. Thiersch weilte in München im Hause seines Vaters, des berühmten Philologen und Philosophen Friedrich Thiersch, und wie er sich dort eines Tages im Garten aufhielt, grüßte ihn aus dem Nachbargarten über die Mauer hinweg ein junges Mädchen, eine Freundin seiner Schwester, die im Gegenlicht zu den sonstigen jungen Damen dieses Kreises sich vor der Spitzlicht des Witzigen und satirischen Gelehrten offenbar wenig fürchtete. Was er denn dort so eifrig suche, so fragte sie. „Ich suche Krösche für meine Gule“, klang es zurück, „können Sie mir nicht helfen?“ „Ja, gern“, sagte Johanna v. Diebig, die schöne Tochter des großen Chemikers, — denn sie war es —, und im Nu hatte sie selbst einige Grasshopper und Quasler eingefangen und reichte sie dem Nachbarn hinüber. Das heitere, unbedingte, von aller Zimperlichkeit freie Benehmen, das Johanna bei diesem Gespräch und bei dem Frohsinn zeigte, imponierte und gefiel dem Professor außerordentlich, und damit war denn zu dem noch sehr jungen, aber gleich-

lungen entsprechend nun wieder ein neuer Referententwurf den nach der Reichsverfassung zuständigen Faktoren zugeleitet werden wird. Dies wurde dann der 6. Entwurf des Eisenbahnfinanzgesetzes sein. Der Organisationsausschuß wird bereits in der nächsten Woche wieder zusammentreten, um die neu zu beratenden Gegenstände für die nächste Sitzung festzusetzen.

Vermischte Nachrichten.

Der Räuber mit der Maske. Am Donnerstag vormittag ergriffen in der Berliner Filiale der Dresdener Bank am Reichsplatz ein etwa 20jähriger Bursche mit einer vorgebundnen schwarzen Maske und verlangte von dem Bankvorsteher, den er mit einem Revolver bedrohte, binnen fünf Minuten die Herausgabe von 100 000 M. Der Bankvorsteher wandte ein, er müsse sich in den Vorraum begeben, um Geld zu holen. In diesem Augenblick schlug ein Banditener den Räuber zur Seite. Bei der Verfolgung feuerte der Bursche hinterher acht Schüsse auf seine Verfolger ab. Ein Polizeiwachmeister wurde durch einen Schuß am Oberarm getroffen. Ein zweiter hinzukommender Polizist verfolgte den Räuber auf einem Kade und streckte ihn durch einen Schuß zu Boden. Der Bursche ist als Polizeigefangener dem Krankenhaus zugeführt worden.

Raubmord an einer Lehrerin. Ein Kapitalverbrechen ist in Graz verübt worden. In der Wohnung der 44jährigen Klavierlehrerin Valeria Lobenstein erschienen zwei junge Leute und gaben vor, Unterricht nehmen zu wollen. Plötzlich überfielen sie die ahnungslose Frau und schlugen ihr mit einem Tischläger mehrmals auf den Kopf. Als die Lehrerin unter der Wucht der Schläge zusammengebrochen war, drückten sie ihr gewaltsam den Brustkorb ein, brachten ihr mit einem scharfen Messer einen Herzstich bei und schnitten dann noch der Ueberfallenen die Kehle durch. Nach der Bluttat raubten sie das vorhandene Geld und eine wertvolle Brillantbroche und verzehrten anschließend der Beute einen großen Kuchen. Dann entsetzten sich die Mörder. Der Polizeibehörde gelang es, bereits am nächsten Tage die Verbrecher zu verhaften.

Keine Schleißung von Ehrenbreitstein. Die „Times“ melden aus Köln, die Behauptung, die Festung Ehrenbreitstein werde gesprengt, sobald die amerikanischen Besatzungstruppen durch französische ersetzt seien, entspricht nicht den Tatsachen. Ehrenbreitstein besitze nach der Auffassung des interalliierten Festungsausschusses keinerlei militärischen Wert, sondern könnte durch moderne Artillerie in wenigen Minuten zerstört werden. Dagegen nehme die Sprengung der modernen Festungswerte in der Nähe von Ehrenbreitstein ihren Fortgang.

Die Vereisung der Ostsee. Während Ströme und Bäche längst vom Eise befreit sind, haben sich die Eisverhältnisse in der Ostischen Ostsee nur wenig verändert. Der lange, harte Winter hat die schwedischen, finnischen und estländischen Gewässer derart stark vereist, daß mit ganz eisfreien Küstengebieten dort in diesem Jahre wohl kaum zu rechnen ist. Der Hafen von Hangö an der Südspitze Finnlands ist von neuem von einem mächtigen Eisgürtel verbarriadiert, es häufen sich im Hafen große Warenberge, Papier, Holzwaren usw., die nicht verfrachtet werden können; nur mit größter Mühe konnten vor einigen Tagen die Eisbrecher noch zwei Schiffe in freies Fahrwasser bringen. Durch einen schmerzlichen Eisstoß lösten sich an der estländischen Küste gewaltige Eismassen und trieben nach Finnland hinüber, schichteten sich bis zu zwei Meter Höhe auf und versperren in einer Breite von 15 Seemeilen jeden Zugang nach finnländischen Küstenorten. Nördlich nach Björneborg und Nikolsk ist die Ostsee eine unübersehbare Eismasse. Ebenso liegen die Verhältnisse an der schwedischen Küste. Heute noch kann man nördlich von Stockholm von der schwer hochliegenden Küste an den Alandsinseln vorüber über das Eisplateau zu Fuß nach Finnland hinübergehen! Schmale Fahrinnen werden vom Treibeis sofort wieder geschlossen. Eisbrecher sind in andauernder Tätigkeit, richten aber nicht viel aus, zumal der Frost nicht nachläßt.

Eine wichtige Maschinenfabrik.

Eine abseits gelegene Gemeinde des Landkreises Lüneburg, die keinen Anschlag an die Leberlandzentrale bekommen konnte, beschloß, sich ein eigenes Elektrizitätswerk zu bauen. Da jetzt Geld genug auf dem Lande vorhanden ist, konnte der Gedanke ohne Schwierigkeiten ausgeführt werden. Die Firma, mit der man einen Vertrag abgeschlossen hatte, stellte dann auch die Anlage in kürzester Frist her. Alles war in Ordnung, sogar sämtliche Lampen waren schon angebracht, nur der Motor, der die Kraft erzeugen sollte, war noch nicht eingetroffen. Die Fabrik vertrödelte von einem Tag zum andern. Schließlich aber rief dem Gemeindevorsteher die Geduld. Er schrieb der Fabrik einen Brief, der an Großbrot nichts zu wünschen übrig ließ, und verlangte umgehend telegraphisch Antwort. Diese traf denn auch sofort ein, lautete aber merkwürdigerweise nur: „Spannenweise Gefangend Nr. 25, Vers 6.“ Erstaunt ob dieser Antwort schlug der Gemeindevorsteher sein Gefangendbuch auf und fand, daß der angegebene Vers lautet: „Er wird nun bald erscheinen in keiner Ferrikschicht. Und all eu'r Klag' und Weinen verwandelt in ganz in Freud. Er ist, der helfen kann! Hall' eu'r Lampen fertig. Und seid stets sein gewärtig! Er ist schon auf der Bahn!“

Der Extra-Zug zum Bodensee.

Am 12. Februar vorigen Jahres fand in Füssen der erste in der Ufermark ein Bodensee-Fest statt. Der Veranstalter hatte erhebliche Anstrengungen gemacht, um für Unterhaltung zu sorgen und keine Gäste in Stimmung zu bringen: in den Drückstufen der Umgehung von Füssenweder sah man daher dem Ereignis mit hoch gespannten Erwartungen entgegen. Auch eine Gruppe von Eisenbahnbeamten, die auf dem Bahnhof Tempin stationiert war, hegte den Wunsch, sich ebenfalls von dem Füssenwederischen Bode stören zu lassen. Leider liegt nun aber Tempin von Füssenweder 1 1/2 Stunden entfernt. Eine andere Verbindung als die Eisenbahn gibt es nicht: es war daher vorzuziehen, daß der Hin- und namentlich der Rückweg, wenn man vielleicht „schief geladen“ hatte, mit einigen Schwierigkeiten verknüpft sein würde. Zwar fuhr nach ein fahrplanmäßiger Abendzug nach Füssenweder, aber der ging so spät, daß man erst hingekommen wäre, wenn der Bodseeerubel schon halb vorüber war. Es fand eine kleine Beratung statt, die folgendes Ergebnis zeitigte:

Der Oberbahnhofsleiter Kats stellte einen Extrazug zusammen, der aus Lokomotive und je einem Personenzug zweiter und dritter Klasse bestand. Dann bestiegen Kats, der Lokomotivführer Schubert und die drei Bahnmisstr Meyer, Günthe und Bunje sowie mehrere Dispositionen frohgemut den Bodsee-Extrazug. Ohne Heiser, ohne die Signale zu beachten, durchlief der Zug die Strecke! Er langte hochheftig in Füssenweder an, als die Bodseebestimmung ihren Höhepunkt erreicht hatte. Man klappte bis 3 Uhr morgens und fuhr dann mit dem Extrazug wieder nach Hause. Die auf der Heimfahrt zu passierenden Stationen wurden nicht benachrichtigt. Die Signale standen meist auf „Halt!“. Trotz dem ging auch die Rückfahrt glatt von statten. Aber — das die Bedenke kam nach. Die lustige Reispflicht war in der Umgegend rube geworden. Die Eisenbahnleitung leitete eine Untersuchung ein, deren Folge war, daß die nichtbeamteten Teilnehmer an der Fahrt je 1700 Mark an den Eisenbahnfiskus zahlen mußten, während gegen die beteiligten Beamten ein Disziplinarverfahren eingeleitet wurde. Sie standen dieser Tage vor der Potsdamer Disziplinarkammer.

Die fidele Stimmung von damals war verflogen und die Beschuldigten bekamen wenig ihr Vergehen. Der Anklagevertreter schiderte in anerkennender Weise, welche Gefahren für das Publikum heraufbeschworen würden, wenn derartige tolle Fahrten sich wiederholten. Er beantragte gegen Kats und Schubert die Dienstentlassung unter Zuhilfenahme einer dreijährigen Pension, gegen die übrigen weniger belasteten Beschuldigten einen Verweis. Die Disziplinarkammer, unter Vorsitz des Landgerichtspräsidenten Wimmer, sah die Sache etwas milder an, und erkannte gegen Kats auf Strafverurteilung und 3000 M. Geldstrafe; gegen die übrigen Beamten wurden Geldstrafen in Höhe von 300 bis 3000 M. verhängt.

Geschäftliche Mitteilungen.

Jeder Bäckerfreund dürfte mit Freude nach der wohlfeilen Ausgabe von Gottfried Keller's Werken greifen, deren Text genau der Originalausgabe entspricht. Sein Roman „Der grüne Heinrich“ und die Novellen-Sammlung „Die Leute von Schönbühl“ haben um die Unsterblichkeit verdient. Wir machen unsere Leser auf das in der heutigen Nummer erscheinende Jahrbuch der Firma Karl Bloch, Berlin S.W. 68, No. 5, aufmerksam, welche die Anschaffung der Werke durch Gewährung von Zahlungsungen erleichtert. R. 708.

Welche Dame wünscht sich nicht lockere, weiche Haare und was werden nicht für altert Mittelchen angewendet, um diesen Wunsch in Erfüllung zu bringen? — Ich will ganz gewiß nicht aus der Schule dauern, im Gegenteil, allen diesen Damen möchte ich gerne helfen. Es gibt nämlich ein ganz einfaches, absolut unschädliches Mittel: — Man wäscht sich das Haar mit Wadaform — und all das behr Mittelchen geht mit einem Schlag in Erfüllung. Lockere, weiche, die Haare glänzende Haare erhält man! — Probieren Sie's selbst und Sie werden mir für meinen guten Rat dankbar sein. Mr. 93497

Schutz gegen Asthma!

wird ein Arzt den Asthma-Leidenden in Karlsruhe beweisen. Ich wünsche, daß alle Asthmatiker in Deutschland einen Versuch mit meiner Behandlung machen und zwar ganz auf meine Kosten“, erklärt Dr. Schiffmann den an Asthma Leidenden. Er sagt hinzu: „Es kommt nicht auf die Heftigkeit der Krisen, noch auf die Hartnäckigkeit der Fälle an. „Asthmador“ bewirkt regelmäßig sofortige Linderung, vielmehr schon im Zeitraum von 10 bis 15 Minuten.“ Er weiß, wie sehr sein Mittel Tausenden von Asthmatikern schon genützt hat, er wendet sich also an alle diejenigen, welche noch keine Gelegenheit hatten, das Mittel zu versuchen und sich von dessen Vorzüglichkeit zu überzeugen, und bittet diese Zeitung, anzuzeigen, daß er an jedermann, der binnen 4 Tagen seinen Namen und die leserliche Adresse (incl. seines anderen) einsendet, ein Muster seines „Asthmador“ völlig unentgeltlich senden wird. Er nimmt an, daß eine positive Probe, die er anbietet, das überzeugendste, wirklich einzige Mittel ist, die Zweifel von Tausenden von Asthmatikern zu widerlegen. Obwohl „Asthmador“ in zahlreichen Apotheken zu finden ist, befürchtet Dr. Schiffmann, daß viele Leidende noch niemals davon sprechen hörten. Um diese zu erreichen, macht er das vorliegende Angebot. Wer einen Versuch mit diesem Arzneimittel machen will, schreibe daher umgehend, da nur innerhalb der nächsten vier Tage unentgeltliche Proben versendet werden können. Bestandteile: 34,90 Prozent Kaliumnitrat, 51,10 Prozent Fol. Datura Arborea, 14 Prozent Symplocarpus Foetidus. Man schreibe nur den Namen und die Wohnung auf eine Postkarte, weiter nichts an Dr. R. Schiffmann's Vertrieb, Postfach 5, Berlin SW 48. A690

hin, daß es an demselben Tag 50 Jahre her seien, seit die deutsche Universität in Straßburg gegründet wurde. Damit wurde der Vortrag zu einem Gedenktage, an dem nur zu bedauern war, daß er nicht auch in Straßburg gehalten werden konnte. Herr Teichmann sprach über einzelne eifrige Mitarbeiter, Gottfried von Weigenburg, dem wir die Erfindung des Minnesängers verdanken, Reinard von Hagenau, dem von seinen Zeitgenossen Walter und Wolfram Verpoeten, Gottfried von Straßburg, dem Dichter von Tristan und Isolde, vor allen Dingen aber von Tauber, dem großen Musiker, dessen Spuren sich bis zu Wolf, Leibniz und Kant verfolgen lassen. Von ihnen bis zu dem jüngsten Renaissance-Dichter Fischart ist noch eine stattliche Anzahl kleinerer Dichter hervorgerufen. Auch die Romanistik hat einzelne Dichter hervorgerufen. In der neueren Zeit sei es vor allen Dingen Herbard, der Dichter des „Oberlin“. Den in der Gegenwart stark hervorgeratenen René Schickel vermag der Redner leider zu erwähnen.

Zum Eingang und Schluß sprach Herr Dr. Holl über die Ziele und Absichten des jungen Vereins. Darnach ist ein ausrichtendes Programm zu bewältigen, dem man nur Erfolg wünschen kann. Die beiden Redner wurden mit dankbarem Beifall bedacht.

Literatur, Kunst und Wissenschaft.

Bad. Landestheater. Die ursprüngliche für Dienstag, den 2. Mai angelegte Erstaufführung der Opernreihe „Schahrazade“ von Bernard Selles mußte verlagert werden und findet nunmehr am Donnerstag, den 4. Mai statt. Das Schauspiel bringt am heutigen Dienstag im Monocome G. 2 Goethe's „Uraust“. Am Freitag, den 5. Mai, gelangt Verdis „La Traviata“ im Kammertheater von Van Gortom in der Fülle in der bekannten Besetzung zur Wiederholung. Für Sonntag, den 7. ds. Mt. ist eine Aufführung von Wagner's „Meistersinger“ angesetzt, in welchem Werke die Rolle der Vogt vom Oberhaus in Frankfurt a. M. als Coblenz und Albert Peters vom Deutschen Theater in Wien als David auf Anstellung galkten werden. In Vorbereitung befinden sich die Operette „Die schönste Helena“ von Offenbach, Wagner's „Ring des Nibelungen“ und Gluck's „Orpheus und Eurydice“.

Die Freilichtaufführungen auf dem Hohenlohehof finden im Juli und August wahrscheinlich auf der Kartstadt statt. Aufgrund der gemachten Erfahrungen wird auch die Organisation verbessert werden. Der Spielplan dürfte „Hermann“, die „Staat von Messina“ und die „Verlunte Glöck“ (Gerhard Schumann) umfassen. Für die Darstellung sind erstklassige Kräfte gewonnen. Die dramatische Leistung und die technische Ausstattung liegt in den Händen des Münchner Dramaturgen Leon Schmidt, der schon im letzten Jahre die Spiele auf dem Hohenlohehof geleitet hatte. Die technische Durchführung hat die Schaffensgemeinschaft auf dem Hohenlohehof übernommen.

Der russische Vater Kardinski verläßt das Sowjetparlament, obwohl er dort seit 1917 Bizepräsident der Akademie für Kunstwissenschaften war; er kehrt nach Berlin zurück, wo er vor dem Kriege lebte.

Freiburger Universität. Der Leipziger Privatdozent der Botanik Dr. Peter Stark hat einen Ruf als plant. außerordentl. Professor an unsere Universität Freiburg erhalten und angenommen. Der aus Karlsruhe (Baden) gebürtige Botaniker ist seit 1915 Assistent an Leipziger botanischen Institut der Prof. Pfeffer, nachdem er früher in gleicher Eigenschaft am Freiburger Institut unter Prof. Ottmann gewirkt hatte. Er promovierte in Freiburg, bestand in Karlsruhe das Oberrechenexamen und habilitierte sich 1917 in Leipzig mit der Schrift: Beiträge zur Kenntnis des Traumatismus und einer Probodiversion über das Thema: Die Flora der Elizeit und ihre Spuren in der Gegenwart.

Das Elfaß und die Literatur.

Vortrag des Herrn Dr. Teichmann.

Im Aufgebäude der Techn. Hochschule hielt Herr Stadtbibliothekar Teichmann in der Gesellschaft für deutsche Bildung, Ortsgruppe Karlsruhe, einen warmen, ansprechenden Vortrag über die Leistungen des uns verloren gegangenen Elfaß in der deutschen Literatur seit dem Mittelalter. Gleich im Eingang wies er darauf

Badische Chronik der Badischen Presse.

Dienstag 2. Mai 1922.

Die neue Pfarrkandidatenordnung der evangelischen Landeskirche.

Unter Aufhebung der Verordnung vom 10. Mai 1893 hat der Evang. Oberkirchenrat eine neue Verordnung über die Dienstverhältnisse der Pfarrkandidaten erlassen. Die Pfarrkandidaten haben, ohne Rechtsanspruch, die Anwartschaft auf Verwendung im Kirchendienst. Ihre Verwendung wird vom Oberkirchenrat bestimmt, der auch für ihre Dienstenthebung und Dienstentlassung zuständig ist. Die beiden ersten Jahre, die ein Pfarrkandidat im Kirchendienst zubringt, gelten als seine Probezeit. Diese kann vom Oberkirchenrat im einzelnen Fall aus besonderen Gründen auch auf weitere Dauer erstreckt werden. Für die Probezeit gelten folgende Bestimmungen: Halbjährlich hat der Pfarrkandidat dem Dekan eine schriftliche Arbeit aus dem Gebiet der theologischen oder philosophischen Wissenschaften vorzulegen, zu der er sich das Thema vorherhaltlich der Genehmigung des Dekans selbst wählen darf. Jährlich einmal hat der Pfarrkandidat am Dekanatsrat oder an einem durch den Dekan bezeichneten Ort einen Predigtgottesdienst und eine kirchliche Jugendunterweisung zu halten in Gegenwart des Dekans oder eines Vertreters, der ihm über Inhalt und Form Bemerkungen macht. Dann hat der Pfarrkandidat dem Dekan die Niederschrift seiner sämtlichen im Laufe des Jahres gehaltenen Predigten und geistlichen Reden vorzulegen und einen schriftlichen Bericht über seinen Studiengang und seine praktische kirchliche Beschäftigung während des zurückgelegten Jahres zu liefern. Am Ende des zweiten Dienstjahres muß sich der Pfarrkandidat einer Prüfung über seine Kenntnisse in den das geistliche Amt berührenden Gesetzen und Verordnungen sowie im kirchlichen Verwaltungsbereich vor dem Dekan unterziehen. Pfarrkandidaten, die während ihrer Probezeit in den Ehedienst treten, haben bei Verkehren keine besondere Berücksichtigung zu erwarten und müssen die Umzugskosten, soweit sie über ihren persönlichen Aufwand hinausgehen, selbst tragen.

Die Pfarrkandidaten sollen im Kirchendienst in der Regel verwendet werden: 1. Beim Eintritt in den Kirchendienst als Vikare auf minderwertigen Stellen, sowie als Personalvikare, die vom Oberkirchenrat einem Pfarrer als Gehilfen zugewiesen werden. 2. Nach mindestens einjähriger Dienstzeit als Vikare auf schwierigeren Stellen, sowie als Pfarrvikare in Kirchengemeinden. 3. Frühestens nach Beendigung der Probezeit als Diakonen, sowie als Pfarrverwalter.

Die Landeskirche fordert von den Pfarrkandidaten wie von allen ihren Geistlichen, daß sie die Lehren der hl. Schrift nach Maßgabe des Bekenntnisstandes der Landeskirche verkündigen, mit einem musterhaften christlichen Lebenswandel den Gemeinden voranzuleiten und überall den Ernst und die Würde ihres Amtes behaupten. Auch sollen sie durch Gebet und eifrige Verlesung in die hl. Schrift an der Verinnerlichung und Vertiefung ihrer Persönlichkeit arbeiten und mit der praktischen Übung im Kirchendienst fortgesetzte Studien auf dem Gebiet der theologischen und philosophischen Wissenschaften verbinden. Auch sind sie verpflichtet, sich mit allen das geistliche Amt berührenden Gesetzen sowie mit dem kirchlichen Verwaltungsdienst vertraut zu machen. Im Kirchengemeindeausschuß sind sie stimmberechtigt, im Kirchengemeinderat und in der Bezirkskonferenz nur dann, wenn sie als Vertreter eines Pfarrers bestellt sind. Die Pfarrkandidaten dürfen sich ohne Urlaub nicht von ihrem Dienst entfernen. Bis zu drei Tagen kann der Pfarrer, dem der Pfarrkandidat unterstellt ist, Urlaub gewähren. Im übrigen ist Urlaub bis zu 8 Tagen beim Dekan, längerer Urlaub beim Oberkirchenrat nachzusuchen. Zu ihrer Berechtigung bedürfen die Pfarrkandidaten, wie alle Geistlichen, ihrer Genehmigung des Oberkirchenrats.

Die Aufsicht über die sittliche und dienstliche Führung eines Pfarrkandidaten steht zunächst dem Pfarrer zu, dem er unterstellt ist. Die weitere Aufsicht hat der Dekan und die oberste Aufsicht der Oberkirchenrat. Erweist sich ein Pfarrkandidat als nicht befähigt oder nicht gewillt, sein Amt so zu führen, wie es von ihm verlangt wird, so wird er unter Einstellung der Beihilfe vorübergehend oder dauernd seines Dienstes entlassen. Seine Wiedereinstellung soll erst dann stattfinden, wenn er durch Dienstleistung bei einem dazu besonders befähigten Pfarrer die beanstandeten Mängel überwunden hat. Wenn ein Pfarrer einen Pfarrkandidaten entlassen will, so hat der Dekan die Untersuchung zu führen. Im dringenden Fällen hat der Dekan das Recht, Pfarrkandidaten vorläufig vom Dienst zu entheben.

der Bezirksparatse, Vorstand der Distriktskrankenpflege und Hauptmann der freiwilligen Feuerwehr.

— Freiburg, 29. April, 80. Geburtstag. Herr Hofrat Karl Fehrl, Kreislehrer a. D. hier, feierte gestern in voller Rüstigkeit den Tag der Vollendung des 80. Lebensjahres.

Konstanz

T. Donaueschingen, 28. April. Das Krankenhaus und der Bürgerausschuß. Im letzten Jahr genehmigte der Bürgerausschuß bekanntlich den Bau eines neuen Krankenhauses das inzwischen in der Höhe zweier Stockwerke aufgeführt ist. Die Bauleitung war Professor Graf-Karlsruhe übertragen, der nun auf Veranlassung des Gemeinderats einen Entwurf für ein zu errichtendes Nebengebäude fertigte. In diesem Nebengebäude sollen die Infirmerie, Wäscherei, Leichenhalle und Disinfektionsraum untergebracht werden, die bisher im Hauptgebäude vorgeesehen waren. Die Verlegung der Infirmerie war besonders deshalb wünschenswert gemorden, weil durch Vermittlung des Chefarztes Dr. Lange u. a. auch mechanische Apparate beschafft worden waren, die der Bürgerausschuß auch genehmigt hatte im Sinne des Chefarztes, das Krankenhaus rentabel und konkurrenzfähig zu machen. Mit diesem Nebenbauprojekt war der Bürgerausschuß in seiner Sitzung vom 7. ds. Mts. überrascht worden. Man hatte bisher angenommen, daß das Hauptgebäude allen Anforderungen an Raum und Unterbringung der Kranken genügen würde. Der Bürgerausschuß konnte sich damals nicht mit dem neuen Projekt, das auf 1.300.000 M veranschlagt war, befassen und beschloß einmütig die Submission zu veranlassen und sich noch genauer Prüfung der Frage über die Notwendigkeit des Nebengebäudes Klar zu werden. Die Submission ergab den aufzuwendenden Betrag von 2 Millionen M. Deshalb hielt es der Gemeinderat für angeraten, seine Vorlage bezüglich der Erstellung des Nebengebäudes zurückzuziehen. Die informativische Sprache in der Bürgerausschußsitzung vom 26. d. Mts. ergab, daß keinerlei Geneigtheit besteht, in absehbarer Zeit auch nur ein verkleinertes Nebenbauprojekt zu bewilligen, da die Zeitverhältnisse nicht dazu angetan sind, das Wünschenswerte in Angriff zu nehmen. Die Stadtgemeinde hat auch bedeutende Aufwendungen für Erstellung von Wohngebäuden zu erfüllen. In der gleichen Sitzung genehmigte der Bürgerausschuß 610.000 M für die Errichtung von 12 Wohnneben durch die Baugenossenschaft für Beamte, Arbeiter und Angestellte der städtischen Städtewirtschaft, die als Arbeitslohnzuschuß 750.000 M dazu zur Verfügung stellte. Bezüglich der Neuverteilung und Einlösung der städtischen Beamtengehälter, darunter des Gehalts des Bürgermeisters, konnte der Bürgerausschuß zu keiner Einigung kommen. Diese Frage wurde bis zur nächsten Sitzung vertagt. Die elektrischen Strompreise wurden ab 1. April erhöht, jedoch um 1 Kilowattstunde Licht 4 M, 1 Kilowattstunde Kraft 2 M. Die städtische Städtewirtschaft, von wo der Strom bezogen wird, zeigte auch hierin ein weitgehendes Entgegenkommen. Schließlich wurden noch einige andere Punkte genehmigt, wie Erhöhung der Viehmarktgebühren, ein Betrag von 2.300 M für die Autolinie der Kfz, die nun von Unterbadlingen bis Geisingen weitergeführt wird.

Aus der Landeshauptstadt.

Karlsruhe, den 2. Mai.

Der Mai ist gekommen!

Wenn der Kalender den Beginn des Monats nicht anzeigen würde, könnte man eigentlich glauben, in den rauhen Herbsttagen zu leben. Der nunmehr zu Ende gegangene unfreundliche Aprilmonat war einer der kältesten und unfreundlichsten der letzten Jahre und er steht in dieser Beziehung dem kalten April von 1917 nur wenig nach. Auch das Mailklima das am geistigen Montag wehte, war nichts weniger als angenehm, und fröstelnd liefen die Damen in ihren dünnen Winterpelzen herum. Mit einer unfreundlichen Geste verabschiedete sich der April und nun setzen wir unsere ganze Hoffnung auf den Mai, der hoffentlich seinem Namen als Monatsmonat alle Ehre macht.

Am Sonntag eilten eifrig junge SchülerInnen durch die Straßen der Stadt, um in einer Haus- und Straßensammlung für die Altershilfe zu werben. Hoffentlich ist der eingebrachte Betrag ein recht erheblicher, damit die Unterstützung der in Not geratenen alten Leute eine befriedigende sein kann. Eine ganze Anzahl von Tagungen fanden am Samstag und Sonntag in der badischen Landeshauptstadt statt, über die unsere Leser an anderer Stelle unterrichtet werden. Unter dem Motto: „Der Mai ist gekommen!“ gab am geistigen Montag der Musikverein Karlsruhe das erste hiesjährige Stadtgartenkonzert, das sehr gut besucht war, insfolge der kühlen Witterung aber nur als Bromadenkonzert durchgeführt werden konnte. In den katholischen Gottesdiensten fand gestern die feierliche Eröffnung der Marianacht mit Hochamt und Prozession statt, die in allen Pfarreien stark besucht war.

Erhöhung des Straßenbahntarifs. Die durch weitere fortschreitende Geldentwertung und die sich daraus ergebende Erhöhung der Materialpreise und Steigerung der Löhne und Gehälter hat ein weiteres Anwachsen des Aufwandes für den Betrieb der städt. Straßenbahn zur Folge. Zur Deckung für diesen Mehraufwand hat der Stadtrat eine Erhöhung des Tarifs dahin beschlossen, daß im Verkehr auf Barfahrtscheinen die jetzt geltenden Preise von 2 M bzw. 3 M auf 2,50 M und 4 M herausgesetzt werden. Die übrigen Fahrtausweise erfahren dementsprechend einen 20 bis 25prozentigen Aufschlag. Die Altersgrenze für die Freifahrt von Kindern wird bis zum sechsten Lebensjahr ausgedehnt, vom 6. bis 10. Lebensjahre werden je zwei Kinder mit ihren Eltern auf eine Fahrkarte befördert. Das Monatsentkommen das den Lehrling zum Bezüge der Lehrlingswochenkarten berechtigt, wird von 300 Mark auf 500 Mark erhöht. Aus dem eingangs erwähnten Gründen wird auch eine mäßige Erhöhung der Fahrpreise bei der Karlsruher Lokalbahn beschlossen. Der Bürgerausschuß wird um Zustimmung zum Stadtratsbeschuß ersucht werden. Der Sommerfahrplan der städtischen Straßenbahn wird mit Wirkung vom 15. Mai ab genehmigt. Ohne in die Linienführung Änderungen vorzunehmen, soll der Fahrplan dafür Vorkehrungen treffen, daß die Wagen der einzelnen Linien, soweit sie in der gleichen Richtung fahren, einen geordneten Abstand voneinander erhalten.

Ein weitere Erhöhung der Bierpreise ist seit 1. Mai für Mittelbaden und damit auch für Karlsruhe eingetreten. Die Bierpreise betragen pro Hektoliter: Lagerbier 600 M, Exportbier 700 M, also je 50 M mehr wie bisher. Die Mindestausnahmepreise für Karlsruhe werden wie folgt festgelegt: 10 Liter Lagerbier 3 M, Starkbier 3,50 M, Pfälzchenbier kostet ab 1. Mai 0,7 Literflasche Lagerbier Einstandspreis (bisher 5 M), jetzt 5,50 M, Kleinverkaufspreis über die Straße 6,50 M, beim Verkauf im Lokal 7,50 M, Starkbier (bisher 6 M), jetzt 6,50 M, Verkauf über die Straße 7,50 M, im Lokal 8,50 M.

Na. Spende für den Stadtpark. Ein hiesiger Bürger hat dem Oberbürgermeister die Summe von 13.500 Mark für Zwecke des Stadtparks zur Verfügung gestellt.

Der Mieter-Schutzverein Karlsruhe (gegr. 7. 3. 21), Geschäftsstelle Blumenstraße 3, hielt kürzlich seine ordentliche Jahres-Hauptversammlung ab. Der 1. Vorsitzende, Herr Förschner, gab in großen Zügen einen Überblick über Entwicklung und Tätigkeit des Vereins im verflochtenen Geschäftsjahre, wobei die Feststellung, daß die Mitgliederzahl des Vereins seit Mitte August v. J. sich verunfacht hatte, ganz besonders beifällig aufgenommen wurde. Alsdann erbat Herr Förschner den Resolutionsbericht, der trotz der beträchtlichen Ausgaben einen ansehnlichen Ueberschuß aufwies. Die Rassenführung war von den Beamten der Rhein. Kreditbank, Herr Bogt, geprüft und in Ordnung gefunden worden. Hierauf verbreitete sich Stadtrat Schwab eingehend über die Inanspruchnahme der Geschäftsstelle durch die Mitglieder und die erfolgreiche Wirksamkeit als Geschäftsführer. Er sprach sodann noch beherzigenswerte Worte über die Notwendigkeit der Mitarbeit aller Mitglieder zum Ausbau und zur Stärkung der Organisation. Der bekannte Bodentierarzt, Oberpostinspektor Nicklas, sprach alsdann namens der Versammlung dem Vorstand den Dank für seine erprießliche Tätigkeit aus. Im Anschluß hieran wies er noch auf die vorzugsweise nicht unbeträchtliche Erhöhung der Wohnabgabe hin mit dem Appell, diesfalls nicht unwillig zu werden, sondern angesichts der herrschenden Wohnungsnot lieber ein Opfer zu bringen und dem Staate mehr Mittel zu deren Bekämpfung zu geben als direkt oder indirekt zur Bereicherung der Hausbesitzer beizutragen. Auf Vorschlag des Herrn Nicklas erteilte die Versammlung dem bisherigen Vorstand einstimmig Entlastung. Der 2. Vorsitzende, Herr Karl, brachte hierauf den Entwurf der neuen Vereinsstatuten zur Kenntnis und begründete, soweit erforderlich, die Abweichungen und Änderungen gegenüber den bisherigen Statuten. Der 1. Vorsitzende vertrat im Anschluß hieran die vom Gesamtvorstand für erforderlich erachtete Anmeldung des Vereins zum Vereinsregister. Der Statutenentwurf wurde mit einigen Änderungen einstimmig angenommen, ebenso der Antrag auf Eintragung des Vereins. Bei der darauffolgenden Neuwahl des Gesamtvorstandes wurden im Wesentlichen die bisherigen Mitglieder wiedergewählt und zwar die Herren Förschner (1. Vor.), Karl (2. Vor.), Mitarbeiter (1. Schriftf.), Jörg (2. Schriftf.), Pfeifer (Kassier), ferner als Beisitzer: Frau Weidert, und die Herren Braun, Lobmaier, Nicklas, Schwab, Wahn und Weber. Endlich wurde noch beschlossen, mit Wirkung vom 1. April d. J. an die Beiträge auf 1.50 monatlich zu erhöhen.

Vorzeichen der Veranfaller.

Vortrag von Regierungsrat Professor Dr. Brunner. Dieser Vortrag über den Schmutz- und Schundliteratur wird am nächsten Mittwoch, den 3. Mai 1922, abends 8 Uhr, im großen Festsaal einen Vortrag halten über den Berliner Reichstagskongress. Professor Brunner war zu dem Prozeß als Sachverständiger zugezogen. Im Hinblick auf die bereits wiederholt in überfülltem Saale vor vielen Tausenden gesprochenen, er ist ein glänzender Redner und auch in Baden nicht ganz unbekannt durch seine frühere Tätigkeit in Würzburg.

Wohltätigkeitskonzert im Kaffee Eden. Der Besitzer des Kaffee Eden, Herr Bogdors, hat sich entgegenkommendweise bereit erklärt, das nächste Sonderkonzert am Donnerstag, den 4. Mai, als Wohltätigkeitskonzert zu Gunsten der Hinterbliebenen des 1. Badischen Leibregiments Nr. 109 durchzuführen. Es haben ihre Mitwirkenden zugesagt die Herren Klüver und Endlein von Badischen Bandkapelle und Herr Wolf vom Landesorchester. Während Herr Klüver eine Reihe ernstlicher und weiterer Rezitationen bringen wird, dürfen die Soldatenlieder zur Laute von Herrn Endlein vielen Anklang finden. Hoffentlich weist das Konzert einen guten Besuch auf, damit ein recht erheblicher Betrag zu Gunsten der Hinterbliebenen der Gefallenen des Regiments abgeteilt werden kann.

Mitteilungen aus der Karlsruher Stadtratsitzung vom 27. April 1922.

Neuorganisation der örtlichen Tuberkulosefürsorge in Karlsruhe. Der Stadtrat beschließt die Errichtung einer ärztlichen Beratungs- und Fürsorgestelle für Tuberkulose im Städt. Krankenhaus, die mit einem Facharzt als hauptamtlichen Leiter zu besetzen ist.

Quälertierbesagen. Die „Amerikanische Gesellschaft der Freunde“ und der mit ihr arbeitende Ausschuss von Amerikanern (Komitee für die 3 Millionen-Dollar-Spende) hat der amerikanischen Kinderhilfsmission in Berlin eine Geldsumme zur Verwendung für eine Bekleidungsmission übermitteln und mit der Durchführung dieser Aktion die Kinderhilfsmission der Quäler betraut. Der Stadt Karlsruhe sind dabei zur Verteilung an bedürftige Kinder bis zu 14 Jahren zugewiesen worden: 3.400 Paar wollene Strümpfe und 3.400 Stück wollene Hemdhojen. Die Verteilung geschieht nach Maßgabe der Richtlinien des Deutschen Zentralausschusses für die Auslandshilfe in Berlin durch den beim städtischen Jugendamt gebildeten Wohlfahrtsausschuß (Ausschuß für Auslandshilfe). Der Stadtrat nimmt von dieser hochwillkommenen Zuwendung mit dem Gefühl herzlichster Dankbarkeit Kenntnis und erbringt darin mit Befriedigung einen neuerlichen Beweis für die fortschreitende Verbreitung des Geistes der Verlässlichkeit unter kameraderbänden Vätern. Er beschließt, der amerikanischen Kinderhilfsmission der Quäler in Berlin für die hochherzige Spende im Namen der bedachten Kinder der Stadt Karlsruhe zur Übermittlung an die edlen Menschenfreunde in Amerika wärmsten Dank auszusprechen.

Gebührenerhöhungen. Verschiedene, nicht ordnungsgemäß festgesetzte Gebühren aus dem Geschäftsbereich des städt. Tiefbauamtes werden mit Rücksicht auf die weitere Steigerung von Arbeits- und Fuhrlohnern erhöht. Näheres wird durch das städtische Tiefbauamt bekanntgegeben.

Goldene Hochzeit. Den Karlsruher Philipp Reinhardt, Eheleuten, hier, die am 27. April ds. Js. das Fest der goldenen Hochzeit begingen, wurde durch den Oberbürgermeister eine Ehrenprobe der Stadt, begleitet von einem Glückwunschschreiben, überreicht.

Dienstausscheidung. Dem Stadtratsmitglied Heinrich Kreuzwieser beim Grundbuchamt wurde in Anerkennung 25jähriger treu geleisteter Dienste das Ehren Diplom der Stadtgemeinde verliehen.

Karlsruher Strafkammer.

Karlsruhe, 29. April. Wegen eines höchst raffinierten Betrugschens fanden heute der 18jährige Mechanikerlehrling Friedrich Burger aus Leppingen (bei Pforzheim) und der verheiratete Maler August Grotz aus Hühlsberg (Württemberg) vor der hiesigen Strafkammer. Grotz, der mit dem Bürger verkehrswegert ist, wußte davon, daß dieser öfters für seine Firma auf der Bank Geld holte. Nachdem er nun gerade eine Gefälligkeitsrechnung verbüßt hatte, suchte er den Bürger durch intensives Zureden dazu zu verleiten, ihm auch einmal von den auf der Bank abgehobenen Geldern zu geben, damit er ein Geschäft gründen könne. Dies gelang ihm und im März d. J. überließ er nach Vereinbarung den Bürger in einem Pforzheimer öffentlichen Abort als er von der Bank 100.000 M geholt hatte, schlug ihm auf die Nase und nahm ihm die beträchtliche Summe ab. Von den 100.000 M verwandte Grotz gleich einen Teil für sich, während er den größeren Teil einem Bekannten zur Aufbewahrung übergab. Die Sache kam aber in kurzer Zeit ans Tageslicht und das Geld konnte dem rechtmäßigen Eigentümer zugestellt werden. Das Gericht verurteilte den Bürger wegen Unterschlagung zu einer Gefängnisstrafe von 6 Monaten, den Grotz wegen Anstiftung zur Unterschlagung und Hehlerei zu einer solchen von 1 Jahr 6 Monaten. Die bürgerlichen Ehrenrechte wurden dem Grotz, der bei der ganzen Affäre der Anstifter war, auf die Dauer von drei Jahren aberkannt. Bei beiden Verurteilten geht ein Monat Untersuchungshaft an der Gefängnisstrafe ab.

Spröde Haut wird sammetweich, samt, weich und elastisch bei isalchem Gebrauch der an Milde und Reinheit Myrrhoin-Selbe

Karlsruhe

Schloß Baden, 30. April. Zum Automobilunfall des Königs von Schweden. Durch Königenaufnahme in Baden-Baden wurde festgestellt, daß der Automobilunfall des Königs von Schweden ernstere Folgen hatte, als ursprünglich angenommen wurde. Es wurde ein Bruch der drei Rippen links vorn mit Bluterguß in die Brustmuskulatur festgestellt, deren Heilung jedenfalls längere Zeit in Anspruch nehmen wird. Der König muß vorerst noch hier bleiben, da ärztlicherseits unbedingte Ruhe für notwendig gehalten wird, weshalb auch die Rückreise nach Schweden bis auf Weiteres verschoben werden mußte.

Mannheim

Mannheim, 25. April. Pathologischer Tagung. Ende letzter Woche fand hier eine Tagung der Pathologen Süd- und Westdeutschlands statt, die sich eines sehr guten Besuchs erfreute. Die Tagungswirte waren die Pathologen von Baden, Württemberg, Bayern, der Pfalz, Hessens, Westfalens und der Rheinprovinz sowie eine Reihe der namhaftesten Kliniker wie Romberg-München, De la Camp-Freiburg, Ueber-Charlottenburg, Staehelin-Basel, Kolhard-Halle waren erschienen. Auch die Schweiz und Oesterreich waren durch mehrere Gelehrte vertreten. Die Versammlung fand zum ersten Mal in den Räumen der neuen Krankenanstalt statt. Am Freitag wurde die Tagung durch einen Begrüßungsabend eröffnet. Der erste Tag brachte neben den offiziellen Begrüßungsansprachen als Hauptthema das „Lungenemphysem“ durch einen Vortrag von Professor Dr. Lunge. Eine Besichtigung des in den unteren Räumen angelegten großen wissenschaftlichen Belegmaterials, welches der Vortragende in den letzten 10 Jahren gesammelt hatte, schloß sich an. Diese in ihrer Art einzig dastehende Sammlung hatte Veranlassung gegeben. Mannheim als Ort des Kongresses zu wählen. Das Hauptthema des zweiten Tages war die sogenannte akute gelbe Atrophie der Leber, über die Prof. Herzog in Wiesbaden vom Standpunkt des pathologischen Anatomen, Prof. Ueber-Charlottenburg vom Standpunkt des Klinikers berichtete. Am ersten Verhandlungstage frühstüdteten die Gäste auf Einladung der Stadt im Krankenhaus; am Samstag standen Theaterkarten zu ihrer Verfügung. An die Versammlung schloß sich eine Konferenz der Leiter pathologischer Institute zwecks gemeinsamer Regelung wirtschaftlicher Fragen an.

Freiburg

Offenburg, 28. April. (Errichtung einer landwirtschaftlichen Versuchsanstalt.) Zu der von dem Kreis angeregten Errichtung einer landwirtschaftlichen Versuchsanstalt auf dem Gut Reichsberg kann ein erheblicher Staatsbeitrag nicht in Aussicht gestellt werden, da die Stallungen des Gutes, die für diesen Zweck in Aussicht genommen sind, sehr reparaturbedürftig sind. Deshalb wurde beschlossen, eine Feststellung in dieser Richtung vorzunehmen.

H. Haslach (Königsplatz), 1. Mai. Hier ist Altbürgermeister Xaver Hätti im Alter von 86 Jahren gestorben. Um das Gemeinwohl unserer Stadt hat sich der Entschlafene große Verdienste erworben, besonders durch Anlage der Wasserleitung und Kanalisation. Er war eifriges Mitglied des Kreis-Ausschusses, Vorsitzender

Karlsruhe als Kongressstadt.

Wir haben unsere Leser bereits verschiedentlich darauf aufmerksam gemacht, daß in diesem Jahre eine große Anzahl von Verbandstagen, Kongressen, Landesversammlungen, Regimentstagen u. a. in der badischen Landeshauptstadt stattfinden werden. Den Anfang damit machte in der Karwoche der Badische Lehrerverein mit seiner diesjährigen Hauptversammlung. Ihr folgte während der Osterfeiertage die Reichstagung der Zahnärzte. Am Freitag, Samstag, Sonntag und Montag tagten allein fünf Organisationen in Karlsruhe, nämlich der Landesverband des badischen Einzelhandels, die Jahreshauptversammlung des Badischen Bundes deutscher Jäger (Badischer Jägertag), die Landesversammlung des Badischen Landbundes, die Hauptversammlung des Badischen Richtervereins (Bad. Richtertag) und die Mitgliederversammlung der Badischen Gesellschaft für soziale Hygiene; es waren also lauter badische Verbände, die unsere Stadt in diesen Tagen beherbergte. In den kommenden Wochen und Monaten gefellen zu badischen Vereinigungen auch Reichsverbandstage. Karlsruhe guter Ruf als Kongressstadt wird auf diese Weise erneut in alle Länder des Reiches hinausgetragen und erneut bekräftigt. Infolge des starken Platzmangels ist es uns nicht möglich, über alle Veranstaltungen der letzten Tage in dieser Nummer zu berichten; den Bericht über den Einzelhandeltag finden unsere Leser in der volkswirtschaftlichen Beilage der „Badischen Presse“, der „Südwestdeutschen Industrie- und Wirtschaftszeitung“.

Badischer Landbund.

(Eigener Bericht.)

Aus dem Bund der Landwirte und dem Badischen Bauernverband, der sich seinerseits wieder aus zwei unmittelbar nach der Revolution entstandenen landwirtschaftlichen Organisationen, die in der Hauptsache kleinere und mittlere Betriebe umfaßten, zusammensetzte, entstand vor mehr als zwei Jahren der Badische Landbund, dessen Vertreter sich in den letzten Tagen in der Landeshauptstadt zu der zweiten Landesversammlung zusammenfanden. Die Tagung nahm bereits am Freitag der letzten Woche mit einer Sitzung des Vorstandes ihren Anfang; ihr folgten am Samstag eine solche des Landesauschusses und am Sonntag im Konzerthaus die öffentliche Landesversammlung, die mittags gegen 1 Uhr der Vorsitzende, Landtagsabgeordneter und Präsident der Badischen Landwirtschaftskammer, Hermann Gebhard von Eppingen, mit den üblichen Begrüßungsworten einleitete; besonderen Gruß erteilte er dem Reichstagsabgeordneten und württembergischen Landtagsabgeordneten Körner von Stuttgart, dem Präsidenten des Landwirtschaftlichen Vereins, Geh. Oberregierungsrat Satzer, dem Direktor des Verbandes badischer landwirtschaftlicher Genossenschaften Schön, der badischen Landtagsfraktion, dem Abgeordneten der Wirtschaftlichen Vereinigung von Au, der bekanntlich Mitglied der Landbundesfraktion ist, dem deutschnationalen Landtagsabgeordneten D. H. Schmidt-Bretten als Rechtsbeirat des Landbundes. Dem von dem Hauptgeschäftsführer Füller-Karlsruhe erstatteten

Geschäftsbericht

seien folgende Gedankengänge entnommen: Die Hauptarbeit der beiden ersten Jahre nahm der Ausbau der Organisationen in Anspruch. Unmittelbar nach dem Zusammengehen der beiden Organisationen nahm der Mitgliederstand eine rückläufige Bewegung, weil einerseits Erfahrung entsprechend bei einer Fusion nicht alle Mitglieder der in einander aufgehenden Verbände der neuen Organisation beitreten. Später ging die Kurve des Mitgliederstandes stark aufwärts; bis zum 1. Januar 1922 hatten sich 10 777 Landwirte neu als Mitglieder aufnehmen lassen; die Geschäftsführung glaubt Grund zu der Hoffnung zu haben, daß im Laufe dieses Jahres die Zahl 50 000 noch erreicht bzw. überschritten wird. Die Kassenzustände werden als günstig bezeichnet. Es ist eine Neugliederung des Bundes beabsichtigt und zwar in 7 Gaue, entsprechend den 7 badischen Landtagswahlkreisen. In Donaueschingen wurde eine neue Geschäftsstelle errichtet; die Freiburger Geschäftsstelle wurde mit einem neuen Geschäftsführer besetzt. Wie andere landwirtschaftliche Organisationen, so hielt auch der Landbund Vortragskurse ab; der Rechtsbeirat, Abgeordneter D. H. Schmidt-Bretten sprach über Rechtsfragen, ein Steuerfachverständiger über Steuerfragen, Hauptgeschäftsführer Füller über volkswirtschaftliche Fragen. Der Beitrag für den Bund mußte entsprechend dem sinkenden Geldwert erhöht werden; er wurde auf 25 M für das Jahr 1922 festgesetzt. Allein auch damit kann eine geordnete Finanzwirtschaft nicht aufrecht erhalten werden, weshalb der Landesauschuß beschloß, die fehlenden Gelder im Herbst durch eine freiwillige Kartoffelpende aufzubringen zu lassen, und zwar soll jedes Mitglied mindestens 20 Pfund Kartoffeln zu diesem Zweck freiwillig zur Verfügung stellen. Dem Reichslandbund gehört der Badische Landbund als korporatives Mitglied an. Der Zweckverband, den der Landbund mit dem Verbande badischer landwirtschaftlicher Genossenschaften geschlossen hat, ist im abgelaufenen Jahre vertieft und innerlich gekräftigt worden; etwa vorhandene Reibungen sind durch gegenseitiges Entgegenkommen aus der Welt geschafft worden. Es bestehen jetzt gemeinsame Einrichtungen, die von den Mitgliedern der beiden Verbände benutzt werden, so die Rechts- und Steueranstaltsstellen; weiter ist beabsichtigt, das ganze Land mit einem dichten Netz solcher Anstaltsstellen zu überziehen. Der Landbund bemühte sich um eine Zusammenlegung der landwirtschaftlichen Fachblätter in Baden; der Badische Bauernverein lehnte diesen Vorschlag aber ab, außerdem ergaben sich Schwierigkeiten bei dem Verzuge, die bestehenden Druckverträge zu lösen. Die Bundesleitung hegt die Hoffnung, daß sich die Herausgabe eines gemeinsamen Fachorgans ab 1. Januar 1923 ermöglichen läßt. Das Bundesorgan „Der Landwirt“ vertritt die Interessen des Landbundes; daneben besteht die Landbundeskorrespondenz, die von 13 Zeitungen im Lande benutzt wird; ferner hat die Geschäftsleitung mit einer Reihe von Zeitungen Verträge abgeschlossen, die diese zwingen, für den Landbund zu werben; es sind dies: das „Südwestdeutsche Volksblatt“ in Bretten, die „Schwarzwälder Zeitung“ in Bonndorf, der „Odenwälder“ in Luden, die „Kaiserlicher Rundschau“ in Kenzingen. Weiter berichtete der Hauptgeschäftsführer über die Fragen, die die Geschäftsleitung besonders beschäftigten, wie Milchpreis, Tabakbau, Getreideumlage, Elektrizitätsversorgung, Zuckerrübenpflanzerverband, Laubstreu, Steuerpolitik, Steuerberatung, Sozialpolitik, Landwirtschaftskammern, Landtagswahlen, Wahlgangflugblatt, für das die Landesgeschäftsstelle die Verantwortung trägt. Die Kosten für die Wahlen wurden aufgebracht durch eine Mitgliederbeitragssteuer von 2 M; ein kleiner Teil dieser Kosten blieb ungedeckt. Nicht richtig seien die Behauptungen, der Genossenschaftsver-

band habe die Landtagswahlkosten bezahlt, der Reichslandbund in Berlin habe sie gedeckt oder die ostelbischen Großgrundbesitzer haben das Geld dafür hergegeben. Der Landesauschuß habe sich in seiner Sitzung vom Samstag einstimmig dahin ausgesprochen, der Landbund sei keine politische Partei. Wollte er das sein, dann müßte er seine Mitglieder auf allgemeinpolitische und kulturpolitische Fragen festlegen, gerade in diesen Fragen aber lasse der Landbund allen Mitgliedern volle Freiheit.

Vorträge.

Nach dem von der aus allen Teilen des Landes sehr gut besuchten Versammlung mit großem Beifall aufgenommenen Geschäftsbericht folgten verschiedene Reden.

Zunächst gab der Landtagsabgeordnete Kaiser Redenshaft über die Arbeiten der Landtagsfraktion. In dem Abgeordneten der Wirtschaftlichen Vereinigung von Au habe die Fraktion eine sehr tüchtige Kraft gewonnen und einen sehr tüchtigen Mitarbeiter gefunden. Der Redner zählt dann die von seiner Fraktion eingebrachten Anträge auf, schilderte die Arbeiten des Landtags und meinte, bei der Beratung des Antrages auf Aufhebung der Getreideumlage habe es sich gezeigt, daß die anderen Fraktionen, mit Ausnahme der Deutschnationalen, noch nicht das nötige Verständnis für die Interessen der Landwirtschaft haben. Schon die Anwesenheit des Landbundes im Landtag genüge, um diesen zu einer besseren Beachtung der Landwirtschaft zu veranlassen; der Landbund solle gewissermaßen als Aufsichtsorgan über die politischen Parteien im Landtag bei ihrem Verhalten in landwirtschaftlichen Fragen. Der Landbund führe dort einen Kampf gegen alle politischen Parteien und gegen die Regierung. Der Abgeordnete Dr. Schofer habe einmal zu ihm (Kaiser) gesagt: „Wir sind mit einem Bismarck fertig geworden und werden auch mit Ihnen fertig.“ Der Regierung sei der Landbund ein Dorn im Auge; sie mache es ihm immer schwerer, sich mit ihr einzusetzen. Diesen Kampf werde der Landbund fortsetzen und darin nicht erlahmen. Wenn die Fraktion der Unterstützung und des Vertrauens der Bundesmitglieder sicher sei, dann werde es ihr gelingen, diesen Kampf zu einem glücklichen Ende zu führen. Der Landbund kämpfe für die Freiheit der Wirtschaft, für den Schutz der ehelichen Arbeit in Stadt und Land, für die Sicherheit des Privateigentums an Grund und Boden, für eine gerechte Verteilung der Steuerlasten, für den Schutz der heimischen Produktion, für die Erhaltung, Kräftigung und Vermehrung des bäuerlichen Mittelstandes und für das Christentum in Staat und Schule.

Dann sprach der Reichstags- und Landtagsabgeordnete Körner von Stuttgart über „Die wirtschaftliche Lage und das Hilfswort der deutschen Landwirtschaft.“ Er gab einen kurzen Überblick über die ankenpolitische Lage und gab mit Rücksicht auf das in Genua abgeschlossene deutsch-russische Abkommen der Befürchtung Ausdruck, die deutsche Landwirtschaft werde nach dem Wiederaufbau der russischen Landwirtschaft mit Hilfe deutscher landwirtschaftlicher Maschinen die Jechen begeben müssen.

Reichstags- und Landtagsabgeordneter Fischer-Weihenheim vertrat seinen im Badischen Landtag gestellten Antrag auf Freigabe des Anbaus des Tabaks. Mit Ausnahme von Baden sei in allen Ländern des Reiches die Anbaufläche freigegeben. Weiter streifte der Redner die Verhandlungen über die Aufhebung der Zwangswirtschaft, den Tarif für landwirtschaftliche Arbeiter und forderte zur Zusammenarbeit mit der Wirtschaftlichen Vereinigung auf.

Entscheidung

einstimmig angenommen:

Der Badische Landbund ist bereit, nach besten Kräften mitzuwirken an der Durchführung des landwirtschaftlichen Hilfswortes, das deutsche Volk aus eigener Scholle zu ernähren. Er ist sich aber bewußt, daß dieses Ziel nur erreicht werden kann, wenn die Produktion, von allen Seiten der Zwangswirtschaft befreit, sich ungedehnt entwickeln kann, und wenn damit die Gewähr geboten ist, daß der Preis des Produktes einen Ausfluß bringt für den Aufwand an Arbeit und an Kapital, und wenn ferner jede Sonderbesteuerung der Landwirtschaft und unerträgliche Sonderbesteuerung der Landwirte in der Getreideumlage umso mehr, als den Fiskalisten von Umlagegebühren in keiner Weise eine steuerliche Veranschlagung zu Teil wurde. Der Badische Landbund lehnt deshalb jedes Umlageverfahren ab und schließt sich der Stellungnahme des Reichsbundes an.

Ausprache.

Landtagsabgeordneter von Au wandte sich gegen die Sozialisierung und propagierte die gegenseitige Unterstützung des Mittelstandes in Stadt und Land. — Landtagsabgeordneter Schrauf überbrachte die Grüße des Hinterlandes, wo sich der Landbund sehr günstig entwickle; dieser umfasse dort viele von jenen Landwirten, die nach dem Kriege ganz links gestanden seien. — Landtagsabgeordneter Hagin übermittelte die Grüße des Oberlandes, des Breisgaus und des Markgräflerlandes, Bürgermeister Kaiser von Bebra jene des Seckreis, des Hegaus und der Saar, Gauvorsitzender Schmauder von Baden-Baden jene Mittelbadens, Ortsgruppenvorsitzer Merz von Grafenhausen (A. Bonndorf) jene vom hohen Schwarzwald. Nach weiteren kurzen Ansprüchen schloß Vortragsführer Gebhard die Landesversammlung um 4 1/2 Uhr. Den Schluß des Bundestags bildete ein von den „Badischen Lichtspielen für Schule und Volksbildung“ vorgeführten Lehrfilm zur Hebung der Produktion.

Badische Gesellschaft für soziale Hygiene.

(Eigener Bericht.)

Am Sonntag vormittag halb 11 Uhr begann im Sitzungssaal des Arbeitsministeriums die Mitgliederversammlung der Badischen Gesellschaft für soziale Hygiene, die auch von den auswärtigen Mitgliedern sehr stark besucht war.

Der 1. Vorsitzende, Geh. Obermedizinalrat Dr. Hauser, begrüßte die Mitglieder. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde das Andenken einiger hingedehener Mitglieder in der üblichen Weise gelehrt.

Der Geschäftsführer, Dr. med. A. Fischer-Karlsruhe erstattete den

Tätigkeitsbericht.

Aus ihm ging hervor, daß im Jahre 1921 ein Zuwachs von 91 Mitgliedern zu verzeichnen ist, jedoch am 1. Januar ds. Js. der Mitgliederbestand insgesamt 558 beträgt. Das Interesse der Ärzte an den sozialen Bestrebungen des Vereins bezeugt die Tatsache, daß 253 Ärzte Badens der Gesellschaft angehören, darunter besonders viele Beamtenärzte. Auch die Zahl der Gemeinde- und Krankenhäuser hat erheblich zugenommen. Der Berichtsführer wies dann auf den Wert der Zeitschrift hin, die ein Band unter den Mitgliedern schließen und die Bestrebungen wesentlich unterstützen. Der Mitgliedsbeitrag muß vom 1. Januar 1923 auf mindestens 20 M für Einzelmitglieder und 40 M für Körperschaftsmitglieder heraufgesetzt werden. Die finanzielle Lage der Gesellschaft ist im Ganzen

zufriedenstellend. Mit den vorhandenen Mitteln konnte man nur durchkommen, weil für die Karlsruher Geschäftsstelle und der Institute (im Staatlichen Landesamt) keine Miete zu entrichten ist. Die Unterkunft ist allerdings vollkommen unzureichend.

Hierauf wandte sich der Geschäftsführer der Tätigkeit der Gesellschaft zu. So hat die Gesellschaft durch Eingaben usw. Erfolge auf dem Gebiete der Schulbäder, Familienversicherung, Tuberkulosebekämpfung erzielt. Es wurde weiter eine Untersuchung des Rückgangs des Alkoholismus angestellt. Ungefähr 2000 Lehrlinge an der Gewerbe- und Handelsschule Durlach und Karlsruhe wurden untersucht; das Ergebnis ist noch nicht abgeschlossen, man kann aber trotz dem schon folgern: „Deutschland ist noch nicht verloren.“ Der Redner behauptete, daß die Anregung der Gesellschaft auf Einrichtung von Gesundheitsämtern bei den Gemeinden und beim badischen Landtag nicht allzugroße Gegenliebe fand. Die Tätigkeit erstreckte sich ferner auf die gesundheitliche Volksbildung; die Vorträge finden immer größeres Interesse. Es wurde also auf dem Gebiete der sozialen Hygiene durch die Gesellschaft erfolgreich gearbeitet.

Präsident Curjel-Karlsruhe erstattete den Kassenericht. Die Einnahmen während des Berichtsjahres betrugen 62 468 M, denen Ausgaben in Höhe von 26 299 M gegenüberstehen. Das Gesamtvermögen betrug am 31. Dez. 1921 45 836,25 M, gegenüber dem Vorjahre ein Zuwachs von 22 247 M. — Im Anschluß daran machte der Vorsitzende die Feststellung, daß der Landtag mehr Mittel bewilligen müsse. Abg. Dr. Wolckner erklärte, daß der Landtag die Eingabe des Vereins gebührend beachtet habe und der Gesellschaft und ihren Bestrebungen großes Interesse entgegenbringe.

In der Aussprache wurde angeregt, neben den Ärzten besonders auch die Lehrer für die Ziele des Vereins und für die Gesellschaft zu gewinnen.

Dem Kassenericht wurde Entlastung erteilt. Die Versammlung stimmte einstimmig für die vorgeschlagene Erhöhung der Mitgliedsbeiträge.

„Soziale Missetaten und Tuberkulosebekämpfung.“

Zu seinem Bericht „Soziale Missetaten und Tuberkuloseverbreitung“ erhielt dann Dr. Dörner, Bezirksarzt in Eichenheim, das Wort. Der Redner führt aus, daß unter allen Volksleiden die Tuberkulose die verbreitetste und gefährlichste ist, jedoch jährlich noch 100 000 Tuberkulose sterben. Die Sterblichkeit der Frauen ist hierbei höher als die der Männer. Durch die Hungerplöde wurde infolge ungenügender Widerstandskraft des Körpers die Ausbreitung der Tuberkulose erheblich erleichtert. Gegen früher habe sich infolge der wirtschaftlichen Lage die Sterblichkeit verschoben. Der Redner stellte in je 10 Landgemeinden der Amtsbezirke Kehl und Schwetzingen wissenschaftliche Untersuchungen bis ins Jahr 1881 zurück an. Während sich im Bezirk Kehl, der seinen landwirtschaftlichen Charakter mehr bewahrt hat, hinsichtlich der Tuberkulosesterblichkeit Zahlen ergeben, die unter dem Landesdurchschnitt liegen, liegen die Zahlen des Schwetzingener Bezirkes über dem Landesdurchschnitt. Die Wohnungsverhältnisse sind nach den Darlegungen des Redners in zahlreichen Fällen geradezu grauenhaft, woran auch kein Gesundheitsamt etwas ändern kann. Deseigenen Gemeinden, die in der Nähe der Stadt gelegen sind und den größten landwirtschaftlichen Betrieb haben, haben die größte Tuberkulosesterblichkeit und umgekehrt. Die Tuberkulosesterblichkeit hat im erwerbsfähigen Alter zu und im vorgerückten Alter abgenommen. Der Einfluß einer tuberkulösen Mutter ist von außerordentlichem Nachteil für die Kindersterblichkeit. Den ungünstigsten Wert für die Kindersterblichkeit und die Tuberkulosesterblichkeit hat Neulohheim. Die Schuld trägt die Verursachung der Frau, der Mangel der Zahnpflege u. a. m. Die Industrie am und für sich trägt nicht die Schuld an der erhöhten Sterblichkeit.

Bei Bekämpfung der Tuberkulose müssen wir die sozialen Missetaten beheben. Der Redner ist der Ansicht, daß die Heilanstaltsbewegung Fliasco gemacht habe. Wenn wir die 17 1/2 Millionen statt für die Heilanstalten für Wohnbauten verwenden hätten, wäre die Tuberkulose wirksamer bekämpft worden. Die gesunde Wohnung ist die Grundlage für die körperliche und hygienische Gesundheit des Volkes. Die Bereitstellung von öffentlichen Mitteln für Heilanstalten läßt sich heute nicht rechtfertigen. Wir müssen die landwirtschaftliche Produktion steigern. Wir müssen für möglichst gesunde Verhältnisse sorgen bei Industrie, Handel und Landwirtschaft. (Beifall.)

In der Aussprache zu diesem Punkt der Tagesordnung bestritt ebenfalls ein Redner die Wirksamkeit der Heilanstalten. Die Überhältnisse der Privatpraxis dürfen nicht auf die Volksheilstätten übertragen werden. In diese Heilstätten kamen meist zu weit vorgeschrittene Kranke, jedoch bei der kurzen Zeit der Heilung nur ein vorübergehender Erfolg erzielt werden kann. Die Wohnungsfrage spielte eine große Rolle in der Tuberkuloseerörterung. Nicht mit den gesetzlichen Bestimmungen in der Wohnungsfrage kamen wir weiter; dadurch wird nur das Meer der Beamten vermehrt. Wir müssen dafür sorgen, daß die tuberkulösen Personen in Badewohnstätten kommen. Wenn wir das Wasser immer mehr versauern, tragen wir auch nicht dazu bei, die bei der Tuberkulosebekämpfung so notwendige Hygiene zu fördern. Dr. Lange bemängelte, daß in einer Wohnung von Küche und 1 Zimmer fünfköpfige Familien untergebracht sind. Es sollte die Baugenehmigung für solche Wohnungen verweigert werden. Die Ueberpannung der zwangswirtschaftlichen Regelung der Wohnungsfrage arbeitet nur der Vertreibung der Volksleiden vor. Dr. Dörner wies darauf hin, daß in den Landgemeinden tatsächlich keine Baupläne vorhanden seien und man hier gefährlig für Parcellierung und Schaffung von Bauplänen vorgehen müsse. — Weiter wurde in der Aussprache darauf abgehoben, daß die Hebung des individuellen Körperlichen Wohlergehens durch die kleine Fürsorge außerordentlich wertvoll sei.

Nach 1 Uhr wurde die Sitzung bis 3 Uhr unterbrochen.

Nach dem gemeinschaftlichen Mittagessen wurden die Verhandlungen wieder aufgenommen. Der Nachmittag war dem Vortrag des leitenden Arztes der Kindererholungsanstalt, Dr. Behm über

„Die sozialhygienische Bedeutung des Kindererholungsanstalt“ vorbehalten. Aus den Darlegungen des Berichterstatters sprach die Liebe zu den Kranken und erholungsbedürftigen Kindern und die hohe Auffassung seines Berufs. Am 1. Dezember 1921 konnte die Heilstätte, die im ehemaligen Lazarett eingerichtet wurde, auf ein einjähriges Bestehen zurückblicken. Bis zum Dezember 1921 waren in der Anstalt 139 Knaben und 178 Mädchen aufgenommen worden. Von den einzelnen Entsendungsgruppen stehem Mannheim mit 112 und Karlsruhe mit 54 Kindern an der Spitze. Bei den verschiedenen Entsendungen waren die Erfolge gut; auch bei leichten Herzfehlern sowie Fällen von Gefäßverengung war die geltende Mindestverweildauer von 12 Wochen ausreichte. Entsendungen an Gelenk- und Knochen-tuberkulose bedürfen längerer Heilungsdauer. Da die 80 Betten der Heilstätte „Luginsland“ sich als ungenügend erwiesen, wurde nach ein zweites Haus, die Heilstätte „Hohe Wart“, mit 80 Betten eingerichtet. Während das erste Haus das Bestrahlungszimmer mit der Höfensonne, enthält, ist in der „Hohe Wart“ das Solbad untergebracht. Mit der bevorstehenden Erstellung der Röntgeneinrichtung wird allen modernen Anforderungen Rechnung getragen werden können. An den Vortrag des Redners, der nur einen kleinen Abschnitt aus dem Werte der Erziehung, der Wohltätigkeit und der Gesundheit bot, das auf dem Heuberg an unserer Jugend geleistet wird, schloß sich ebenfalls eine lebhafte Aussprache. Nach 4 1/2 Uhr konnte die anregend verlaufene Versammlung mit dem Dank des Vorsitzenden an die Redner und die Mitglieder geschlossen werden.

Gesunde Nerven

Biocitin

stärkt Körper u. Nerven

Nervosität, Schlaflosigkeit, Blutarmut, Unterernährung

geben Ausdauer, Energie, Erfolge im Beruf und Leben. Man achte deshalb bei der Körperpflege vor allem auf die Kräftigung seiner Nerven! Kraft und Gesundheit der Nerven sind aber abhängig von ihrem Reingehalt an Lecithin. In der Tat stellt die Ernährung der Nerven mit Lecithin bei allen Schwächezuständen des Körpers und der Nerven einen der glücklichsten Erfolge der modernen Wissenschaft dar.

Biocitin enthält ausser seinem wirksamsten und wertvollsten Bestandteil, dem physiologisch reinen Lecithin nach Professor Dr. Habermann auch sonst alle dem Körper nötigen natürlichen Nährstoffe, nur in geläuterter, idealer und konzentrierter Form. Hierin liegt der Grund für die glänzenden Erfolge und für die allgemeine ärztliche Anerkennung des Biocitins als vertrauenswertes Kräftigungsmittel bei

wie überhaupt bei allen mit körperlicher oder nervöser Schwäche verbundenen Zuständen. Biocitin nach Professor Dr. Habermann ist in der alten bewährten Güte in Apotheken und Drogerien wieder erhältlich. Minderwertige Nachahmungen bitten wir zurückzuweisen. Eine Broschüre über rationelle Nervenpflege sowie ein Geschmacksmuster versendet auf Wunsch völlig kostenfrei die Biocitin-Fabrik G. m. b. H., Berlin S. 61 Pr.

Die Tagung des badischen Einzelhandels.

Die Sorgen des Einzelhandels. Die Bedeutung des Einzelhandels im Wirtschaftsleben. — Die wirtschaftspolitischen Forderungen. — Gegen die Preisbemessungspolitik und die Wuchergesetzgebung.

von
Dr. rer. pol. Walthar Schneider.

Die Wirtschaftskräfte führen heute einen schweren Daseinskampf. Die Notlage unserer Wirtschaft ist einmal bedingt durch die Folgen der wahnwitzigen Forderungen, die von Seiten unserer Feinde an uns erhoben werden, zum andern aber auch durch eine falsche Einstellung der inneren Politik gegenüber der Wirtschaft. Unter den Wirkungen dieser äußeren und inneren politischen Forderungen hat zweifellos keine wirtschaftliche Gruppe so sehr zu leiden, als der Einzelhandel. In ihm ist kein Berufstand so sehr der Gefahr der völligen Vernichtung ausgesetzt wie gerade der Einzelhandel. Daß die Erhaltung und Stärkung der beiden Hauptfaktoren der Produktion, der Industrie und der Landwirtschaft, von deren Wohlergehen ja doch auch die Existenz und wirtschaftliche Hebung der in diesen Erwerbszweigen tätigen Arbeiter- und Angestelltenmassen abhängig ist, auf den Wegen einer auch nur irgendwie sozialistisch und zwangswirtschaftlich beeinflussten Wirtschaftspolitik die größte Gefahr läuft, ist auch auf der politischen Ebene immer mehr eingelebte oder un- eingelebte Erkenntnis geworden. Notgedrungen hat die Politik daher die zwangswirtschaftlichen Fesseln, die dem Wiederaufbau und der Neuentfaltung der produktiven Kräfte in freier Konkurrenzwirtschaft in Industrie, Landwirtschaft und auch im Großhandel entgegenstehen, immer mehr abzubauen müssen. Wenn die Politik bisher die entsprechenden Konsequenzen für den Einzelhandel nicht gezogen hat, so ist das nur zu erklären entweder in einem Mangel an Logik beim Durchdenken der wirtschaftlichen Gesetze oder aber in einer bewußten Feindschaft der maßgebenden politischen Kreise gegen den Einzelhandel, in der Absicht, den Einzelhandel zugunsten einer verstaatlichten kommunalisierten oder sonstwie sozialistisch organisierten Versorgung der Verbraucher dem Untergang auszuliefern. Aus dieser notwendigen Schlussfolgerung ergeben sich ganz von selbst die beiden Hauptaufgaben, vor die sowohl die Verbände zur Wahrung einzelhandelsrechtlicher Interessen sowie auch der einzelne Kaufmann gestellt sind.

Es kommt zunächst einmal darauf an, die Ueberzeugung von der wirtschaftlichen Notwendigkeit des Einzelhandels für eine individuelle Versorgung des Publikums wieder in die maßgebenden Kreise der Öffentlichkeit zu tragen. Diese Notwendigkeit wurde auf der diesjährigen Generalversammlung der Landeszentrale des Badischen Einzelhandels vor allem von den Herren Dr. Borchard-Berlin und dem Mitglied des Reichswirtschaftsrats und Abgeordneten Janßen-Barmen in ihrer Bedeutung herausgestellt. Herr Janßen ging dabei an die Wurzel dieser Frage, in dem er auf die Bedeutung der Wirtschaft für die Bildung der öffentlichen Meinung und damit der politischen Machtverhältnisse hinwies. In diesem Hinweis darf der Einzelhandel nicht vorübergehen. Wenn es seinen Organisationen nicht gelingt, durch systematische Aufklärung und durch überzeugende Argumente die wissenschaftliche Beherrschung, die heute zum großen Teil reinhandelsfremdlich ist, zu beeinflussen und damit die falsche Einstellung der Politik gegenüber dem Einzelhandel umzubiegen, so wird der Kampf des Einzelhandels immer aussichtsloser. Der Abgeordnete Janßen hat die Lebensfrage des Einzelhandels aufgezeigt. Herr Dr. Borchard-Berlin gab in seinem Referat über die Wirtschaftspolitik des Einzelhandels ein Beispiel dafür, wie man die Lebensfragen des Einzelhandels von hoher Warte, frei von kleinstem Interessenspartikularismus und darum in wissenschaftlich und politisch wirksamer Weise vertreten kann. Dr. Borchard wies in sehr eindringlicher Weise auf die Interessengemeinschaft aller Wirtschaftskräfte hin. Er zeigte, daß es nicht nur für die Weltwirtschaft gilt, was Lloyd George in Genua ausführte, sondern in noch höherem Maße für die Volkswirtschaft, daß das Wohlergehen des Einzelhandels die Wohlfahrt des Volkes ist, daß die Wohlfahrt des Einzelhandels die Wohlfahrt des Volkes ist, daß die Wohlfahrt des Einzelhandels die Wohlfahrt des Volkes ist, daß die Wohlfahrt des Einzelhandels die Wohlfahrt des Volkes ist.

Sinter dieser Notwendigkeit, die Öffentlichkeit in allen Kreisen von der Notwendigkeit des freien Einzelhandels für die Gesamtwirtschaft zu überzeugen, bekommt die andere Aufgabe zunächst etwas sekundären Charakter, die es sich zum Ziel setzt, die vernichtenden Wirkungen und die Ungerechtigkeiten der jetzigen Wirtschaftspolitik gegenüber dem Einzelhandel im Einzelnen nachzuweisen. Denn solange die Öffentlichkeit nicht von der Notwendigkeit der Erhaltung des Einzelhandels im Gesamtinteresse überzeugt ist, solange darum die Politik aus agitatorischen Momenten sich nicht von der Kleinhandelsfeindschaft Einstellung löst, stoßen derartige Beweisführungen über die allmähliche Vernichtung des Einzelhandels an den maßgebenden Stellen not-

wendig auf Gleichgültigkeit, wenn nicht gar Befriedigung. Natürlich wird es praktisch darauf hinauslaufen, daß man das Eine tut und das Andere nicht läßt. Herr Dr. Krienen dem Syndikus der Handelskammer Karlsruhe, fiel in der Versammlung am Sonntag die Aufgabe zu, die vernichtenden Wirkungen der jetzigen Wirtschaftspolitik gegenüber dem Einzelhandel darzustellen und die praktischen Forderungen zu formulieren. Die Hauptforderung des Einzelhandels, um die sich alle anderen Wünsche gruppieren, ist das Verlangen nach Freiheit der Preisbildung. Die Forderung der Gesetzgebung, an die sich die Rechtsprechung in den meisten Fällen krampfhaft klammert, will die Preisfestsetzung auf der Grundlage der Herstellungskosten erfolgt sehen. Bei normalen Produktionsverhältnissen und bei vollkommen stabilen Währungsverhältnissen sind die Herstellungskosten für den Kaufmann zwar der wichtigste Faktor für die Bildung des Marktpreises, aber doch eben nur darum, weil selbst für eine längere Umlaufperiode Einkaufspreis und Wiederanschaffungspreis mit unbedeutenden Veränderungen gleich sind. In den Zeiten großer Preis- und Geldwertschwankungen aber wird jeder Kaufmann den Verkaufspreis auf der Grundlage des Wiederanschaffungspreises festzusetzen müssen, wenn er nicht mit Scheingewinnen, die in Wirklichkeit Verluste sind, arbeiten will. Diese einfache Tatsache soll man heute eigentlich kaum noch zu beweisen nötig haben. Ein Beispiel zur Illustration: Ein Kaufmann kauft 10 Stück einer Ware für 2000 Mark und legt auf der Grundlage des Einkaufspreises den Verkaufspreis auf 2300 Mark fest. Die 300 Mark Gewinn verbraucht er für Handlungsunkosten und seinen eigenen Unterhalt. Als er die Ware verkauft, ist deren Einkaufspreis aber bereits auf 300 statt 200 Mark pro Stück gestiegen. Er kam also selbst nur noch weniger als sieben statt bisher 10 Stück einzukaufen. Bei steigender Preisbewegung geht diese Verminderung des Warenbestandes weiter und in kurzer Zeit wird der Warenbestand, das Betriebskapital, erschöpft sein und der Kaufmann muß seinen Laden schließen. Das ist so einleuchtend, daß man sich der Resolutionsforderung der Einzelhandeltagung vom Sonntag nach Zubilligung des Marktpreises oder der Konkulation auf Grundlage des Wiederanschaffungspreises — eines läuft im Grunde auf das andere hinaus — unbedingt anschließen muß, wenn man nicht — aus politischen oder wissenschaftlichen Gründen — Bewußt und grundrichtig einzelhandelsfremdlich ist. Wenn gerade in diesen Tagen die Rechtsprechung — durch eine Reichsgerichtsentcheidung — trotz der zweifellos überdachten schwersten formaljuristischen Bedenken und trotz der Gefahren für die allgemeine Vertragssicherheit dazu übergegangen ist, die einseitige Lösung von Verträgen „wegen der veränderten wirtschaftlichen Umstände“ unter gewissen Auflagen anzuerkennen, so sollte man meinen, daß die Konsequenzen aus der Tatsache der Geldwertschwankungen endlich auch in der Frage der Preisbemessungspolitik für den Einzelhandel gezogen werden. Findet diese Forderung in der Gesetzgebung Anerkennung, so erledigen sich die anderen Forderungen hinsichtlich der Berufungsmöglichkeit gegen das Urteil des Wuchergerichtes, der Zuehung von Sachverständigen und hinsichtlich des geradezu mittelalterlichen Planes eines Prangergesetzes von selbst. Bei Zulassung freier Preisbildung nach den wirtschaftlichen Gesetzen des Marktes verschwindet der Wucher von selbst. Die Konkurrenz ist dann der beste Schutz des Käufers gegen den Wucher, ein viel besserer und wirksamer als alle Wucherverordnungen, die mit ihm unflaren und schwankenden Begriffen und in ihrer Unkenntnis der wirtschaftlichen Vorgänge zu massenhaften Uebertretungen herausfordern.

Die Forderungen, die der Einzelhandel erhebt, sind darum durchaus gerechtfertigt. Ihre baldige Erfüllung liegt gerade auch im Interesse der Konsumenten. Der Einzelhandel wird sich mit diesen seinen Forderungen um so leichter durchsetzen, wenn er sich frei hält von kleinsten Interessenspartikularismus, wenn er das Prinzip der freien Konkurrenzpolitik an Stelle der staatlich regulierten Wirtschaft auch in der Richtung konsequent hochhält, daß er nicht, wie mißraut vor dem Krieg, nach staatlichem Schutz vor Konkurrenzbewegungen schreit, die ihm selbst lästig werden. Der Einzelhandel muß sich die Worte des Abgeordneten Janßen zu Herzen nehmen, daß nicht Geschäfte machen, sondern die Ausfüllung eines Berufes im Zusammenhang der gesamten Volkswirtschaft seine vornehmste Aufgabe ist. Dann kann der Erfolg auf die Dauer nicht ausbleiben. Daß die Jahrestagung des badischen Einzelhandels unter der Leitung von Herrn Hugo Dietrich durchaus in diesem Geiste verlief, sei gerne festgestellt.

Ueber den Verlauf der großen öffentlichen Verhandlungen am Sonntag geben wir folgenden

Verhandlungsbericht.

Die Versammlung hatte aus allen Teilen des Landes einen sehr starken Besuch aufzuweisen. Auch aus dem Reich waren zahlreiche, dem Einzelhandel nahestehende Persönlichkeiten hierhergekommen, um über die brennendsten, dem Einzelhandel betreffenden Fragen, Aufklärung zu geben, so u. a. das Mitglied des Reichswirtschaftsrates Janßen-Barmen, und Herr Dr. Fritz Borchard-Berlin. Die badische Regierung war durch Regierungsrat von Wipheben, die Stadt Karlsruhe durch Herrn Oberbürgermeister Dr. Finter und Bürgermeister Dr. Hoffmann, die Reichspost durch Postdirektor Henninger, die Handelskammer Karlsruhe durch ihren Präsidenten Kommerzienrat Gsell und ihren Syndikus vertreten. Außerdem waren von sämtlichen übrigen Handelskammern im badischen Lande Delegierte erschienen, ebenso von den der Einzelhandelsbewegung nahe stehenden Verbänden, Zeitungsredaktionen usw.

Der Landesvorsitzende der Landeszentrale, Herr Rudolf Hugo Dietrich-Karlsruhe eröffnete die Versammlung um halb 10 Uhr und erteilte nach kurzer Begrüßungsansprache den verschiedenen anwesenden Delegierten das Wort. Der Präsident der Karlsruher Handelskammer, Kommerzienrat Gsell überbrachte die Wünsche der hiesigen Handelskammer für die erstrebten Ziele. Die Handelskammer habe sich stets für den Einzelhandel eingesetzt, der bei den letzten schwierigen wirtschaftlichen Verhältnissen eine große Aufgabe zu erfüllen habe. Oberbürgermeister Dr. Finter als Vertreter der Stadt Karlsruhe wünschte den Verhandlungen ebenfalls vollen Erfolg. Anschließend sprach der Vorsitzende der Handelskammer Kommerz, Dr. Fürtze aus, daß der Einzelhandel ganz auf sich selbst gestellt sei, er habe von keiner Seite Schutz zu erwarten. Während die Beamten usw. für ihr Alter sicher gestellt seien, wisse mancher Kaufmann nicht, wie er es möglich machen solle, einen Nachfolger für sein Alter zurückzulegen. Der Vorwurf der Preistreiberi könne dem Einzelhandel nicht gemacht werden. Der Staat müsse diesen aus ureigenem Interesse unterstützen. Der Vertreter der Handwerkskammer-Karlsruhe, Herr Blum, wünscht eine weitere fruchtbare Zusammenarbeit der beiden Organisationen. Das badische Ministerium habe in letzter Zeit verschiedene Versammlungen einberufen, an denen sowohl der Einzelhandel wie auch das Handwerk das größte Interesse gehabt hätten, ohne daß Einladungen an diese beiden Organisationen ergangen seien. Man könne nicht annehmen, daß die Einladungen versehentlich vergessen worden seien. Der Redner ist überzeugt davon, daß das Ministerium des Innern, wenn es sich um Arbeiterfragen gehandelt haben würde, eine Ueberbrückung von Organisationen nicht zugelassen haben würde. Des weitern begrüßt die Verammlung der Vizepräsident der Handelskammer Mannheim, der Vizepräsident der Handelskammer Darmstadt, der Vorsitzende des Bezirksvereins Karlsruhe, Buchdruckermeister Lang sowie die Landtagsabgeordneten Schneider-Mannheim und Wülfel-Karlsruhe. Schneider stellt fest, der

Handel könne gedeihen, wenn er genügend Freiheit habe. Es bereiten sich neue Dinge vor, denen man entgegenzutreten müsse. Ueberall organisiert man sich, um am Aufbau der Wirtschaft tätig zu sein. Landtagsabgeordneter Wülfel (Deutsche Volkspartei) verspricht alles zu tun, was in seinen Kräften steht, um den Bestrebungen des Einzelhandels zum Erfolg zu verhelfen.

In Erledigung der Tagesordnung spricht zunächst Verbandsdirektor Sieindel über

„Die Lage im Einzelhandel“.

Der Redner will den in verschiedenen Kreisen gehegten Optimismus nicht teilen. Die Ungunst des Warenmarktes habe dazu geführt, daß der Kaufmann in seinem Leben zum Börsenspekulanten geworden sei. Ein typisches Bild hierfür haben die Messen der letzten Zeit, auf denen man unter Bedingungen habe einkaufen müssen, die man früher nicht für möglich gehalten habe. Er fragt, wie es möglich sein könne, daß beim Brande einer einzigen Zuderfabrik hunderte Zentner von Zuder verbrennen konnten, während die Bedürfnis anderer Zuder bekommen könne. Ganz besonders Aufmerksamkeit erforderten die Tarife, nach denen der Kaufmann seine Angestellten und Arbeiter entlohnen müsse. Der Redner kommt dann auf die Lasten und Abgaben zu sprechen, die der Einzelhandel zu tragen hat. Die Art der Veranlagung zu den Einkommensteuern für 1920 habe in einem großen Teil der Kaufmannschaft lebhaften Unmut herbeigeführt und sehr viele Einzelhändler hätten sich dazu verpflichtet, um Zahlungsausschub zu bitten, da es ihnen unmöglich gewesen sei, neben den übrigen Lasten die Forderungen sofort zu begleichen. Doch die Schraube sei ohne Ende. Ein Kaufmann, der seine Pöschchen frankieren und seine Frachten einlösen wolle, müsse beinahe studiert haben, um zu wissen, welcher der vielen Tarife gerade in Kraft sei. Es solle selbst vorgekommen sein, daß Post und Eisenbahn selbst nicht Bescheid über ihre eigenen Tarife gewußt hätten. Wenn es sich bei den Aufgaben des Einzelhandels einzig und allein darum handeln sollte, die Waren vom Erzeuger zum Verbraucher zu bringen, würde kein Bestehen schon seit 100 Jahren aufgehört haben. Darum handle es sich nicht. Vielmehr gelte es, ein treuer Versorger und Berater der Produzenten zu sein, doch das bringe die schönste Organisation nicht fertig, solange solche Zustände herrschten, wie eben gerade jetzt. Der Handel könne seine Aufgaben nach wie vor erfüllen, wenn alle verantwortlichen Stellen davon abgingen, ihm immer neue Lasten aufzubürden. Der Handel wolle Freiheit, aber nur die Freiheit, die er brauche, um im Rahmen des gesamten deutschen Wirtschaftslebens die ihm zukommende Stellung zu erhalten, die er seit Jahrhunderten inne gehabt habe.

Nachdem sich der lebhafteste Beifall gelegt hatte, nahm Herr Dr. Krienen, Syndikus der Handelskammer für die Kreise Karlsruhe und Baden, das Wort zu einem Referat über

Die Preisbemessungsfrage — eine Lebensfrage für den Kaufmann.

Er führte aus: Es ist umso nötiger, sich mit dieser Frage zu befassen, als neuerdings in Berlin Verhandlungen schweben, die Preisbemessungsvorschriften zu ändern, und zwar im Sinne einer Verschärfung. Es hat sich bestätigt, daß die Preisbemessungsvorschriften, wie schon vorausgesetzt worden ist, sich nicht einmal während des Krieges bewährt hätten, wenn ihnen auch zu jener Zeit immer noch eine gewisse Berechtigung innegeblieben wäre. Das ist inzwischen anders geworden. Im Kriege sind zwei Markt vorhanden gewesen, der eine, den man regulierte, und an dem man soziale Lebensmittel bekommen konnte, daß sie gerade ausreichten, um in den nächsten vier Wochen vor dem Hungertode zu bewahren. An dem zweiten, dem freien Markt, hielten sich die Preise nach Angebot und Nachfrage. Auf diese natürlichen Preise hat jedoch der Produzent, besonders der Bauer, steigen müssen, um zu wissen, falls er befristet wurde, warum er befristet wurde. Die Kriegswirtschaft ist zusammengebrochen, doch nun geht man daran, neue Steine zusammenzubauen. Der alte Staat ist mit in erster Linie wegen Nichtachtung des Gesetzes gefallen und diese Nichtachtung ist in allererster Linie dadurch herbeigeführt worden, daß man Vorschriften erlassen hat, die auszuführen niemand in der Lage war. Man darf keine Vorschriften erlassen, die sich nicht befolgen lassen. Regulatorische Vorschriften sind vor allem zu beanstanden, daß sie endgültig entscheiden und es keine Berufungsmöglichkeit gibt. Ueber den Begriff des „Gegenstandes des täglichen Bedarfs“ herrscht völlige Unklarheit. So sind z. B. eine ganze Anzahl von Delikatessen unter den Begriff „Gegenstand des täglichen Bedarfs“ eingereiht worden, wie z. B. Schokolade und Bonbons. Auch Maultörche sind zum Gegenstand des täglichen Bedarfs erhoben worden, was allerdings vielleicht für einige Leute berechtigt erscheinen könnte. Jeder Richter sollte unter Berücksichtigung der gegenwärtigen Verhältnisse seine Entscheidung treffen. Es ist aber doch gerade für einen in einer kleinen Stadt amtierenden Richter unmöglich, sich ein genaues Bild der gegenwärtigen Verhältnisse zu machen, und trotzdem haben diese Beamten die Aufgabe über das Wohl und Wehe der Kaufmannschaft zu entscheiden. Durch die vielen Verordnungen ist so gut wie nichts erreicht worden, ein Beweis dafür, daß man das Wirtschaftsleben nicht durch Papier aufreiben könnte. Die Urheber der Kriegswirtschaften sind allerdings teilweise schon selbst zu der Einsicht gekommen, daß auf diesem Wege nicht weiterzukommen sei. Die Antwort auf die Frage, weshalb man diese Verordnung dann nicht aufhebe, liegt in dem einen Wort: Politik. Die Politik hat sich in dieses System verdrückt, es ist zum Agitationsmittel geworden und alle Klinderungen von Vätern sind letzten Endes auf diese falsche politische Einstellung zurückzuführen. Diese Stimmungsmache möchte man nicht erdulden, obwohl man auch in den politischen Parteien fest davon überzeugt ist, daß mit den Preisbemessungsvorschriften die Warenpreise nicht heruntergedrückt werden können. Große Beachtung verdient in diesem Zusammenhang die drohende Aufhebung des Betriebskapitals. Ist das Betriebskapital aufgehoben, kann der Kaufmann sein Geschäft nicht weiter betreiben und im Interesse des Verbrauchers kann es durchaus nicht liegen, wenn der Kaufmann durch Verminderung des Betriebskapitals immer mehr Speien auf ein Stück abwälzen muß. Wenn man bedenkt, daß heute kein Mensch die kleinste Handreichung umsonst tun will, der Kaufmann aber seine Waren verschenken soll, so sei das nichts anderes als eine Teildurchführung der Sozialisierung. Es ist immer Prinzip der Kaufmannschaft gewesen: Großer Umsatz und kleiner Gewinn. Wenn nun die Preise einmal sinken würden, wird dann auch proklamiert werden, daß die Waren nach dem Gefestigungswert auszufälligen sind? Dann würden diejenigen, die jetzt am lautesten nach Festsetzung der Preise nach dem Gefestigungswert rufen, ihre Stimme dagegen erheben, was ein Beweis dafür sein wird, wie inkonsequent diese Politik sei. Der Kaufmann tritt immer der Gegenwart offen gegenüber. Steigen die Preise, verdient er, sinken sie, muß er Schaden leiden und dann sind die Konsumenten im Vorteil. Die Städte, die bekanntlich auch verschiedene Unternehmungen besitzen, kommen leicht über diese Zeiten hinweg, da sie das entscheidende Defizit auf die Allgemeinheit abwälzen können. Die in Frage kommenden Verbände haben einen Gesetzentwurf ausgearbeitet, in dem der Marktpreis, und wenn dieser nicht erreicht werden sollte, der Wiederanschaffungspreis verlangt wird. Der Gesetzentwurf ist inzwischen bei einem Umtausch des Reichstags angekommen, der an der Erkenntnis gekommen ist, daß eine Änderung der Preisbestimmungs- und Wiederanschaffungspreisvorschriften unbedingt notwendig ist. Der Umtausch erkennt zwar auch die Berechtigung der Forderung des Marktpreises an, aber die Ausnahmen, die hinsichtlich der „Kostlage“ vom Umtausch ins Auge gefaßt sind, verkehren den Entwurf geradezu in das Gegenteil. Der Ausschuss will den von der Börse festgesetzten Marktpreis nach der Entscheidung des Gerichts unterordnen. Es ist ferner ein Gesetzentwurf in Vorbereitung, nach dem alle Beurteilungen in den Zeit-

ingen bekannt gemacht werden sollen. Außerdem soll aber an dem Geschäft des verurteilten Kaufmanns ein Schuld angebracht werden, des Inhalts, daß derselbe wegen Wuchers bestraft worden ist. Das erinnert an die Strafe des Anbenden-Tranger-Stellens aus dem Mittelalter. Dieses Gesetz darf nicht eher in Kraft gesetzt werden, bis der Marktpreis wieder anerkannt ist. Dieser muß immer wieder gefordert werden oder zum mindesten der Wiederanschaffungspreis. Ferner muß gefordert werden, daß wirkliche Sachverständige den Gerichten beigegeben werden, daß auch dem Kaufmann, wie jedem gemeinen Berührer das Recht zusteht, sein Recht bei einer Berufungsinstantz zu suchen. Die Forderung muß schnell kommen. Der Kaufmann kann nicht lange mehr unter diesem Druck stehen. Wucherer und Schieber sind seitens der Kaufmannschaft niemals geschützt worden. Die aufgestellten Forderungen müssen unbedingt erfüllt werden, denn sie sind eine Lebensfrage für den ganzen Stand und Forderungen der Gerechtigkeit. Da die Verfassung den Schutz des Mittelstandes ausdrücklich verlangt, muß dieser auch gewährt werden. Der Kaufmann hat schließlich ebenso das Recht auf eine Existenzmöglichkeit wie der Angestellte, Arbeiter und Beamte. Verdient er nicht, so sind doch seine Angestellten und Arbeiter ebenfalls gefährdet. Die Erlasse, die der Kaufmannschaft die Schuld an den Preissteigerungen zuschreiben, gehen von falschen Voraussetzungen aus. Wenn man jahrelang Maschinen hergestellt hat, die zur Vernichtung von Material und Menschen bestimmt waren, so darf man sich nicht wundern, wenn die Preise in die Höhe gegangen sind. Die meiste Schuld an den jetzigen Verhältnissen trägt aber der Verfallener Friedensvertrag mit seinen unerhörten Reparationslasten und Pflichten. Die handelsmäßigen Handelstamern stehen geschlossen hinter den Forderungen des Einzelhandels, aber auch die Kaufleute selbst müssen in ihren Geschäften die Kunden auf die Ursachen der jetzigen Zustände aufmerksam machen.

Seitens des Vorstandes wird darauf die Annahme folgender Resolution empfohlen:

Die heutige Generalversammlung der Landeszentrale des Badischen Einzelhandels in Karlsruhe ist davon überzeugt, daß die zum großen Teil durch Geldentwertung hervorgerufene Preisentwicklung nicht durch gesetzliche Maßnahmen hintangehalten werden kann. Denn sie wird durch wirtschaftliche Entwicklungen, insbesondere durch den Inflationsdruck herbeigeführt, der wiederum auf den Verfallener Friedensvertrag zurückzuführen ist. Wirtschaftliche Entwicklungen mit ihrem schnellen Wechsel lassen sich aber nicht durch gesetzliche Maßnahmen hindern. Die Preise werden nach wie vor durch das unumkehrbare Gesetz vom Verhältnis des Angebots zur Nachfrage bestimmt. Aus diesen Erwägungen entspringt die wirtschaftliche Erkenntnis, daß auf die Dauer die gesamte gesetzliche Regelung der Preise wirksamer wird und muß.

Trotz dieser wirtschaftlichen Erkenntnis will der Einzelhandel den von berechtigenden Arbeitern und Behörden, hauptsächlich unter dem Druck politischer Erwägungen geführten Kampf gegen Auswüchse des Scheitens und Wucherens tatkräftig unterstützen, da diese Kampf zu verurteilen sind. Dabei muß er allerdings verlangen, daß man den ehrenden Handel in Schutz nimmt.

- Zu diesem Zwecke müssen:
1. die bisherigen bedingten und unklaren Bestimmungen endlich und zwar scharf beseitigt werden.
 2. Es ist der ordnungsgemäß zustande gekommene Marktpreis, auch da, wo börsenartige Notierungen nicht stattfinden, als der entscheidende Maßstab für die Angemessenheit der Preisbildung anzuerkennen.
 3. Sowohl ein Marktpreis nicht besteht, ist die Befristung eines angemessenen Wiederbeschaffungspreises für die Waren gleicher Art dem Warenbesitzer des Marktpreises gleichzusetzen.
 4. Bei Einstellung eines gerichtlichen Verfahrens sind Sachverständige, die in erster Linie von den zuständigen Handelsvertretern zu benennen sind, anzuziehen.
 5. Ausnahmsweise sind zu Befestigen. Mindestens ist aber zu fordern, daß der Prozentsatz wegen Wuchers die Möglichkeit gegeben ist, sich an eine Berufungsinstantz zu wenden.
 6. Der Entwurf eines Gesetzes über die öffentliche Bekanntmachung von Verurteilungen wegen Preisverletzung usw. (Trangergesetz) darf unter keinen Umständen früher in Kraft treten als die unter 1-5 verlangten Forderungen erfüllt sind.

Diese Richtlinien bedeuten sich mit den Wünschen aller Vertretungen aus Handel und Industrie, insbesondere des Einzelhandels-Ausschusses des Deutschen Industrie- und Handelskammertages. Die heutige Versammlung beauftragt daher die Landeszentrale des Badischen Einzelhandels, im Benehmen mit den Arbeitern von Handel und Industrie, namentlich den Handelskammern, tatkräftig für die Unterbrechung solcher Mindestforderungen weiter zu kämpfen. Außerdem ersucht an jeden Kaufmann die dringende Aufforderung, sich mit seinem ganzen Einfluß, den er im öffentlichen Leben hat, an diesem Kampfstamp der Kaufmannschaft zu beteiligen.

Zu dieser Resolution war von Herrn Asberg, stellv. Vorsitzender, ein Zusatzantrag eingebracht worden, den er im Anschluß an die Ausführungen von Herrn Steinel ergänzend begründet: Er führte aus, seitens der Verbände müßten den Angehörigen Richtlinien gegeben werden, an die sie sich halten könnten, um so leichter die gesetzlichen Vorschriften erfüllen zu können und gleichzeitig den Gefahr einer Belästigung weniger ausgesetzt zu sein. Wenn man sich auf Resolutionen und Beschlüsse beschränke, komme man nicht weiter, man müsse zur Selbsthilfe greifen. In den Richtlinien müßten dem Kaufmann Winke zur Aufstellung der Kalkulation gegeben sein. Der ganze Verband müsse im Falle eines ungerechtfertigten Strafverfahrens hinter ihm stehen, das steife ihm ganz außerordentlich gegenüber dem Publikum und den Behörden den Rücken. Einige Produktionsstellen seien darauf gekommen, die Preise nach ausländischen Währungen zu stellen und es sei offenes Geheimnis, daß sie das tun und tun dürfen.

Es erfolgt die Verlesung des Zusatzantrages, der wie folgt lautet:

Der einzelne Kaufmann befindet sich oft in schwieriger Lage. Hier fällt den Verbänden die Aufgabe zu, ihre Mitglieder durch Richtlinien, und wenn trotzdem eine Anklage erfolgen sollte, durch Material, sowie durch Einsichten für die aufgestellten Grundätze auch moralisch zu unterstützen. Die Verbände müssen dann auch ihr Augenmerk darauf richten, daß ein derartiges Verfahren nicht vor einem Wuchergericht sein Ende findet, sondern wegen seiner prinzipiellen Bedeutung einer Strafammer zur Ermöglichung der Nachprüfung eines ungünstigen Urspruchs durch das Reichsgericht unterbreitet wird.

Hierauf wird die Resolution mit dem Zusatzantrag einstimmig angenommen.

Dann sprach Herr Felix Borcharo-Berlin über

„Die Wirtschaftspolitik des Einzelhandels“.

Aus seinen Darlegungen geben wir folgendes wieder: Es wäre erforderlich gewesen, daß der Einzelhandel schon viel früher politisch getrieben hätte, wie der Handwerker- und Bauernstand. Er habe aber gar nicht daran gedacht. In der Vorkriegszeit seien ihm Wuch, Waren und Kredit zugeflossen und so sei der Handel in der Lage gewesen, seine erste große durch das Aufkommen der Warenhäuser und der

Konsumvereine in die Erkennung getretene Krise verhältnismäßig leicht zu überwinden. Das habe zur Folge gehabt, daß die Solidarität sich bei den Kaufleuten in gleichem Maße entwickelt habe, wie bei den Produzenten und der Arbeiterschaft im Besonderen. Man habe Angst und Schen gehabt, am Politischen und Kommunalpolitischen tätigen Anteil zu nehmen, da man geglaubt habe, das nicht nötig zu haben. Der Einzelhandel sei dann ein Objekt der Kriegsgesetzgebung geworden, da er zur Opposition keinen Mut und keine Neigung gehabt habe. Das Stillestehen der Kriegsgesetzgebung habe selbst viel dazu beigetragen, daß seine Funktionen unterschätzt wurden, indem es die Beleidigung, es sei ein Warenvertreiber, die man ihm an den Kopf geworfen habe, nicht energisch zurückwies. Die Nachkriegszeit habe den Einzelhandel von dem einen Extrem in das andere geworfen. Überall trafe es. Er leide im Besonderen noch unter den vier Plagen, der Plünderungen, der Preisbemessungsfrage, der Wuchererzeugung und den Wuchergerichten. Von dem Irrtum, daß es langsam wieder aufwärts gehe, würden sich wohl die Optimisten befreit haben. Die allgemeine Wirtschaftspolitik werde bestimmt in erster Linie durch die Reparationen. Die Reparationsstrafe sei nicht allein in Deutschland, sondern in der ganzen Welt vorhanden. Bei allen Siegerstaaten gehe es genau wie in Deutschland und diese suchten genau so einen Weg ins Freie aus diesem Wirrwarr wie Deutschland. Einzig und allein die Industrieländer könnten bei diesem Reparationsproblem ein Wort mitreden. Das zweite Wort habe die Landwirtschaft, welche zwischen solle, uns aus eigener Kraft zu ernähren und das dritte Wort sollten die Politiker haben. Die Geldentwertung infolge der Reparationen sei der eigentliche Faktor für die kommende vielleicht unermessliche Katastrophe. Uebertriebene Hoffnungen in dieser Richtung seien unangebracht. Deutschland werde aus der Reparationsstrafe nur herauskommen können, wenn Deutschlands Gesamtschuldensumme auf ein Maß begrenzt werde in Höhe von 20 bis 30 Millionen Goldmark, deren Zahlung auf Jahrzehnte verteilt werden müsse, wenn Deutschland eine Zahlungsfrist von etwa 3 bis 5 Jahren bewilligt werde und wenn uns eine große Goldanleihe seitens Amerikas zur Verfügung gestellt werde. Eher werde sich die Stabilisierung der Mark nicht durchführen lassen. Die Industrie werde die führende Rolle im Leben Deutschlands spielen. Darüher dürfe man sich keinen Täuschungen hingeben. Der Einzelhandel müsse seine Kräfte auf die innere Wirtschaftspolitik richten. Auch die führenden Männer der Sozialisten sehen jetzt ein, daß die mechanische Durchführung des Achtstundentages nicht möglich sei. Da den Gemeinden durch die Reichsfeuererzeugung die Möglichkeiten genommen seien, sich auf anderem Wege Einnahmen zu verschaffen, müsse der Handel für die leistungsfähige Unterlassung der verantwortlichen Stellen büssen, indem die Gemeinden außerordentlich hohe Gewerbesteuern von ihm fordern. Wenn auch die Landwirtschaft sich während des Krieges mit Geldmitteln versehen habe, so sei es doch jetzt die größte Aufgabe, die Landwirtschaft zu erhalten. Für viele Kaufleute seien die Bauern die Kunden, auf die sie angewiesen seien. Aufmerksamkeit sei der Konzentrationsbewegung zu schenken. Es gelte nachzudenken, ob nicht der Einzelhandel selbst kapitalkräftig genug sei, selbst in die Konzentrationsbewegung einzutreten.

Herr Jaassen-Barmen, Mitglied des Reichswirtschaftsrates, sprach anschließend über

Wie sichert sich der deutsche Kaufmann seine Existenz.

Er stellte fünf Forderungen auf, die der Einzelhandel berücksichtigen müsse und zwar 1. Gemeinshaftssinn; 2. Geschlossenheit; 3. mehr Steuerbereitschaft für die Bewegung; 4. Selbsthilfe und 5. den Fallstern folgen. Und wenn es einst gelte, zu trotzen, müßten sich alle einig sein und nicht dem vorgezeichneten Wege abweichen. Ferner gelte es, in richtiger Weise zu repräsentieren. Das habe der Einzelhandel bisher immer veräumt. Die Bauern hätten das besser verstanden, wie das Bauernviertel am Anhalter Bahnhof in Berlin bemerke.

Alsdann teilte Herr von Tuschka mit, daß der bestehende Berufsvereinsverband des Einzelhandels auch noch eine Haftpflichtversicherung und Rentenversicherung angegliedert werde.

Darauf konnte der Vorsitzende um 1 Uhr die Versammlung schließen.

Nach kurzer Mittagspause setzten sich die Verhandlungen in einer geschlossenen Versammlung fort, in welcher zahlreiche interne Verwaltungsangelegenheiten zur Besprechung gelangten. Der Landesvorstand und die Geschäftsführung wurde hierbei unter Dankeserstattung einstimmig entlastet. Ferner wurden verschiedene Satzungsänderungen genehmigt, darunter mit allerseits Zustimmung eine neuerliche Erhöhung der Beiträge zur Landeszentrale, die sich zufolge der fortschreitenden Geldentwertung als unbedingt notwendig erwiesen hatte. Die Bestimmung des Tagungsortes für die nächste Generalversammlung wurde dem Landesvorstand überlassen. Der Generalversammlung am Sonntag ging am Freitag nachmittag eine Sitzung des Landesvorstandes und eine sehr gut besuchte Sitzung der Fachgruppe für Tabakwaren voraus, in welchen beiden wichtige Vorarbeiten für die Generalversammlung geleistet wurde. Die Fachgruppe für Tabakwaren nahm einstimmig zwei Resolutionen an, deren eine die vollständige Aufhebung der Bänderbeurteilung während die andere dafür eintritt, daß von 7 Uhr abends bis 7 Uhr morgens, sowie an den für den Geschäftsbetrieb freigegebenen Sonn- und Feiertagen in Wirtschaften, Feiernbetrieben, Automatenbetrieben, Vergnügungsfstätten und bei Gelegenheiten von Veranstaltungen, die dem Sport oder der Luftbarkeit dienen, ein Verkauf von sonstigen im Kleinhandel käuflichen Waren und Genußmitteln in Verkaufsständen oder durch Automaten nicht stattfinden dürfe.

Am Samstag vormittag und nachmittag folgten Sitzungen der Fachgruppen für Textilwaren, für Lebensmittel, Feinloft und Drogen für Schuh- und Lederwaren, für Haus- und Küchengeräte, Eisen- und Stahlwaren, sowie für Papier- und Schreibwaren. Es ist naturgemäß unmöglich, in dem hier gegebenen Raum ein auch nur einigermaßen übersichtliches Bild von der in diesen Fachgruppenabteilungen geleisteten Arbeit zu geben. Hervorgehoben seien die Referate der Herren Sandikus Dr. Bernhardt (Berlin) über das Wesen und Wirten von Nachverbänden und Fachgruppen und Landesverbandsoberreferent Janßen (Barmen) über das Wesen des deutschen Lebensmittel-Einzelhandels um seine Kritik. An alle Referate knüpfte sich längere Ausprochen, die ihre Verdichtung in Beschlüssen und Resolutionen fanden, welche teils an die Referenten, teils an die in Frage kommenden Spitzenverbände oder sonstigen Korporationen gerichtet sind. Eine lebhafteste Aussprache führte auch die Frage der steuerlichen Belastung des Einzelhandels herbei. Besonders schwer wurde empfunden, daß die Beratungsbehörden nicht verhindern konnten, daß zwei Kaffeesinkommen — 1920 und 1921 — auf einmal zur Veranlagung bzw. zur Erhebung gebracht wurden. Auch die neu zur Einführung gebrachte

Gewerbesteuer (Besteuerung des Grund- und Betriebsvermögens) wurde mit banger Sorge als weitere schwere Belastung des selbständigen Kaufmanns bezeichnet.

Die Schweizer Mustermesse 1922.

Im Zeichen der wirtschaftlichen Depression.

Am 22. April wurde die diesjährige Schweizer Mustermesse eröffnet und wird bis zum 5. Mai dauern. Sie ist die letzte ihrer Art und ist im eigentlichen Sinne des Wortes die Schweizer nationale Mustermesse. Nur Schweizer Firmen sind auf ihr vertreten. Alle Auslandsgeschäfte sind bei strenger Kontrolle ausgeschlossen, es sei denn, daß sie ihre Waren auf Schweizer Boden erzeugen. So hat diese Messe ihre besondere Eigenart: Sie ist nicht umfassend, wie die größte aller internationalen Messen in Leipzig, deren Tätigkeitsgebiet sich nicht nur auf Deutschland, sondern auf alle Welt erstreckt. Die Schweizer Messe ist beschränkt auf die Ausstellung der Waren, die als besondere Schweizer Waren gelten. In erster Linie sind zu erwähnen die Erzeugnisse der hochentwickelten Schweizerischen Nahrungsmittel-Industrie, vor allem die qualitativ hochstehenden Schokoladen aller Art, sodann die Waren der schweizerischen Chemie, die Textilwaren, insbesondere die wunderbaren Erzeugnisse der Seiden-Industrie. Ferner sind hervorzuheben die feinmechanischen Erzeugnisse, Instrumente und Apparate, die Elektrizitäts-Industrie, Maschinen, darunter technisch hochentwickelte Motoren und vieles andere. Eine interessante Neuheit stellt die Ausstellung von Erfindungen und Patenten dar und die Tatsache, daß mehrere schweizerische Verwaltungszweige und Staatsbetriebe, insbesondere auf dem Gebiet des Verkehrswezens die Messe besucht haben. Die diesjährige Schweizer Mustermesse steht noch mehr als die vorhergehende im Zeichen der wirtschaftlichen Depression. Innerhalb Jahresfrist hat sich die Lage der Schweiz von Monat zu Monat verschlechtert. Immer zahlreicher wurden die industriellen und gewerblichen Unternehmen, die ihren Betrieb reduzieren mußten. Immer mehr trat an die Stelle der verkürzten Arbeitszeit die völlige Schließung der Fabriken. Neben jüngeren noch nicht genügend kräftigen Unternehmen gerieten auch altgegründete Häuser in größte finanzielle Schwierigkeiten. Am besten wird die fortschreitende wirtschaftliche Not der Schweiz durch die Tatsache gekennzeichnet, daß die Zahl der eingetragenen Arbeitslosen von rund 43 000 des letzten Frühjahres auf etwa 100 000 angestiegen ist. Ueber die Trostlosigkeit des Zustandes gibt sich kein Schweizer Geschäftsmann einer Täuschung hin. Aber sie haben den Mut nicht verloren. Selbst im Augenblick des höchsten Punktes, der zur Zeit erreicht ist, verachtet sich ein gesunder, zukunfts-treudiger Optimismus Gellung, der sich auch auf der Messe fund tut.

Fragen wir zum Schluß, ob die Schweizer Messe auch für Deutschland, insbesondere für Süddeutschland Interesse hat, so wird man sagen können: im Augenblick nicht, da die Preise gegenüber den deutschen doch zu hoch sind. Dieser Zustand wird sich jedoch in dem Augenblick von Grund aus verändern, wenn die Schweiz in der Preisentwicklung ihrer Waren, die sie schon auf allen Gebieten begonnen hat, noch weiter fortfährt und die deutsche Wäslute andereorts sich wieder hebt. Dann wird automatisch der frühere Warenaustausch zwischen der Schweiz und ganz Süddeutschland wieder einsehen und auch die Schweizer Messe für den deutschen Kaufmann erhebliches Interesse bekommen.

Der Entwurf des Ausfuhrabgabengesetzes.

Dem Reichstag ist nunmehr der Entwurf des Gesetzes über die Erhebung einer Abgabe bei der Warenausfuhr zugegangen, der Ende Februar den Reichsrat und den Wirtschaftspolitischen Ausschuss des Reichswirtschaftsrates beschäftigt hatte. Der Entwurf stellt die allgemeine Erhebung einer Abgabe von der Ausfuhr aller Waren vor. Die Reichsregierung kann in besonderen Fällen die Ausfuhrabgabe erlassen oder ermäßigen sowie mit Zustimmung des Reichsrats allgemeine Ausnahmen zulassen. Der endgültige Abgabentarif soll erst nach Anhörung zahlreicher Sachverständiger vorgelegt werden. Bis zu seiner Festlegung bleibt der zurzeit gültige Tarif vom 27. Oktober 1921 in Kraft. Die Ausfuhrabgabe soll bei den ausfuhrfreien Waren von den Zollstellen, bei den ausfuhrverbotenen Waren so wie bisher von den Außenhandelsstellen veranlagt werden. Die Erhebung erfolgt in beiden Fällen bei den Zollstellen. Die Reichsregierung bestimmt den Zeitpunkt des Inkrafttretens des Gesetzes und das Inkrafttreten, wenn sich durch die Entwicklung unerer Wirtschaftslage eine schnelle Aufhebung der Ausfuhrabgaben als notwendig erweisen sollte.

Aus Geschäftsberichten.

H. Wilhelm Wolf AG in Pforzheim. Das Unternehmen erzielte im abgelaufenen Geschäftsjahr einschließlich des Vorrates von 1920 einen Reingewinn von M 3 808 919. Es werden daraus 25 Proz. Dividende und 15 Proz. Bonus auf das erhöhte Aktienkapital verteilt, einer Sonderdividende M 1,5 Mill. und einer Rentenrücklage für die Arbeitnehmer 150 000 M zugewiesen, während der Rest von M 721 888 vorgetragen wird. Ueber die Aussichten des laufenden Jahres wird nichts mitgeteilt, vielmehr der Wunsch ausgesprochen, das Geschäft möge zu den alten Grundfächen der Vorkriegszeit zurückkehren. Einem Bar- bzw. Bank- und Wechselbestand von 10 977 814 Mark und einem Warenbestand von M 1 783 184 stehen in der Bilanz Gläubiger, Forderungen, Beamten- und Arbeiterzahlungen, die in einem Posten ausgewiesen sind, in Höhe von M 2 521 729 gegenüber. Eine Sonderdividende ist mit M 1 Mill. ausgewiesen, die gesetzliche Rücklage beläuft sich auf M 552 969.

Marktberichte.

Berliner Produktenmarkt. Die amtlichen Notierungen: Weizen: märkischer 700—715, 525—530, vorpommerscher 530—535, Tendenz: fest. Sommergerste 615—630, Tendenz: mäßig rückl. Hafer 550—570, Mais: La. Plate-Mais: ohne Provinzangaben 470—475, Tendenz: etwas matter. Weizenmehl: 1770—1880, Tendenz: etwas fester. Roggenmehl 1140—1270, Tendenz: etwas fester. Weizenkleie: 400—420, Tendenz: fest. Roggenkleie: 410—420, Tendenz: fest. Raps: 930 bis 940, Tendenz: still. Weizenat: 1760—11 000, Tendenz: still. Wirtzlerkuchen: 635—655. Kleine Speiseerbsen: 540—560. Futtererbsen: 500—540. Ackerbohnen: 530—540. Lupinen, blaue, 550—600.

New-York, den 1. Mai.

Kurs der Reichsmark bei Börsenschluß	0,35% am 28. 4. = 0,35
Höchster Kurs	0,36 am 28. 4. = 0,36
Niedrigster Kurs	0,35 am 28. 4. = 0,35

Dies entspricht einem Dollarkurs in Deutschland von **282,80 Mark** am 28. 4. = 285,70 Mk.

II. Deutsche Erfindungs- u. Neuheiten-Messe

in allen Räumen des Mannheimer Rosengartens
(ohne Museumsaal)

während der Mannheimer Malwoche
28. April bis 4. Mai 1922

veranstaltet vom
Reichsverband f. das Erfindungswesen e. V. Mannheim

Messebüro: Kaiserring 4/6. Fernsprecher 4578.

Beste Gesamtübersicht in 22 Gruppen über die letzten Neuerungen und Verbesserungen auf allen Gebieten der Technik und Wirtschaft, mit praktischen Vorführungen! Grossverkaufsmesse für In- und Ausland! Wichtige Neuheiten für alle Berufe und jeden Stand! Ein bedeutungsvoller Beitrag zur wirtschaftlichen Aufbau! Die Lebensarbeit unserer deutschen Erfinder!

Eintrittspreis: 10.- Mk. Dauerkarte: 40.- Mk. Vereinskarte (bei Listenbezug): 7.- Mk. Studenten- u. Schulkarte (bei Klassenbesuch) 3.- Mk. Reichhaltiger Messeführer mit vielen Abbildungen und anregenden Beiträgen! 1338a

Einige Tropfen Madaform

genügen, um das Haar mühsam und gründlich zu reinigen. Machen Sie einen Versuch!

Madaform ist erhältlich in Flügau, Parismerie- u. Orangeriegeschäften, Kantarier, Weinhandlung & Co., Mannheim, a. M.

Allgemeine Elektrizität Bankgesellschaft

Filiale Ludwigshafen a. Rh.

Kaiser Wilhelmstraße 6. Telefon Nr. 595 bis 599.

Akkreditive für den Im- und Export
Devisen :: Effekten :: Scheckverkehr
Günstigste Verzinsung von Depositen
Vermietung von Schrankfächern. A578

Neuanlagen u. Reparaturen

Elekt. Klingel

Haustelefon, Türöffner usw. bei bill. Berechnung gut ausgeführt. 227.

Karl Blag, Karlstr. 41.

Steuerberatung.

Neuanlage von Büchern
— Bilanzen —
Vermögens-Verwaltung.

Karlsru Treuhand Kaiserstr. 201

G. m. b. H. Telefon 1508

Billige Netze

einmalige Handnetze . . . 7,50
doppelte Handnetze . . . 10,50
einmalige Strickleitungen 40/40 (40/40) 19,50
doppelte starke Strickleitungen 6,50
solange Vorrat reicht.

Frida Schmidt

Berrenstr. 19 bei der Br. 211

Passifloran (Ges. 1898)

das bekannte Mittel gegen Husten, besonders Keuchhusten (Best. Droger. Veratr. Passifl.).
Niederlagen in Karlsruhe:
Kronen-Apotheke, Zähringerstraße.
Stadt-Apotheke, Kaiserstraße 19.
Hilda-Apotheke, Kaiserstraße 68.

Spornblatt der Bad. Presse

„Wochenbeilage für Turnen, Spiel und Sport.“

Amliches Nachrichtenblatt des „Badischen Landesauschusses für Leibesübungen und Jugendpflege.“

Dienstag, den 2. Mai 1922.

Frühjahrs-Auffahrt des Karlsruher Rudervereins.

Kalt und unfreundlich schaute der Himmel auf den Karlsruher Rheinhafen, auf dem am letzten Sonntag die Ruderer mit der Frühjahrs-Auffahrt die diesjährige Rudersaison eröffneten. Es fehlte eigentlich nur das ergiebige Raß von oben, und die Zuschauer hätten einen richtigen Begriff des ungemütlichen Zustandes bekommen, unter dem nun seit Wochen die täglichen Trainingsfahrten ausgeführt werden müssen. Trotz alledem waren 22 Mannschaften auf dem Wasser. Vier Achter, zwölf Vierer, 3 Zweier und 3 Einer hatten gegen heftigen Wind und starken Wellengang zu kämpfen. Meistens starteten die jungen Ruderer und die Schüler-Ruderer vertreten, die Reizeute waren vollständig, nur die älteren Semester zogen es mit Ausnahme eines Alt-Herrn-Vierers größtenteils vor, die Auffahrt vom Ufer anzusehen. Eine zahlreiche Zuschauermenge, hauptsächlich Angehörige der Rudervereine, verfolgte mit Interesse das schöne sportliche Bild, das die schlanken Boote auf dem lebhaft bewegten Wasser boten. An der Spitze saßen Schuch und Groh im Einer, es folgten die Zweier, dann die Vierer und den Schluß bildeten die Achter.

Der Karlsruher Ruderverein (rote Mähen) war durch 3 Zweier, 5 Vierer und 2 Achter vertreten, von denen besonders der im Training befindliche Junior-Vierer, welcher leider durch den studienhalter erfolglos Wegzug von Treßelt eine empfindliche Einbuße erlitten hat, sowie der ebenfalls im Training befindliche Jungmann-Achter durch exakte Ruderarbeit auffielen.

Die Alemannia (blaue Mähen) war mit 3 Einer, 5 Vierer und ebenfalls 2 Achter auf dem Wasser. Neben den Schülern zeigten der Seniorachter sowohl als der Jungmannachter und nicht zuletzt der Anfängervierer die guten Resultate eines pflichtbewussten Trainings. Die Farben des Akademischen Clubs vertraten zwei Vierermannschaften, von welchen die eine die akademischen Rennen auf den Regatten bestreitet wird.

Nach der Auffahrt beginnt nun für die Reizeute wie für die Instruktion der schwerer und strengste Teil des Trainings, die Ausbildung im Rennboot. Es ist zu wünschen, daß die große Sportarbeit der Karlsruher Ruderer durch den Erfolg auf den Regatten ihren Lohn findet.

Turnen

Schauturnen des Karlsruher Turnvereins 1846.

Großangelegte Schauturnen, wie wir sie hier und an vielen anderen Plätzen seit Jahren kennen und schätzen gelernt haben, sind Höhepunkte im turnerischen Leben; legen sie doch zugleich Zeugnis darüber ab, was und wie in einem Turnverein gearbeitet wird. Der K. T. V. 1846 hat mit seinem Schauturnen am Sonntag bewiesen, daß er auf voller Höhe steht. Das sorgfältig und abwechslungsreich geplante Programm hat so viel des Schönen an dem reifen, ja überreichen Schatz der Turnkunst, daß man stets gerne wieder solcher turnerischen Festtage bewohnt. Der Einladung hatten Vertreter des Unterrichtsministeriums, der Stadt, Behörden, verschiedener Anstalten, der Presse, sowie befreundeter Vereine u. a. aus Mannheim, Pforzheim, Offenburg, Folge geleistet; im übrigen war der große Festhallenball bis auf den letzten Platz besetzt, wohl ein gutes Zeugnis dafür, daß man den Wert der Leibesübungen immer mehr erkennt.

Sämtliche Turnabteilungen des Vereins traten auf den Plan. Den Reigen der Vorführungen eröffnete die städtische Schülerabteilung, die nur mit Hemd und Höslein bekleidet, barhäuptig daherkam, ihre Stabübungen unter Turnwart Max Schmidt sauber und lebhaft zur Ausführung brachten. Es war eine Freude, die Jüngsten turnen zu sehen! Hierauf trat die Männer-Abteilung, geführt von Turnwart Blum, zu Reulenübungen an; auch die „alten Herren“ bewiesen, daß sie noch gut bei der Hand sind, so nicht nur als gutes Vorbild der Jugend, sondern auch beweisend, daß Turnen die beste Medizin ist. Das Barrenturnen der Turnerinnen bewies auch einen Fortschritt im Frauenturnen, denn das sogenannte schwebende Gesichtsmaß, das dem härteren gleichnamigen Sobann traten die „ausübenden Turner und Jugendturner“ zu gemeinsamen Stab- und Reulenübungen an. Welche herrlichen Bilder! Dieser Schatz im weißen Gewande zuzuschauen, war ein hoher Genuß. Schwermere Gruppenübungen zogen an unserm Auge vorüber; Turnwart Fetzow hatte mit viel Liebe und Umsicht diese Übungen einstudiert. Zeigten hierauf die beiden Schülerabteilungen in Frei- und Gruppenübungen, verbunden mit Singspielen die schönsten und lieblichsten — wie drölig war nur das Spielzeug der Kleinen, „Wollt ihr wissen“ —, so fand ihnen die städtische „Jugendturnerinnen“-Schar in ihren anmutigen, graziösen Übungen an je 2 Schwerebalken und später bei den lebhaft geschwungenen Reulenübungen, verbunden mit Gruppenübungen nicht nach. Die Fechtabteilung zeigte erstmals Schulschleichen in Floretts mit Klavierbegleitung, das großen Anfall fand; ihm folgte Rhythmus, einige Gänge mit Floretts und leichtem Säbel, dem große Aufmerksamkeit geschenkt wurde. Festwart Gehrig hat es verstanden, die für den Laien etwas trodene Kost, so etwas schmackhafter zu gestalten. Langstübungen der Turnerinnen sind stets gerne gesehen. Was das ein leichtbewegtes, rhythmisches Gehen und Senken, Beugen und Strecken, Schwingen und Kreisen der Arme!

Unter Turnlehrer Bachert stellte die Schülerabteilung an 8 Pferden einige wirkungsvolle Pyramiden, so auch diesen Zweit des Turnens zur Darstellung bringend. Zum Schluß traten die Turner und Jugendturner, geleitet durch Turnwart Mießler, zu Gemeinübungen an 4 Barren (Turner) und 4 Pferden (Jugendturner), abwechselnd turnend, nochmals an. Dieses neuartige Bild, wozu der Podiumaufbau eine gute Vorbedingung war, gab einen schönen Einblick in das Gerüstturnen für Männer; man glaubte sich in eine große Turnhalle versetzt, in die stille Werkstatt der Turnerei. Es war schon bei dieser Gemeinübungen über wach vorzügliche Kräfte der Verein verfügt, so gab das sich anschließende „Kunstturnen der Geübteren“ am Barren bereites Zeugnis davon, daß das Gipfelturnen im K. T. V. 1846 nach wie vor seine Pflegestätte hat. Die Oberleitung dieses Schauturnens lag erstmals in den Händen des Oberturnwarts Landhäuser, in dessen bewährter Obhut sich sämtliche weiblichen Abteilungen des Vereins befinden; auch wurde er meist selbst zu den einzelnen Nummern die Begleitung im Auge durch. In allen Darbietungen konnte man eine künstlerische Ausgestaltung, die den veränderten Zeitverhältnissen in erfolgreicher Weise Rechnung trägt, feststellen, so beweisend, daß Auge und Ohr zum Schluß gang in Anspruch genommen wird. Nur empfindlich löbend wirkte eine gewisse Unruhe auf dem Teile der Galerie, wo die Turnenden untergebracht waren. Die Sängerabteilung des Vereins brachte unter Leitung ihres Dirigenten Hauptlehrer Kerber, zu Beginn des Schauturnens Sonnets klangvoll besungenen Chor „Wolfsstunde“ und gegen Mitte des Programms Stürms „Es ist der Maienwind zu Tal“ klangschön und wirkungsvoll zum Vortrage. Der Beschluß machte endlich unter Landhäusers Führung das frische Marschlied „Wer recht in Freuden wandern will“, gelungen von sämtlichen Mädchenabteilungen.

Das in allen Teilen wohlgeleitete Schauturnen fand reichem Beifall. Möchte den Leibesübungen treibenden Vereinen durch solche ideale Veranstaltungen auch der Erfolg beschieden sein, immer neuen Zugang zu erhalten, zum Wohle des einzelnen, als auch der Gesamtheit und damit unleres Vaterlandes!

H. W.

Handballspiele im 10. Turnkreis.

Sonntag, 30. April 1922.

a) Südgruppe: Das Spiel Tgd. Teufschneurent — Freiburger Turnerschaft kam nicht zum Austrag, da Freiburg rechtzeitig auf das Spiel verzichtete. Tgd. Teufschneurent ist somit Südgruppenmeister.

b) Nordgruppe: Die Spiele um die Nordgruppenmeisterschaft wurden in Graben ausgetragen. Der Platz war infolge des vorher niedergegangenen Regens nicht gerade in bester Verfassung. Vormittags 11 Uhr begannen die Spiele. Folgende Resultate wurden erzielt:

V. F. B. Kedarau — T. G. Pforzheim 5:1 (2:0);
V. F. B. Kedarau — Tgd. Ziegelhaußen 2:3 (0:1);
Tgd. Ziegelhaußen — Tgd. Pforzheim 4:2 (2:0).
Tgd. Ziegelhaußen ist somit Nordgruppenmeister und wird am Sonntag, den 14. Mai nicht 7. Mai, mit Tgd. Teufschneurent in Durlach um die Kreismeisterschaft zusammentreffen.

Jugendspiel Td. Altsulheim — Tgd. Ziegelhaußen 2:3 (1:1, 2:2).
Auch die Nordgruppenmeisterschaft der Jugend wurde in Graben ausgetragen. Die beiden Mannschaften waren sich läche Gegner. Nach Ablauf der Spielzeit fand das Rekrutat 1:1. Nach 2 mal 10 Minuten Verlängerung 2:2. Es wurde sodann bis zur Entscheidung gespielt. Der Sieg und die Nordgruppenmeisterschaft fiel auch hier der Tgd. Ziegelhaußen zu. Die Jugendmannschaft der Tgd. Ziegelhaußen wird ebenfalls am Sonntag, den 14. Mai, in Durlach um die Jugendkreismannschaft kämpfen und zwar gegen die Jugendmannschaft des Td. Beierthelm, Südgruppenmeister.

Fußballsport

Ränderspiele.

In Budapest: Oesterreich-Ungarn 1:1.
Entscheidungsspiel um die Meisterschaft im Bezirk Bayern.
Augsburg: Wader, München (Meister des Kreises Südbayern) — Sp.-Bz. Fürth (Meister des Kreises Nordbayern) 1:0.

Weitere Resultate:

Karlsruher Fußballverein — Bayern, München, 4:2.
Karlsruher Fußballverein 1b — F.C. Freiburg 1:4.
Germania Durlach — Kickers, Stuttgart, 1:1.
F. B. Beierthelm — F. B. 04 Ludwigshafen 0:4.
Köln S. C. 99 — 1. F. C. Pforzheim 5:1.
V. F. B. Karlsruhe — V. F. B. Kedarau 0:5 (0:2).

Kreisspiele um den Vizeausflug.

Turnverein 1860 Pforzheim — Sp.-Bz. Bruchsal 1:1 (0:0).
Rastatter F. B. — Sp.-Bz. Freiburg 1:0 (1:0).
Is. Um die Norddeutsche Fußballmeisterschaft schlug am Sonntag in Hannover Hofheim-Kiel die hannoversche Armia mit 7:1 und in Hamburg war A. B. T. S. Bremen gegen St. Georg-Hamburg mit 4:2 siegreich.

Karlsruher F. V. — Bayern München 4:2 (2:0).

Trotz Ersatzspielern für Trierer und Hirtel stellte sich die K. F. V.-Elf in einer durchaus merkwürdigen Verfassung dar, die den Sieg rechtmäßig verdiente, um so mehr als die Bayern sich vor der Pause als in vielen Punkten modernen Spielers, wie Stellungnahme, übersichtlichem Angriffsaufbau, Klärungen durch die Verteidiger, Ballannahme und -behandlung unterlegene und deshalb beherrschte Partei erwiesen. So spät kommende Verteidiger saßen sich von den Hint und doch überlegt zusammenarbeitenden K. F. V.-Stürmern mehr als einmal ungenau, während die Bayernangreifer, zögernd und fraglos wie sie waren, wenig an Raum gewannen und häufiger mit ihren Gegnern zusammenstießen als mit sich selbst. Wie sie ja auch aneinander immer gegen ein numerisch überlegenes Rottschwarz anzukämpfen hatten, bei dem der Ball hin und her wanderte um dann, wenn auch auf Umwegen ans Ziel zu gelangen. Das „Deffnungs-spiel“ der Karlsruher brachte einige gute Durchgänge, von denen zwei mit Erfolgen durch den sehr schnellen Mittelstürmer endeten. Bayerns Stürker, der für diese Treffer nichts konnte und doch infolge seiner Verlässlichkeit recht zögernd erschien, wäre bei einem Elfer wegen Händelspiels noch einmal geschlagen worden, wenn Rutterer den Ball nicht absichtlich daneben geschossen hätte. Nachdem Bürger einen Scharfschuß von Halbsinken durch gutes Sicherstellen an die Brust gesteuert hatte, wuschelte man über, um ein Aufwachen der Bayernelf zu erleben. Das Interesse am flotten Kampfe stante dann ein wenig ab, da das Publikum — etwa 3000 Zuschauer — von der Meldung des Wadersteges in Augsburg naturgemäß hoch erfreut wurde. Trotz Bayerns Anstrengungen gelang es dem Karlsruher Mittelstürmer die aufgerichtete Münchener Abwehr ein drittes Mal zu überfallen. Auch hier wurde der „verlässende“ Stürker viel getabelt, ohne diese Vorwürfe zu verdienen. Bayern Gegenangriffe fanden dann Befolgung in zwei Treffern, die aber halbtbar — der letzte ging über Bürger ins Netz — genannt werden müssen. Alle möglichen Ergebnisse vom Himmel beintächtigsten das Spielende sehr und verdammtelien den sich letzten Platz in eine große Lache, auf der unentwegt vor dem Reste der Zuschauer weitergespielt wurde, bis es den Karlsruhern gelang, nach einem vierten Treffer nach Verlauf von rechts zu erzielen.

Wader München — Meister von Bayern.

Wader schlägt Spielvereinigung Fürth 1:0 (0:0).
(Eigener Bericht unseres Münchener Sportmitarbeiters.)

Eine Meisterschaft hat am Sonntag auf dem Platze des F. V. Augsburg ihr Ende gefunden, die einzig dastehend, wechselvoll vom Anfang bis zum dramatischen Ende, durchgeführt wurde. Beide Mannschaften kämpften hart, erbittert, im Bewußtsein, um was es ging. Nun, Wader hat gewonnen, verdient nach jeder Richtung. Vor Halbzeit spielten die Münchner großartig, den feinsten Fußball, der seit vielen Jahren in Süddeutschland gezeigt wurde. Nach der Pause kommt Fürth mehr auf, ohne die überragende Hinterrmannschaft des Gegners durchbrechen zu können. Zudem hatte Bernstein im Tor der Münchner einen Glanztag. Das einzige und entscheidende Tor des Tages erzielte der Rechtsaußen O. F. er-meyer bei einer Ecke durch Kopfball in der 5. Minute. Ungefährlich in der Mitte der zweiten Halbzeit wurden bei einem Zwischenfall Schaffer (Wader) und Weishofer (Fürth) vom Schiedsrichter Albrecht (Mannheim) vom Platze verwiesen, eine Entscheidung, die als nicht glücklich bezeichnet werden kann. Von da an blühte der Kampf an Schönheit ein, bis die letzten 10 Minuten einen

gewaltigen Endpunkt brachten, in dessen Verlauf Bernstein wunderbar abwehrte. Unter dem Jubel der 12000 Zuschauer wurden die Waderner auf den Schultern vom Platze getragen, als Meister von Bayern, einen Wunsch damit erfüllend, der nach langen Jahren in Erfüllung ging. Waders beste Leute waren Bernstein, die Verteidigung Höf-Hitras, Kehl als Mittelläufer und Schaffer im Angriff. Fürths Bester war unbedingt Müller als rechter Verteidiger, dann Hagen in der Deckung, sowie Kleinlein im Sturm. Gimpel, der Ersah für den kranken Sill versagte, dagegen vertrat Bachter den kranken Lohmann sehr gut. Alles in allem enttäuschte Fürth, man hatte weit mehr von der Mannschaft erwartet. J. M.

Pferdesport

Die Mannheimer Jubiläums-Rennen.

Charriot gewinnt den Jubiläumspreis der Stadt Mannheim.
(Von unserem Sonderberichterstatter.)

!! Mannheim, 1. Mai.

Wenn drüben an der Bergstraße die Baumbüte Tausende ansteht, dann verlammt sich alljährlich hier eine ausserlesene Schar von Rosskutschern und draußen an der Peripherie der Stadt auf den Rennwiesen geht es dann immer ganz besonders hoch her. Und gar dieses Jahr, wo der Badische Rennverein das goldene Jubiläum der Mannheimer Pferderennen begehen kann, gibt es besonders festliche Tage auf dem Mannheimer grünen Kalen. Mit Ausnahme der etwas unfreundlichen, kühlen Witterung kann der Badische Rennverein mit dem Auftakt am Sonntag sehr zufrieden sein. Glänzende Felder, ausgezeichnete Besuch und mächtiger Totoumsatz. Die Zugnummer des Tages, der Jubiläumspreis der Stadt Mannheim verlief überaus spannend und endete nach abwechslungsreichem Verlauf mit dem Siege von Charriot. Anfangs führte Lomsha vor Boros, Charriot und Opanta, zwischen denen sich auch das Ende des Rennens abspielte. In der zweiten Diagonalen fiel Kaufbold geschlagen zurück. In der Schlupphase sonderten sich Opanta, Charriot und Boros von Lomsha ab. Zwischen Boros und Charriot entwickelte sich in der Geraden ein scharfer Kampf, den Charriot zu seinen Gunsten entschied. Im Trifels-Hürdenrennen reüssierten alle vier gestarteten Pferde die Tribünenhürde. Wilddieb wurde als erster gewendet und legte vor Consul und Satyr, die seinem Beispiel folgten waren. Durch die Teilung des Begrüßungs-Platzrennens zog sich das Programm etwas in die Länge.

Die Ergebnisse der einzelnen Rennen sind:
I. Begrüßungs-Platzrennen. Entfernung 1400 Meter. Es liefen 15 Pferde.
1. Abteilungs: 1. Herr J. Duell Trauerweide (H. Dressel), 2. Herr H. Danks Erdbrunn (Hofmeister), 3. Reutnant M. Gerdes Sprees (Hofmeister), 38:10. Platz 14: 16; 19: 10.
2. Abteilungs: 1. Herr Edmund Schmidt Turbine (Ebert), 2. E. Schmitt Kofotes (Ebert), 3. Dr. R. Stenbergs G. Weib (Ebert) und H. A. Surland D. Colla (Krupf).
Nichterbruch: Elcher, 1/2 — 1/2 — 1/2. totes Rennen. Sieg: 34:10. Platz: 14, 22, 11, 18:10.

II. Tannus-Jagdrennen-Ausgleich. Entfernung 3400 Meter. Es liefen 8 Pferde. 1. H. A. Witter Käthe (Gleisler), 2. Herr G. von Sonders Waulshaus (A. Schüller), 3. Frau C. Hornhums Wolpota (Ebert).
Nichterbruch: Nach Gegenwehr über 1/2 — 1/2 — 20. Sieg: 26:10. Platz 13, 13, 13:10.

III. Jubiläumspreis der Stadt Mannheim-Fagdrennen. Entfernung 2000 Meter. Es liefen 7 Pferde. 1. H. S. Schmidt Otilie (Seltner), 2. H. S. Schmidt Suckler (Ebert), 3. H. A. Wagners Hirt Hof (Ebert).
Nichterbruch: Elcher 1, — 1/2 — 2, 3, 10. Sieg: 164:10. Platz 34, 17, 18:10.

IV. Trifels-Hürdenrennen. Entfernung 2800 Meter. Es liefen 4 Pferde. 1. H. A. Witter Käthe (Gleisler), 2. H. A. Surland D. Colla (Krupf).
Nichterbruch: Wella. Sieg: 13:10. Platz 12, 16:10.

V. Jubiläumspreis der Stadt Mannheim-Fagdrennen. Entfernung 3000 Meter. Es liefen 11 Pferde. 1. H. A. Witter Käthe (Gleisler), 2. H. A. Surland D. Colla (Krupf), 3. H. A. Wagners Hirt Hof (Ebert), 4. Frau C. Hornhums Wolpota (Ebert).
Nichterbruch: Wella. Sieg: 52:10. Platz 12, 15, 11:10.

VI. Reutnens-Platzrennen. Entfernung 1600 Meter. Es liefen 13 Pferde. 1. H. A. Witter Käthe (Gleisler), 2. H. A. Surland D. Colla (Krupf), 3. H. A. Wagners Hirt Hof (Ebert), 4. Frau C. Hornhums Wolpota (Ebert).
Nichterbruch: Elcher 1, — 1/2 — 4, —, Robt. Sieg: 54:10. Platz 22, 21, 73:10.

VII. Oberwald-Fagdrennen. Entfernung 3000 Meter. Es liefen 11 Pferde. 1. H. A. Witter Käthe (Gleisler), 2. Frau C. Hornhums Wolpota (Ebert), 3. Herr G. von Sonders Waulshaus (A. Schüller), 4. Frau C. Hornhums Wolpota (Ebert).
Nichterbruch: sehr leicht — 3 — 15. Sieg: 90:10. Platz: 16, 12, 16:10.

Vorschau auf den zweiten Tag.

Im Mittelpunkt des zweiten Tages der Mannheimer Jubiläums-Rennen am Dienstag steht der Sonntag-Preis, ein Ausgleich-Jagdrennen über 4000 Meter, für dessen Entscheidung Kasette, Kaufbold, Cheruster II, Lütich und Glädsburg in erster Linie in Frage kommen. Das Mai-Jagdrennen wird wohl zu einem Duell zwischen Paletina und Putnid werden in dem wir ersterem die größeren Aussichten für einen Erfolg geben.

Unsere Voraussagen:

1. Rennen (Landwirtschaftliches Rennen).
2. Rennen Vorphyr II — Jahr.
3. Rennen Trauerweide — Wasserfänge.
4. Rennen Paletina — Putnid.
5. Rennen Orne — Berliner.
6. Rennen Lütich — Kasette.
7. Rennen Wolpota — Pinot.

Die Freiburger Frühjahrs-Pferderennen. In diesem Jahr wird im Frühjahr und im Herbst je ein Rennen in Freiburg veranstaltet werden. Das Frühjahrsrennen wird am Sonntag, den 14. Mai, stattfinden. Es werden vier Flach- und ein Hindernisrennen gelaufen. Mit dem Rennen sind Brantierungen von bäuerlichen und gewerblichen Fuhrwerken verbunden. Die Fahrer werden voraussichtlich wieder starke Befolgung aufweisen. Für die Rennen wird auch ein Totalisatorbetrieb eingeführt werden.

Hockeywettspiel

Mad. Hockeyklub Karlsruhe I — Hockeyabtlg. des Turnvereins Einsheim 0:1 (3:0).
Mad. Hockeyklub Karlsruhe II — Hockeyabtlg. T. V. Einsheim II 5:0 (2:0).

Der Mann von der Strafe.

Roman von Paul Oskar Höder.
(53. Fortsetzung.)

Hannelore hatte Ullis Schritt gehört und erkannt. Mit einem raschen Blick vergewisserte sie sich, daß sie seinen Besuch noch hier empfangen konnte. Recht enttäuscht war sie, als der Schritt sich dann wieder entfernte.

Das Mädchen brachte ihr den Brief.

Ein Zeitungsauschnitt fiel Hannelore zunächst in die Hände. Es war ein Bericht über polnische Greuelthaten. Arnold hatte ein paar Zeilen darin blau unterstrichen. Bei einem Ueberfall polnischer Injuranten auf einen Eisenbahnzug, der die oberösterreichische Grenze passierte, waren zahlreiche Deutsche ums Leben gekommen. Darunter befand sich auch der greise Geheimrat Neuburger, dessen langjähriger Mitarbeiter der in diesem Frühjahr an den Folgen polnischer Mißhandlung verstorbene Professor Broos gewesen war, und Fräulein Brigitte Weiss, die jüngste Tochter des berühmten Kunstgelehrten. Die junge Dame verließ bei dem alten Herrn Dienst als Bibliothekarin. Sie hatten sich beide auf der Reise nach Polen befunden, wo die wertvolle Hinterlassenschaft des deutschen Kunsthistorikers — darunter ein paar Smaragde und Jaspis — von der polnischen Regierung widerrechtlich zurückgehalten wurden. Neuburgers Leiche war zwei Tage nach dem Ueberfall, als die Strafe wieder in deutsche Hand gelangte, geborgen worden; die von Fräulein Broos und anderen Insassen des Wagens hatten bisher nicht aufgefunden werden können. In ihrem Tod war leider nach den Aussagen der Augenzeugen nicht mehr zu zweifeln.

Hannelore fühlte ein Zittern in den Knien, als sie die Nachricht las. Gitta tot — Ullis frei! Aber diesem ersten Gedanken folgte sogleich die Erinnerung an das heutige Abendgespräch wie an etwas Häßliches, Verbrechenartiges. Nein, sie wäre nun und nimmer inbrand gewesen, einen Menschen, der ihrem Glück — oder ihrem Ziel — im Wege war, zu töten, ja auch nur seinen Tod zu wünschen. Mit fliegendem Atem las sie Arnolds Brief.

XXVI.

Der Aufbruch war auf 6 Uhr früh angesetzt. Pünktlich erschien der Wagen. Bis zu den Gehöften von Chabras reichte der Karrenweg. Soweit pflügten die Touristen zu fahren, um ihre Kräfte für

den Aufstieg zu schonen. Ullis saß in seinem sturmerprobten Sportgewand in der Gasthofstube, löffelte seinen Hahndrei und lauschte dem Lärmen im Hause. Hannelore ließ sich nicht auf sich warten. Als sie dann endlich herunterkam, unausgeschlafen, übermühtig, durchfröstelt, bat sie ihn, sie zu Hause zu lassen.

„Was schreibt Arnold?“ fragte er.

„Er ist nicht mehr in München. Der Brief kam aus Berlin. Dort hat er die Apparate gekauft. Aber er schrieb, er sei schon wieder im Begriff, nach Frankfurt zu fahren, denn er habe Aussicht, dort die Einreisepapiere für die Schweiz zu bekommen. In wenigen Tagen könne er schon hier sein, wenn alles klappt.“

„Und du freust dich nicht, Hannelore? — Ganz verstört bist du ja. — Was hat es gegeben?“

Fröstelnd hüllte sich Hannelore in ihren Mantel. Eine Weile starrte sie durch die Fensterläden auf die Dorfstraße. Es war in der engen Gasse noch finstler. Nur hinter dem Kirchturm, im Osten, leuchtete ein hellerer Schein den kommenden Tag. Sie sah endlich einen Entschluß, entnahm ihrer Tasche das Zeitungsblatt, und legte es neben Ullis auf den Tisch. „Les, Ullis.“ Da er danach griff, hielt sie noch eine Sekunde seine Hand fest und presste sie. Ohne ihn anzusehen, verließ sie dann rasch die Stube und das Haus.

Stundenlang wanderte sie im aufdämmernden Morgen herum. Zuerst ging sie eine Strecke bergab. Der Weg führte zwischen hohen Felsenfelsen zur Bergstraße, die vom Rhönental in weiten Schlangenumwindungen aufstieg. Hier war es noch ganz finstler. Nur das gipsartige Weiß der zuckerhutähnlichen Strophensteine leuchtete. In der Ausweitung, wo sich die Strafe in einem Halbbrunn erweiterte, blieb sie stehen und blickte über die verlorenen Dächer hin, die da und dort im Tal ein Städtchen, die Bahnstraße, ein einzelnes Gehöft bezeugten.

Sie zog Arnolds Brief hervor, um ihn zum zehnten, zum zwölftenmal zu lesen. Fast konnte sie ihn schon auswendig. In dem Dämmerlicht war die Schrift auch kaum zu erkennen.

Arnold berichtete ihr voller Entsetzen über die Anklage gegen Ullis. Hans J. Krause hatte ihn aufgeföhrt. Arnold war vom Untersuchungsrichter über hundert Einzelheiten jenes Gewitterabends, über die verschiedensten Begegnungen mit Ullis vernommen worden. Er konnte sich jetzt selbst nicht mehr entsinnen, was er in dem Verhör ausgelegt hatte. Aber natürlich hatte er verschwiegen, daß er Ullis augenblicklichen Aufenthaltsort kannte. Er hatte Krause,

mit dem er scharf aneinandergeraten war, auch nicht Hannelores Adresse verraten. Krause war für ihn erledigt. Selbst wenn Ullis das Verbrechen begangen haben sollte, so stand er ihm doch noch tausendmal näher — und höher — als dieser trocken-pedantische Scheicher, den eine verblendete Eifer sucht und ein wenig heldenhafter Ehrgeiz antrieb, Ullis Verfolgern Helfersdienste zu leisten. Wenige Tage darauf hatte Arnold von einem Freiherrn v. Beversdorf einen Eilbrief erhalten, in dem er gewarnt wurde, irgendwelche Aussagen über Ullis zu machen. Woher dieser Fremde, der sich einen treuen Freund von Ullis nannte, seinen Aufenthalt wußte, war ihm nicht bekannt. Beversdorf riet ihm, München unverzüglich zu verlassen. Wenn er dadurch dem Verhör hätte ausweichen sollen, so war es zu spät. Er fuhr also unverzüglich nach Berlin, suchte Beversdorf auf und erfuhr von ihm, daß Ullis Sache hoffnungslos stünde. Die Kriminalpolizei habe unter dem Druck der politischen Verhältnisse, bei dem unzureichenden Personal, in hundert von schweren Fällen verjagt. Gerade in diesem Falle aber habe sie einen Wegweiser gehabt, der ihr die Aufgabe auf jede Weise erleichterte: Hans J. Krause, der sich's nun einmal in den Kopf gesetzt hatte, Ullis zur Strafe zu bringen. Beversdorf hatte ihm ferner erzählt, daß er Fräulein Broos bei ihrem Berliner Besuch gesprochen habe; er hatte auch in Erfahrung gebracht, daß Krause die junge Dame, die der „Schar“ gefolgt sei, um eine Aussprache mit Ullis herbeizuführen, dem Untersuchungsrichter zugeführt habe. Damit seien für die Anklage gegen Ullis die letzten dunkeln Punkte aufgeklärt — Ullis werde sich aus der Schlinge, die sie ihm um den Hals werfen wollten, nicht mehr befreien können. Die einzige, die letzte Rettung sei für Ullis die Flucht.

Als Hannelore nach St. Georges zurückgelangte, bemerkte sie auf dem Hof des Stellmachers das Kägelchen, das sie sonst immer bis Chabras benutzte und das bei ihrem Weggang vor dem Gasthof gestanden hatte. Sie nahm also an, daß Ullis die Tour aufgegeben hatte.

Über von der Wirtin erfuhr sie dann, daß Ullis sich das Frühstück hatte einpacken lassen und zu Fuß abgezogen war. In welcher Richtung? Die Wirtin suchte mißbilligend die Käseln: Bernard meinte, er wolle den Aufstieg zum Haut-Lautrec über den Talfluß vom Cornanon versuchen; ohne Führer sei das ein unverantwortlicher Leichtsinns; die Tour habe schon mancher mit dem Leben bezahlt.

Fortsetzung folgt

Gottfr. Keller

GESAMMELTE WERKE
5 Bände 40 Mark

Inhalt: Bd. I: Der grüne Heinrich. — Bd. II: Zürcher Novellen (Hadlaub — Der Narr auf Manegg — Der Landvogt v. Greifensee — Das Fähnlein d. sieben Aufrechten — Ursula). — Bd. III: Die Leute v. Seldwyla, Teil 1, 5 Erzähl.; Teil 2, 5 Erzähl.; — Bd. IV: Martin Salander, Roman. Das Singsgedicht, 13 Novellen. — Bd. V: Sieben Legenden. Ges. Gedichte. Gottfr. Keller hat durch seinen Roman „Der grüne Heinrich“, die Novellenansammlung „Die Leute von Seldwyla“ Unsterblichkeit erlangt. Was seine Werke charakteristisch und einzig macht, ist die göttliche Überlegenheit des großen Epikers, der die Welt betrachtet aus seinem stillen Beobachter und sie noch einmal dann erschafft nach seinem eigenen Bilde.

Karl Block, Buchhandlung, Berlin SW 68, Koch-Str. 96

Feuersachmann

zur Mitteltuna einer General-Agentur erster Gesellschaft, gegen zeitgemäße Bezüge gesucht. Angebote mit 2000 Mark in bar oder in Aktien von 1000 Mark zu erheben unter G. B. 2452 an Haupt-Post, Karlsruhe.

Für Rentner, Beamte

Wichtige Verdienstmöglichkeiten bei ständig heizender Konjunktur. Wirtschaftliche Unternehmungen. Alle hochangesehenen Unternehmen. Anfragen unter Nr. 1118 an Ala-Haasenstein & Vogler, Mannheim.

II. Buchhalter

für einen großen Wirtschaftsbetrieb gesucht. Nur charakterfeste, solide und zuverlässige Herren, welche die dopp. amerit. Buchführung beherrschen, in Vork., Kosten-, Einnahmen-, Korrespondenz- und sonstigen Bücherarbeiten Erfahrung haben, wollen ionischen Führerarbeiten Erlaubnis haben, wollen ausführliche Bewerbungschriften nach Verbaltsforderung unter Nr. 6802 an die Bad. Presse senden.

Win um

weird im Wöfse

Weibertreu Seifenpulver

Hersteller: Heilbronner & Co., Heilbronn a. N.

Platin-, Gold- u. Silber-

Gegenstände kauft und gibt den höchsten Tagespreis

Rudolf Barth

Uhren u. Goldwaren
53 Kaiserstraße 53
gegenüber dem Eingang der Techn. Hochschule.

Gesucht

für 1. Mai tüchtiges Mädchen für Küche u. Hausarbeit. Näheres bei: 1485a Durlach, Durlach.

Fliegendes Mädchen

mit guten Zeugnissen an H. Familie auf 1. Mai evtl. später gesucht. Näheres bei: 1485a Durlach, Durlach.

Ordnl. Mädchen

für kleinen Haushalt auf 1. Mai od. später gesucht. 0178 Raiserstraße 31, 11.

Mädchen

Gesucht für sofort ein ehrliches und fleißiges Mädchen im Alter von 14-18 J. für kleinen Haushalt u. auch für Mitteltel. in Speisekellern. Wo, fast unter Nr. 1421a die „Bad. Presse“.

Mädchen

Gesucht für sofort ein ehrliches und fleißiges Mädchen im Alter von 14-18 J. für kleinen Haushalt u. auch für Mitteltel. in Speisekellern. Wo, fast unter Nr. 1421a die „Bad. Presse“.

10 Dreher, 1 Schleifer

2 Werkzeugmacher

1 Horizontalbohrer

1 Fräser, mögl. unverheiratet, für unsere neu errichtete Fabrik gesucht.

MEGUIN A. G.

Butzbach/Hessen. A690

Braves, kinderliebes Mädchen

Lehrstelle als Kaufmann mit Kost und Logis beim Lehrherrn. Angeb. unter H. 923 F. an Ala-Haasenstein & Vogler, Freiburg i. B.

Zntlg. Dame

repräsentabl. Erschein., aus guter Fam., sprachenkundig, äußerst tüchtig im Hausd., sowie erfahren im Geschäft, sucht passenden Platz in der Fremde. Anb. mit H. 918 F. an Ala-Haasenstein & Vogler, Freiburg i. B. Anb. unter Nr. 6802 an die Bad. Presse.

Junges Mädchen

für Hilfe im Haushalt und Reinigungsarbeiten im Haushalt u. für Ausgänge gesucht. (Ohne Kost und Logis). B. Kamphues, Kaiserstr. 207.

Lebige Hausfrau

1 mal wöchentl. gesucht. Vorarbeiten nach 3 Uhr. Näheres unter Nr. 6802 an die Bad. Presse.

Pufffrau

sonstige Platzanweiserin

vorher sofort gesucht. Vorarbeiten vorm. 10-12 Uhr Union-Theater. 6288

Gaub. tücht. Waschfrau ges. Anb. u. Nr. 61704 an die „Bad. Presse“ erb.

Stellengeluche

Junges Kaufmann firm in allen vorzuziehenden Büro-Arbeiten u. in der kaufmännischen Arbeit. Angebote unter Nr. 61780 an die Bad. Presse erb.

Verkäuferin viele Jahre in der Manufaktur- und Wälderbranche tätig, gekübt auf gute Zeugnisse, sucht Stelle als Verkäuferin in einem Karlsruher Vertriebsbüro. Offert. unter Nr. 61437 an die „Bad. Presse“.

Dame

35 Jahre alt, mit allen Büroarbeiten vertraut, kautionsfähig, sucht Vertrauensstellen in einem Karlsruher Vertriebsbüro. Offert. unter Nr. 61437 an die „Bad. Presse“.

Hausochter

Ein Mädchen aus guter Familie, welches gern bereit wäre, in allen häuslichen Arbeiten behilflich zu sein, sucht Stelle als Hausochter. Es wird mehr auf gute Behandlung als auf Lohn geachtet. Off. unter Nr. 61394 an die „Bad. Presse“.

Ja, Frau sucht rentable Heimarbeit. Gest. Angebote u. Nr. 6280 an die Bad. Presse erb.

Farben

Spezial-Geschäft Aug. Alt

Kreuzstr. 17. Tel. 2883

empfehl. schmelz. Farben, trocken und str. haltig, Fußbodenlacke, Fußbodenöle und Wachseisen zu den billigst. Tagespreisen. 1915/9

Heimarbeit

Weißnäherinnen für Herrenhemden per sofort gesucht. Probearbeit ist vorzuzieh. Heinrich Hilberg, Auguststr. 7.

Stochfräulein

kann unter günstigen Bedingungen eintreten. Restaurant „Palmonarion“ C. Zirn, Durlachstr. 84a. 6190 Telefon 4608.

Tücht. Schwachstrommonteure

für den Bau größerer Telephonanlagen, sowie Revisionsmonteure gesucht.

Bad. Telefongesellschaft m. b. H.

Karlsruhe, Neue Bahnhofstr. 46.

Tüchtige Gipser

können in Arbeit treten bei

Adolf Fritz, Karlsruhe

Kornblumenstraße 8. 5868

Gesucht

zum sofortigen Eintritt eine gewandte Stenotypistin

Angebote mit Zeugnisabschriften und Bild erbeten an:

Siemens-Bauunion

G. m. b. H. — Kommanditgesellschaft. Bauzelle Forbach (Baden).

Tüchtige Verkäuferin

für Herrenartikel

per bald oder später gesucht. Anst. Angebote mit Gehaltsantrag, event. Bild, erbeten. 1400a

Th. Bröderlo, Landau, Pflz.

Feiner Nürnberger Ochsenmaul-Salat

ca. 10 Pfd., Dose brutto f. netto franko Nachnahme Mk. 1.60. — ca. 20 Pfd., Dose brutto f. netto franko Nachnahme Mk. 3.00. — Handorte von Anerkennung! Garantiert feinste Qualität. Probearbeit lohnend. Angebot freibleibend. Erhältlich in Nürnberg.

A. O. Werner

Großversand Nürnberg
Feraruf 8451.

Stochfräulein

kann unter günstigen Bedingungen eintreten. Restaurant „Palmonarion“ C. Zirn, Durlachstr. 84a. 6190 Telefon 4608.

Saat- u. Speise-Kartoffeln

prima Ware. Ebenso ein größeres Quantum

Safer

zum äußersten Tagespreis. 1414a

Hermann Fehrenbach, Durlach-Aue.

Telefon 828/829.

Tüchtiges, ehrliches Mädchen

mit guten Zeugnissen, für Küche und Haushalt, per 15. Mai gesucht. Hoher Lohn, gute Behandlung. Frau Gielmann, Durlachstr. 12. 6082

Mädchen

braves, fleißig, in kleineren Haushalten (H. Landkinder) evtl. gesucht. Köchen nicht erforderlich. Gute Verdienstmöglichkeit und Bezugung. Näheres bei: 6190a Durlach, Durlach.

Mädchen

braves, fleißig, in kleineren Haushalten (H. Landkinder) evtl. gesucht. Köchen nicht erforderlich. Gute Verdienstmöglichkeit und Bezugung. Näheres bei: 6190a Durlach, Durlach.

Gebisse

zahlbar per Bahn 25 u. 40 Mk

Frau Plüger, 6643 Durlachstr. 31, 111.

Offene Stellen

Tüchtiger, selbständiger Bauführer für Büro und Baustelle alsbald gesucht. 1420a

Paul Walter & Co., Freiburg i. B., Kronenstr. 14.

Zeitungssträgerin

fleißig, ehrlich, bei Tariflohn für die Südweststadt gesucht.

Su melden:

Verlag der „Badischen Presse“.

Mietgeluche

Gutgehendes Detailgeschäft in Karlsruhe, Freiburg oder ähnlichem Platz u. Reichhaltiges anst. Gebot unter Nr. 61643 an die „Bad. Presse“.

Wohnungsauch

Lebige meine 3 Zimmerwohnung, III. Stock, gegen ebensolche Gebote unter Nr. 61643 an die „Bad. Presse“.

Solid. Herr sucht gut möbliertes Zimmer, evtl. Wohn- u. Schlafzimmer gegen gute Bezahlung. Angebote unter Nr. 6802 an die „Bad. Presse“.

Gut möbl. Zimmer auf 2 Zimmer, Lage und Preis anst. Anb. unter Nr. 61700 an die „Bad. Presse“.

Zwei unmöbl. Zimmer

mit Küchenbenutzung zu mieten gesucht. (Kinderloles Ehepaar). Angeb. unter Nr. 61717 an die „Bad. Presse“.

Verst. Dame sucht gut möbliertes Zimmer gegen gute Bezahlung. Angeb. unter Nr. 6280 an die „Bad. Presse“.

Zu vermieten

Sofort zu vermieten: Große Lager-, Büro- und Speicherräume Albstadtstr. 5 m. b. H. Markt. 1854a

Vermiete stets 10016

möbl. Zimmer,

für Vermieter kostenlos. (Vermiet. lohnlos.) Büro-Gebäude, Kaiserstr. 50. 6190a

Zwei leere Zimmer

zu mieten gesucht von Staatsbeamten. Angeb. unter Nr. 61894 an die „Bad. Presse“.

Räume

möbl. sofort zu mieten gesucht. Angebote unter Nr. 6186 an die „Bad. Presse“.

Amtliche Bekanntmachungen.

Die Bekämpfung der Maul- und Klauenseuche.
Nachdem in der Gemeinde Neopoldshafen die Maul- und Klauenseuche erloschen ist, werden die unterm 1. März 1922 anacordneten Schutzmaßnahmen hiermit aufgehoben.
Karlsruhe, den 26. April 1922.
Bezirksamt Abt. II. D.S. 54.

Die Bekämpfung der Maul- und Klauenseuche.
Nachdem in Darlanden die Maul- und Klauenseuche ausgerottet ist, werden folgende Anordnungen getroffen:
A. Sperregebiet.
Der Stadteil Darlanden bildet einen Sperregebiet I. E. der §§ 101 ff. der Ausführungsverordnungen des Bundesrats a. Reichsversicherungsamt mit der Erläuterung, daß mit Vieh aus fremden Ställen gefahren werden darf.
B. Beobachtungsgebiet.
Im den Sperregebiet (A) wird ein Beobachtungsgebiet im Sinne der §§ 105 ff. der Ausführungsverordnungen zum Reichsversicherungsamt mit Befehl aus dem Stadteil Grünwinkel und dem Gelände beim Viehhafen, Ostfeld bis Bahnhofsstraße, bis Gemarkungsgrenze Anielingen gebildet.
C. 15 km Umkreis.
In dem Umkreis von 15 km vom Seidenort Darlanden entfernt (§ 108 der Ausführungsverordnungen zum Reichsversicherungsamt) fallen folgende Gemeinden Anielingen, Schütz und Zentschneureut, Gengenheim, Dackfeld, Durlach, Ettlingen, Wolfartsweier, Ettlingenweier, Brudershausen, Dürmersheim, Neudorfweier, Magau, Wörlach und Aue a. M.
Karlsruhe, den 29. April 1922. D. S. 58.
Badisches Bezirksamt - Polizeidirektion.

Bekanntmachung.

Vorläufige Zahlungen auf die Einkommensteuer für das Kalenderjahr 1922.
Das II. Viertel der für das Kalenderjahr 1922 vorläufig zu entrichtenden Einkommensteuer muß spätestens am 15. d. Mts. bezahlt werden. An die Zahlung wird hiermit erinnert. Bei späterer Zahlung müssen Zinsen von 5 v. H. vom 16. d. Mts. an entrichtet werden. Wer erst nach dem 22. d. Mts. bezahlt, wird ohne vorherige Abrechnung vom Finanzamt gebührend bestraft. Man sollte womöglich bargeblos.
Zu entrichten ist der im Steuerbescheid für 1920 als vorläufige Zahlung für 1921 bereits zugestimmt ist, der in diesem Bescheid als vorläufige Zahlung für 1922 bezeichnete Vierteljahresbetrag. Keine vorläufige Steuer für 1922 braucht zu entrichten, wer nur Vierteljahresbeträge bezahlt, von dem ihm der Steuerabzug gemacht wird und das den Jahresbetrag von 50000 M. im Kalenderjahr 1922 voraussichtlich nicht übersteigt. Er muß jedoch der Steuerbehörde hiervon Kenntnis geben.
Karlsruhe, den 2. Mai 1922.
Finanzamt.

Großer Schuppen-Abbruch!

Von Montag, den 1. Mai ab, werden in Durlach, Würtz (früher Schreinerer Sauer), Bauholz, Bretter, Latten, Riegel, Dachziegel, Fenster, Türen, Streifenböden, Postamente, sowie ein sehr guter Glasabbruch preiswert abgegeben.
Näheres auf der Abbruchstelle oder bei
Gebr. Griefinger, Abbruchgeschäft, Eggenstein
Tel. 5635 Karlsruhe. 1415a

Bauarbeiten - Vergebung.

Die Gemeinde Affenheim berät im Substitutionsweise zum Schulhausbau nachstehende Arbeiten:
1. Erd- und Grabarbeiten.
2. Beton- und Maurerarbeiten.
3. Steinbauarbeiten.
4. Dachdeckerarbeiten.
5. Zimmerarbeiten.
6. Zimmerarbeiten.
7. Eisenarbeiten.
8. Glaserarbeiten.
9. Schreinerarbeiten.
10. Schlosserarbeiten.
11. Glaserarbeiten.
12. Dampfschutzanlage.
Die Unterlagen und Pläne liegen im Rathaus Affenheim auf und können dort eingesehen werden. Preisberechnungen, Beschreibungen, Anträge, welche veröffentlicht und vorläufig bis 11. Mai, vormittags 11 Uhr beim Bürgermeisteramt Affenheim einzureichen sind. Der Zuschlag erfolgt innerhalb 10 Tagen.
Karlsruhe, den 27. April 1922.
Die Bauleitung:
August Diehm, Architekt B. D. U.

Baubund-Möbel

in bewährter Güte und reicher Auswahl zu angemessenen Preisen gegen Barzahlung oder auf Teilzahlung. 510

Eigene Verkaufsstellen:
Karlsruhe, Karlriedrichstr. 22
Freiburg, Kaiserstr. 27
Bruchsal, Gewerbehalle a. Markt
Pforzheim, Theaterstr. 15
Offenburg, Steinstr. 2
Mosbach, Hauptstr. 12
Singen a. H., Scheffelstr. 25
Konstanz, Roßgartenstr. 31.

Badischer Baubund G. m. b. H.
Gemeinnütziger Möbelvertrieb
Telephon 5157 Karlsruhe am Rindfleischplatz.

Altmetalle, Altmetalle,
Metallabfälle, Schmelze und Altschrott, wie Altpapier, Zeitungen u. Akten
kauft stets zu höchsten Tagespreisen
D. Turner, Sofienstraße 65,
Telefon 5426 u. 4316.

WASCH-STOFFE

- Dirndl-Musseline Blumen u. Karos, Mtr. 85.- 68.- 45.-
- Baumwoll-Musseline aparte neue Dessins 88.- 78.- 68.- 45.-
- Perkal für Blusen und Hemden in grosser Auswahl 88.- 68.- 58.- 48.-
- Zephir hell und dunkel gestreift f. Herren-Oberhemden Mtr. 95.- 72.- 48.-
- Frotté d. grosse Mode, moderne Streifen, Karos u. einf. 210.- 185.- 145.-
- Voile hell und dunkelgründig, ca. 110 cm breit, in schöner moderner Ausmusterung 165.- 135.- 78.- 68.-
- Krepon für Matines u. Morgenkleider, neue Dessins u. Mtr. 88.-
- Große Auswahl in Künstler-Druck-Decken

ULLSTEIN-SCHNITTMUSTER

KNOPF

Statt besonderer Anzeige.
Hierdurch geben wir Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß meine liebe Frau, unsere treubesorgte Mutter, Großmutter, Schwiegermutter, Schwester, Schwägerin und Tante
Rosa Klein
geb. Jungkind
heute morgen 2 1/2 Uhr im Alter von 76 Jahren sanft entschlafen ist.
Karlsruhe, den 30. April 1922.
Im Namen der trauernd Hinterbliebenen:
Karl Klein.
Die Beerdigung findet Dienstag, 2. Mai, nachmittags 3 Uhr, statt.
Trauerhaus: Bellorstraße 15.

Danksagung. Statt Karten.
Für die vielen Beweise aufrichtiger Teilnahme an unserem unersetzlichen Verlust, sagen wir unseren herzlich Dank.
Karlsruhe, 29. April 1922. Bk 11427
Karl Dollmatsch, Regierungsrat.
Fritz Dollmatsch, stud. elektr.

Danksagung.
Für die zahlreichen Beweise tiefen Mitleidens anlässlich des schweren Verlustes unserer über alles geliebten Entschlafenen sagen wir Freunden und Bekannten herzlichsten Dank.
Karlsruhe, den 29. April 1922.
Familien Fretz und Martin.

Weisswaren
in nur besten Qualitäten
Zefir, Perkal, Panama für Herrenhemden und Blusen.
Spezial-Elagengeschäft für Stoffe
Heinrich Hilberg
Augustastrasse 7
Herrenhemden werden nach Mass angefertigt. 6307

Radikal-Feuerlöscher
mit Patronenladung
bietet besten u. zuverlässigsten Feuerschutz für jeden Betrieb
Massenhaft glänzend bewährt!

Generalvertreter für Baden
G. Tschertner
Karlsruhe
Karlsruhe 29a Tel. 3381.

Tisch-Bett-Wäsche
bearbeitet
Schorpp
Kragen-Wäscherei.

Bei Husten, Heiserkeit, Lungenentzündung
Hamatec.
Zu h. in d. Apotheken, Engroslager Irma Leopold Feibig, Karlsruhe.

Rauf oder aktive Beteiligung!
an irgend einem ernstlichen Unternehmen mit vorläufig 100 Mk. Einverleibung Kaufm. u. bester Geschäftsführer, Kenntnisse. Zuschriften unter 210000 an die „Bad. Presse“.

Stromreisen
prima Qualität (Strom), werden aufgeführt nach besten Verfahren, sowie Erleuchtungs-, Speichen-, Vorschlagsscheine etc. für

Kinderwagen
empfiehlt R. Brandl, Kreisstraße 7, Hof, Ecke Kaiserstraße. 2274

Telefon 1071
rufen Sie an, wenn Sie get. Kleider, Schuhe, Möbel etc. verkaufen.
R. Bittig, Marktplatz 17.

Gold-, Silber-, Platin-, Doublé-Gegenstände, alte und zerbrochene Uhren laufs u. ungeht. bei Preis 5. Witten, Uhrmacher, Ecke Karl- und Neue 1024 Bahnhöfstr. 1.

Gebr. Möbel, Polsterpar., auch reparaturbedürft., Federbetten, Bettzeug, Vorhänge, Kleider, Stühle etc. verkauft Karabano, Bahnhofsstraße 50, 5892 Telefon 2051.

Altmetalle, Eisen, Panzer, Kleider, Schuhe, Keller u. Speicherkorn laufs u. ungeht., Karlsruher, Durlach, 20, Telefon 3451. Für Händler Vorkaufspreise. 49869

Kleider
Schuhe, Wanduhren, Federbetten u. Kissen
kauft zu hob. Preis. 6046 Frau Blücher, Str. 31, III

Wirrhaare
werden zu höchsten Preisen an gekauft. 4785
Frieda Schmidt, Gerrenstr. 10, bei d. Uhr.

Jagd-Verpachtung.
Am Mittwoch, den 10. Mai d. J., vormitt. 11 Uhr, wird im Rathaus hier die hiesige Gemeindejagd für d. Jahr 1. Februar 1923 bis 31. Januar 1924 öffentlich verpachtet.
Die hiesige Gemeindejagd liegt in zwei Jagdbezirken mit 371 ha und 640 ha eingeteilt, von denen jeder eine Feld- und Waldjagd hat. Der hiesige Ort liegt an der Kreisgrenze und ist in 1 Zugstunde von Karlsruhe aus zu erreichen.
Als Mieter werden nur solche Personen zugelassen, die im Besitz eines Jagdpatents sind oder durch Befreiung der zuständigen Behörde nachgewiesen, daß gegen die Erteilung eines Jagdpatents kein Bedenken nicht obwaltet.
Der Entwurf d. Jagdvertrags liegt zur Einsichtnahme im Rathaus hier auf. 14284

Bauhandwagen
zu kaufen gesucht. Angeb. unter Nr. 217106 an die „Bad. Presse“.

Norbmöbel
zu erhalten, zu kaufen gesucht. Angebote unter Nr. 217123 an die „Bad. Presse“ erb.

Damenfahrrad
zu kaufen gesucht. Angebote unter Nr. 1418a an die „Bad. Presse“.

Damenrad
neu auch reparaturbedürftig, zu kauf. gesucht. Angeb. unter Nr. 217123 an die „Bad. Presse“ erb.

Damenrad
neu auch reparaturbedürftig, zu kauf. gesucht. Angeb. unter Nr. 217123 an die „Bad. Presse“ erb.

Häuser
zu verkaufen. Ad. Stahl, Kronenstr. 1.

Wohn- u. Geschäftshäuser
zu verkaufen durch Ad. Stahl, Kronenstr. 1.

Mittwoch
von 10-8 Uhr werden tägliche Zähne gekauft 3638

p. Zahn 25 u. 40 Mk.
Karlsru. 37, part.

Gold- u. Silber-Gegenstände
in jed. Form kaut laufend zu höchstem Preis.
F. Hirth,
Augustastr. 1, 5890

Tapeten!!
Reichhaltigste Auswahl Niedrigste Preise. 1058
H. Durand,
Durlachstr. 26, Tel. 2435 hinter der Hauptstr.

Haarfarbe
Wiederhersteller ist wieder in Friedensqualität zu haben, bei
H. Bieler,
Abteilung für Parfümerie Kaiserstr. 223, westlich der Hauptpost.

Haarfarbe
Wiederhersteller ist wieder in Friedensqualität zu haben, bei
H. Bieler,
Abteilung für Parfümerie Kaiserstr. 223, westlich der Hauptpost.

Haarfarbe
Wiederhersteller ist wieder in Friedensqualität zu haben, bei
H. Bieler,
Abteilung für Parfümerie Kaiserstr. 223, westlich der Hauptpost.

Haarfarbe
Wiederhersteller ist wieder in Friedensqualität zu haben, bei
H. Bieler,
Abteilung für Parfümerie Kaiserstr. 223, westlich der Hauptpost.

Wandsprüche
Schaffen, treues Lieben, ist das Beste stets geliebt. Mein Heim ist meine Welt.

Alt-Blei
zu kaufen gesucht. 1427
Güterbeides Kolonialwaren-Geschäft zu kaufen gesucht. Angeb. unter Nr. 211435 an die „Bad. Presse“ erb.

Wasserleitungs-Rohre
zu kaufen gesucht. Angebote unter Nr. 217106 an die „Bad. Presse“.

Norbmöbel
zu erhalten, zu kaufen gesucht. Angebote unter Nr. 217123 an die „Bad. Presse“ erb.

Damenfahrrad
zu kaufen gesucht. Angebote unter Nr. 1418a an die „Bad. Presse“.

Damenrad
neu auch reparaturbedürftig, zu kauf. gesucht. Angeb. unter Nr. 217123 an die „Bad. Presse“ erb.

Häuser
zu verkaufen. Ad. Stahl, Kronenstr. 1.

Wohn- u. Geschäftshäuser
zu verkaufen durch Ad. Stahl, Kronenstr. 1.

Mittwoch
von 10-8 Uhr werden tägliche Zähne gekauft 3638

p. Zahn 25 u. 40 Mk.
Karlsru. 37, part.

Gold- u. Silber-Gegenstände
in jed. Form kaut laufend zu höchstem Preis.
F. Hirth,
Augustastr. 1, 5890

Tapeten!!
Reichhaltigste Auswahl Niedrigste Preise. 1058
H. Durand,
Durlachstr. 26, Tel. 2435 hinter der Hauptstr.

Haarfarbe
Wiederhersteller ist wieder in Friedensqualität zu haben, bei
H. Bieler,
Abteilung für Parfümerie Kaiserstr. 223, westlich der Hauptpost.

Haarfarbe
Wiederhersteller ist wieder in Friedensqualität zu haben, bei
H. Bieler,
Abteilung für Parfümerie Kaiserstr. 223, westlich der Hauptpost.

Haarfarbe
Wiederhersteller ist wieder in Friedensqualität zu haben, bei
H. Bieler,
Abteilung für Parfümerie Kaiserstr. 223, westlich der Hauptpost.

Haarfarbe
Wiederhersteller ist wieder in Friedensqualität zu haben, bei
H. Bieler,
Abteilung für Parfümerie Kaiserstr. 223, westlich der Hauptpost.

Mittwoch, den 3. Mai, beginnt der
Abend - Zuschneidekurs
bei Frau C. Pasch-Braun,
Absolventin der Frankfurter Akademie Steinfeld, Akademiestraße 65. 316656

Durch modernste Einrichtung mit
Kraftbetrieb
bin ich in der Lage, sauber, schnell und billig zu arbeiten.
Schuhmacherei Hans Loehr,
Lohrerstraße 26, Paben. 18811

Waffen
auch reparaturbedürftige, laufs zu höchsten Preisen:
Waffen-Kugel 6149
Kaiserstr. 229, Eing. Kirchstr. Tel. 3388.

Wirrhaare
ausgefärbte Braunhaare, Schmitthaare laufs zu allerhöchsten Preisen zum Bearbeiten für den eigenen Betrieb. 4786
Badische Haarindustrie, Kaiserstr. 35,
3078 werden zu billigen Preisen angefertigt.

Vornehmer Gasthof
mit sehr schönen Gekämmen, guten Zimmern, Saal, Billard, Baden, Tennis, Auto-Verleih etc. großes Inventar, in aufblühender Industrie, Stadt, Baden, sofort zu verkaufen. Großer Reichtum. Preis M. 1500000.-, Anzahlung circa M. 100000.-, Angebote unter Nr. 2121 an die „Badische Presse“ erbeten.

Büro-Möbel
sehr preiswert zu verkaufen.
Befichtigung ohne Kaufzwang erbeten.
Hoff, Waldstr. 6, Telefon 5141.

Geräumige Telefonzelle
schafflicher, fast neu, wegen Platzmangel billig zu verkaufen.
Angebote unter Nr. 6156 in der Exped. der „Badischen Presse“.

Kopfbank
1500 mm Durchmesser, 8000 kg schwer, zu erhalten, wegen Umstellung
zu verkaufen.
Angebote an 1886a

Badische Maschinenfabrik Durlach.
Häuser
Karlsruhe 37, Tel. 5518.
Douglasstraße Nr. 12, Telefon 3818.

Häuser
zu verkaufen. Ad. Stahl, Kronenstr. 1.

Wohn- u. Geschäftshäuser
zu verkaufen durch Ad. Stahl, Kronenstr. 1.

Mittwoch
von 10-8 Uhr werden tägliche Zähne gekauft 3638

p. Zahn 25 u. 40 Mk.
Karlsru. 37, part.

Gold- u. Silber-Gegenstände
in jed. Form kaut laufend zu höchstem Preis.
F. Hirth,
Augustastr. 1, 5890

Tapeten!!
Reichhaltigste Auswahl Niedrigste Preise. 1058
H. Durand,
Durlachstr. 26, Tel. 2435 hinter der Hauptstr.

Haarfarbe
Wiederhersteller ist wieder in Friedensqualität zu haben, bei
H. Bieler,
Abteilung für Parfümerie Kaiserstr. 223, westlich der Hauptpost.

Haarfarbe
Wiederhersteller ist wieder in Friedensqualität zu haben, bei
H. Bieler,
Abteilung für Parfümerie Kaiserstr. 223, westlich der Hauptpost.